

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



24. August 1985
Jg. 6 Nr. 17

G 7756 D

Preis:
2,50

Minister Zimmermann bereitet die Volkszählung vor:



Textilindustrie: Die Textilkapitalisten wollen Sonntagsarbeit und noch mehr Niedriglöhne Seite 8



Zweigleisige Lohnabschlüsse in USA: Eine gefährliche Neuheit in der Tarifpolitik Seite 15



6. Weltkonferenz "Hochbegabung": Bericht über Aktionen gegen den "Begabten"förderungskongreß Seite 24

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Zimmermann datenschützend: Zentralisierung von Polizei und Staatsschutz und mehr Befugnisse	4
Handwerk: Frauen in Ausbildung – mehr Chancengleichheit?	7
Verfassungsgericht: Loyalitätspflicht in kirchlichen Betrieben	7
Textil: Kapitalisten wollen Sonntagsarbeit und mehr Niedriglöhne. Dokumentiert: Textilgewerkschaft gegen Bangemann	9
Volksgruppen: Über eine Million Deutsche in Polen? Eine großdeutsche Legende	10
Dokumente der Germanisierung ..	11

Auslandsberichterstattung

Türkei: Ansätze einer Einheitsfront gegen das Militärregime	12
Plattform des Bündnisses	13
Indien: Regierung versucht Abkommen mit den Sikh	13
Südafrika/Azania: Der Bergarbeiterstreik wird die Kolonialwirtschaft erschüttern.	14
Brasilien: Regierung verspricht Reformen	14
Frankreich: Verstärkte Probleme in den Kolonien	15
USA: Eine gefährliche Neuheit in der Tarifpolitik	15
Internationale Meldungen	16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen	
Kommentar zum Beschäftigungsförderungsgesetz	18
Bangemann zum FDP-Kurs	18
Rationalisierung und Rationalisierungsschutz	18
VVN: Die "Neue Rechte"	18
Handbuch der Sicherheitspolitik ..	19
CDA: Mit "neuen Techniken" zu Lohnsenkung, "Flexi" und Abbau von Schutzrechten	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten	21
-----------------------------	----

Krankenhausreform	Mün-
--------------------------	-------------

Unterstützt den Protest gegen die Junta in der Türkei

Vor fünf Jahren, am 12. September 1980, errichtete das Militär in der Türkei mit Unterstützung der NATO, insbesondere der BRD, eine Terrorherrschaft. Aus diesem Anlaß rufen zahlreiche kurdische und türkische Organisationen zu örtlichen Aktionswochen und zentralen Demonstrationen Anfang September im ganzen Bundesgebiet und Westberlin auf. KOMKAR, FIDEF und andere führen bundesweit örtliche Aktionswochen durch (Aufruf siehe letzte Ausgabe). DİDF, ATİF u.a. rufen zu einer zentralen Demonstration am 7. September nach Köln auf und führen Türkei-Aktionswochen durch. FEYKA-Kurdistan, eine Dachorganisation von kurdischen Arbeitervereinen, das Kurdistan-Komitee und PKK rufen zu einer zentralen Demonstration am 14. September nach Köln auf. Die MLPD hat in diesem Jahr frühzeitig einen Aufruf veröffentlicht, sich an den örtlichen und bundesweiten Aktivitäten anlässlich des Jahrestages der Machtergreifung der Junta zu beteiligen. Zur Information veröffentlichen wir Auszüge aus den Aufrufen. Auch wenn in diesem Jahr keine gemeinsame zentrale Demonstration stattfindet, können viele örtliche und zentral gelegene Veranstaltungen über Terror und Unterdrückung der Militärjunta aufklären und die Politik der Bundesregierung angreifen. Der BWK beteiligt sich an den örtlichen und zentral gelegenen Veranstaltungen. — (jöd, eve)

DİDF: An alle Gewerkschaften, demokratischen Organisationen und fortschrittlichen Kräfte.

Der 12. September 1985 ist der 5. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei. Trotz der vielen Versprechungen erwies sich die "Rückkehr zur Demokratie" als ein abgekartetes und durchsichtiges Spiel der Junta und ihrer westlichen Verbündeten. Seit nunmehr 5 Jahren sind die elementarsten demokratischen Grundrechte wie Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheit aufgehoben ... Der Massenmord am kurdischen Volk wird unbeirrt fortgesetzt.

Wie auch in den vergangenen Jahren werden wir zum 5. Jahrestag des Putsches verschiedene Aktionen durchführen, mit denen die blutige Bilanz dieser Herrschaft öffentlich aufgedeckt und angeprangert werden soll.

Zu diesem Zweck wird am 7. September eine zentrale Demonstration in Köln stattfinden, an der verschiedene Organisationen aus der Türkei teilnehmen werden.

Wir fordern Euch auf, unseren Protest gegen die faschistische Diktatur in der Türkei und gegen jegliche Unterstützung dieses Regimes durch die BRD durch Eure Beteiligung an dieser Demonstration zu unterstützen.

FEYKA-Kurdistan: Aus dem Aufruf für den 5. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei.

... Das Volk von Kurdistan führt heute einen Unabhängigkeits- und Freiheitskampf, um unter den blutigen Stiefeln des Faschismus nicht vernichtet zu werden. Die Praktiken des Faschismus, die Ihr näher kennt, werden heute in Kurdistan in einer den Hitler-Faschismus überschreitenden Dimension betrieben. Eure Auflehnung gegen diese Folterungen und Grausamkeiten ist die menschlichste Unterstützung, die Ihr einem Volk gewähren könnt. Vereinigen wir uns aus diesem Anlaß in der zum Zwecke des Protests gegen die faschistische Diktatur des 12. September veranstalte-

ten Demonstration und Kundgebung am 14. September, um zusammen mit unserem Volk den Faschismus verfluchende Parolen auszurufen.

Nieder mit der kolonial-faschistischen türkischen Junta

Nieder mit dem Imperialismus und jeglicher Reaktion

Es lebe die internationale Solidarität der Völker

Es leben unser Unabhängigkeits- und Freiheitskampf

Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine aus Kurdistan

Treffpunkt: 14. September 1985, 10.00 Uhr Ebertplatz, Köln; Kundgebung: Roncalliplatz, 13.00 Uhr

MLPD: Aus dem Plattformvorschlag für örtliche und zentrale Aktionseinheiten zum 5. Jahrestag der Errichtung der Militärdiktatur in der Türkei am 12. September 1980

... Eine besonders enge Unterstützung bekommt die türkische Militärdiktatur von der Bonner Regierung. Der Kanzler, seine Minister, Staatssekretäre und die höchsten Bundeswehroffiziere geben sich in Ankara nacheinander die Klinke in die Hände. Die BRD hat im Rahmen des imperialistischen NATO-Bündnisses die Hauptverantwortung übernommen, mittels der sogenannten Türkeihilfe die Aufrüstung des süd-östlichen Flügels der NATO abzusichern. Zugleich versprechen sich die westdeutschen Monopolherren durch die Errichtung von Rüstungsfabriken eine Steigerung ihrer Maximalprofite ...

Weg mit den Todesurteilen gegen Marxisten-Leninisten und andere fortschrittliche Menschen in der Türkei! Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei! Für das nationale Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes! Sofortige Einstellung jeglicher Militärhilfe an die türkische Militärdiktatur durch die BRD! Uneingeschränktes Asylrecht für politisch verfolgte Demokraten, Antifaschisten und Marxisten-Leninisten! ... — Zentralkomitee der MLPD

Winterurlaubsschulungen 1985/86 der MEG

Die fünfte ordentliche Delegiertenkonferenz hat festgehalten, daß der BWK die Zusammenarbeit im Bereich der Schulungs- und Bildungsarbeit anstrebt. Wir veröffentlichen im folgenden das Programm der Winterurlaubsschulung der MARX ENGELS BILDUNGS GESELLSCHAFT (MEG).

*

Die MEG lädt erneut zu einer Urlaubsschulung zur Jahreswende ein, die diesmal über 10 Tage vom 26.12.1985 – 5.1.1986 stattfinden wird. Neben der normalen Kurslänge von 8 Tagen (der 26.12. und 5.1. als An- und Abreisetag sowie Neujahr sind schulungsfrei) bieten wir auch 3 Kurse über 5 Sitzungen (bis zum 1.1.86) an, so daß für diejenigen, die im neuen Jahr keinen Urlaub nehmen können, eine vorzeitige Abreise möglich ist.

Die Unterbringung erfolgt in Ferienhäusern für jeweils 6 Personen (Zweibettzimmer, Wohnraum, Küche, Bad). Die Verpflegung muß selbständig organisiert werden (z.B. durch gemeinschaftliches Kochen in den Häusern). Die Kosten für die Unterbringung betragen 180 DM. Für Teilnehmer mit Kindern werden wir uns für die Dauer der Kurssitzungen um eine Kinderbetreuung bemühen (soweit insgesamt mehr als 3 Kinder bei uns angemeldet werden). Für ein ausreichendes Freizeitangebot wird gesorgt (Wandern, Ausflüge, kulturelle oder politische Vorträge, Silvesterfeier). Hallenbad und Sauna sind im Feriendorf vorhanden.

Für diese Winterurlaubsschulung bieten wir 9 Kurse zur Auswahl an:

I. Philosophie:

1) G.W. Plechanow: Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung. * In der Schrift werden die Grundlagen des historischen Materialismus dargelegt und die Entwicklung der Geschichtsauffassung von den französischen Materialisten des 18. Jhs., den utopischen Sozialisten, der klassischen deutschen Philosophie bis zur Ausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung durch Marx und Engels nachgezeichnet. – Grundkurs (Vorkenntnisse in der marx. Phil. sind wünschenswert, aber nicht unbedingt erforderlich)

2) "New Age-Bewußtsein" – Krisenbewältigung durch Anthroposophie bzw. spirituelle und gesellschaftliche Transformation? (Kurskurs) * Auf der Grundlage des Buchs "Eine Vision des Wassermann-Zeitalters. Gesetze und Hintergründe des 'New Age'" von George Trevelyan sollen die wichtigsten Merkmale der New Age-Welle analysiert und vom materialistischen Standpunkt in philosophischer und gesellschaftlicher Hinsicht kritisiert werden. – Grundkurs (Grundkenntnisse in marx. Phil. sind jedoch wünschenswert) – (5 Sitzungen)

II. Ökonomie:

3) Einführung in das "Kapital" Bd. 1 * Behandelt werden sollen in diesem Kurs: Ware – Geld – Kapital – Mehrwert (Abschnitt I – V von Bd. 1 des "Kapital") – Grundkurs

4) Ausgewählte Probleme aus Bd. 2 des "Kapital" (Kurskurs) * In 5 Sitzungen sollen die wichtigsten Kapitel aus Bd. 2 behandelt werden, die Voraussetzung für das Studium des 3. Bandes sind: Fixes und zirkulierendes Kapital – Umschlag – Zirkulation des Mehrwerts – Reproduktion. – Aufbaukurs (Kenntnis von Bd. 1 des "Kapital" ist Voraussetzung)

5) Das "Kapital" Bd. 3 (1. Teil) * Der Kurs behandelt die Abschnitte I – III (Profit – Durchschnittsprofit – tendenzieller Fall der Profitrate). – Aufbaukurs (Kenntnis von Bd. 1 u. 2. des "Kapital" ist Voraussetzung)

6) Das "Kapital" Bd. 3 (2. Teil) * Behandelt werden ausgewählte Probleme aus den Abschnitten IV – VII (Schwerpunkt: Zins) – Aufbaukurs (Kenntnisse der Kapitalbände bis Bd. 3 III. Abschnitt sind Voraussetzung)

III. Geschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung:

7) Die deutsche Bourgeoisie auf dem Weg zur Macht (1848 – 1949) * Der Kurs will die wichtigsten Etappen im Aufstieg der deutschen Bourgeoisie zur politischen Macht nachzeichnen (48er-Revolution, Verfassungskonflikt und Reichseinigung, wilhelminisches Kaiserreich, Weimar und Faschismus, Beginn der Adenauer-Ära mit der Gründung der BRD) – Grundkurs (Kenntnisse der deutschen Geschichte sind jedoch wünschenswert)

8) Das Kommunistische Manifest – seine Entstehung und historischen Bedingungen (Kurskurs) * In 5 Sitzungen soll das Kommunistische Manifest in Programmatik und historischem Kontext erarbeitet werden. – Marxistische Grundkenntnisse sind Voraussetzung. (Der Kurs findet in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe des BWK zum "Kom. Manifest" statt).

9) Trotzki – Trotzismus – 4. Internationale * Anhand der Schriften Trotzki sollen seine Auffassungen zur permanenten Revolution, zur Partei- und Faschismustheorie diskutiert sowie ein Überblick über die Entwicklung der IV. Internationale gegeben werden. – Marxistische Grundkenntnisse sind Voraussetzung.

Anmeldung:

Bei ihrer Anmeldung bitten wir alle Teilnehmer, die Kursnummer ihres Themas 1. Wahl und ersatzweise in Klammern auch die Nummer eines Alternativkurses anzugeben, falls der erste Kurs nicht zustandekommen sollte. Mit der Anmeldung müssen zugleich die Kosten für die Unterbringung von 180 DM auf folgendes Konto überwiesen werden:

M. Gernhardt Buchhandlung, Bulmkerstr. 32 a, Kto. Nr. 180594-433, Postgiroamt Essen, Stichwort: Urlaubsschulung

Noch etwaig anfallende Nebenkosten werden auf der Urlaubsschulung eingesammelt. Die Teilnehmer von Kurskursen, die bereits am 1.1.1986 abreisen müssen, sollten dies eigens auf ihrer Anmeldung vermerken. Wir werden dann prüfen, ob u.U. die Möglichkeit besteht, ein oder zwei Häuser schon früher zurückzugeben (Verrechnung würde dann am Ende der Schulung erfolgen). Alle Teilnehmer, die mit Kindern zur Schulung kommen, müssen uns unbedingt Alter und Anzahl der Kinder mitteilen, damit wir uns um eine Kinderbetreuung und Sonderkonditionen bemühen können. Für Kleinkinder, die noch keinen eigenen Schlafplatz benötigen, ist der Aufenthalt kostenlos. Für ältere Kinder würden wir uns um das Aufstellen von Kinder- bzw. Zusatzbetten bemühen. Die hierfür anfallenden Kosten werden den Eltern brieflich mitgeteilt.

Der letzte Anmeldetermin ist der 30. September 1985

Anmeldungen sind zu richten an: MEG, Postfach 101717, 4650 Gelsenkirchen

Die Kursgliederung geht allen Teilnehmern mit der 2. Einladung ca. 4 – 6 Wochen nach erfolgter Anmeldung zu.

chen: Verselbständigung angestrebt 22

Asyl: CSU, Republikaner wiegeln auf 22

Gemeinderat: GAL und SPD greifen Hauptsatzung an 23

Antikriegstag Holstein: BRD im Zentrum der Kritik 23

Weltkonferenz "Hochbegabung": Aktionen gegen den Kongreß 24

Bosch: Ein hoher Preis für neue Arbeitsplätze 25

Lehrer NRW: Angriffe auf die Beschäftigten 25

Überbetriebliche Ausbildung: Ausbildungsplätze – zu Bedingungen "wie auch immer" 26
ESA-Programm: Aushöhlung des Tarifsystems 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

§ 129a: Bundesanwaltschaft konstruiert "terroristische Vereinigung" 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Karl Schwesig's "Schlegelkeller": "Damit du später mal ein schönes Greuelmärchen malen kannst" 30

Mannheim: Das "arbeitende Museum" – für wen? 31

Subjektives Recht: Die "Menschenwürde" des Grundgesetzes .. 32

Sozialstatistik

Steuerpolitik: Reaktionär durch und durch: Kollektiv-Versicherungen beseitigen, individuelles Eigentum fördern, die Armen sollen's zahlen 34

Steuern senken in zwei Stufen (CDU)? Oder doch in einer (CSU und FDP)? Oder lieber gar nicht (SPD)? 34

SPD-Steuerpolitik 35

Ronald Reagans "Amerikanische Steuerreform" 36

Die demagogische Kritik der Reaktion an der Steuerlast 37

CDU/CSU und FDP: Eigentumsförderung auf Kosten der Armen direkt 38

Ausreichender Lohn und Versicherungen! 39

Titelbild: Karikatur, güv, Köln

Zimmermanns Datenschutz

Eine Flut von Gesetzen zur Zentralisierung von Polizei und Staatsschutz und zur Ausweitung ihrer Exekutivbefugnisse

Im Frühjahr 1983 hatte das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil zur Volkszählung festgestellt, der Bürger habe das Recht auf "informationelle Selbstbestimmung", und gleichzeitig hervorgehoben, daß dieses Recht beschnitten ist im "überwiegenden Allgemeininteresse", d.h. durch das Recht des Staates, für Zwecke der Aufrechterhaltung der Gesellschafts- und Staatsordnung Angaben über jede Person, die sich auf dem Staatsgebiet aufhält, zu sammeln, zu überprüfen und für polizeiliche und gerichtliche Verfolgung zu benutzen. Seitdem führt Zimmermann den "Datenschutz" als Begründung an, Statistik-, Personalausweis-, Paß- und Polizei- und Verfassungsschutzgesetze neu zu fassen und dabei die Ausweitung der Exekutivbefugnisse von Polizei- und Staatsschutzbehörden und die Zentralisierung des Gewaltapparats voranzutreiben.

Mikrozensus hat begonnen, Volkszählung kommt

Das Volkszählungsgesetz ist, so scheint es, inzwischen unter Dach und Fach. Im Innenausschuß des Bundestages haben sich die Regierungsparteien und die SPD auf den 20. Mai 1987, also voraussichtlich nach den Bundestagswahlen, als Durchführungstermin geeinigt. Die SPD ist Zimmermanns Aufforderung gefolgt, der im Januar erklärt hatte, die Koalition werde die Volkszählung nur mit Unterstützung der SPD durchführen. Nach Mitteilung des Bundesinnenministeriums soll das Gesetz noch vor Jahresende abschlie-

ßend beraten und beschlossen sein.

Die nächste Volkszählung wird die gleichen Fragen nach Personen, Berufen, Einkommen, Wohnungen und Gebäuden sowie Arbeitsstätten enthalten wie die 1983 geplante. Die Teilnahme ist gerichtlich erzwingbare Pflicht für alle Erwachsenen, für Minderjährige, die einen eigenen Haushalt führen, und für Leiter von Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften, alle Verpflichteten müssen auch Auskünfte über minderjährige oder behinderte Haushalts- oder Anstaltsinsassen erteilen. Die ursprünglich beabsichtigte Überprüfung der Melderegister anhand der Volkszählungsdaten wird nicht stattfinden.

Obgleich direkte polizeiliche Maßnahmen aufgrund der Volkszählung in der jetzigen Fassung nicht mehr möglich sind, wird die Staatsgewalt die statistischen Daten nicht allein für die Planung von Eingriffen in den Arbeitsmarkt nützen. Die polizeiliche Verfolgung bis in die Kreise und Gemeinden exakt erfaßter Gruppen, wie Ausländer, Nicht-Seßhafte, Sinti und Roma, wird erleichtert.

Der Mikrozensus, dessen jährliche Erhebung seit dem Urteil 1983 unterbrochen war, wird zur Zeit durchgeführt. Das im März eingebrachte, mit Unterstützung der SPD durchgesetzte und zum 1. Juni in Kraft getretene Gesetz regelt die jährliche Durchführung von Mikrozensus-Erhebungen über "die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt" bis 1990.

Zur Begründung der Gesetze führt die Bundesregierung vor allem an, daß

ohne die Erhebungen sozialpolitische Planungen kaum möglich wären. Daß die Bundesregierung auch polizeiliche Gesichtspunkte mitverfolgt, geht aus ihrer Begründung des Mikrozensusgesetzes hervor, wonach die Erhebungsergebnisse "für die Beurteilung von Maßnahmen im Bereich der Ausländerpolitik ... von großer Bedeutung" sind. Für die Ausländerpolitik können — da die Bundesregierung ein Ausländerzentralregister führt, in dem jeder Ausländer mit Arbeitsberechtigung in der BRD erfaßt ist — schon bloße Abweichungen von Zähl- und Meldungsergebnissen z.B. in Bundesländern oder Gemeinden zum Anlaß polizeilicher Razzien werden.

Maschinenlesbare Ausweise und Pässe

Ab 1.1. 1986 soll der maschinenlesbare Personalausweis, ab 1.1. 1987 ein maschinenlesbarer "Europa"-Paß eingeführt werden. Für beide Vorhaben, die bereits seit Ende 1981 im Bundestag beraten werden, liegen inzwischen überarbeitete Geszentwürfe vor. Danach muß binnen der nächsten drei bis vier Jahre jeder BRD-Staatsbürger über 16 Jahre einen neuen Personalausweis zum Preis von 10,00 DM beantragen und den alten abliefern. Allein das Verfahren wird zu einer großen Überprüfung der Melderegister führen. Sowohl nach dem Personalausweisgesetz als auch nach dem Paßgesetz soll der Polizei künftig erlaubt sein, mit Hilfe der maschinenlesbaren Zonen Direktanfragen an die polizeilichen Fahndungs- und andere Dateien

Abschaffung der Steuerfreiheit für Gemeinnützige

Am 7.8.85 hat eine vom Bundesfinanzministerium beauftragte Kommission ein Gutachten vorgelegt, nach dem die Steuerfreiheit der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen aufgehoben werden sollte. D.h. die 1759 (1982) gemeinnützigen Unternehmen müßten wie privatkapitalistische Unternehmen Körperschaft-, Vermögen- und Gewerbesteuer zahlen. Für die rund 3,3 Mio Wohnungen sind damit nach den Mieterhöhungen durch Zinsanhebungen und Modernisierungen zu nächst weitere Mieterhöhungen zu erwarten, wenn diese Empfehlungen in den nächsten Jahren beschlossen werden. Nach Angaben des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (GGW) ist bei billigen Sozialwohnungen der 50er Jahre mit Mietsprüngen um bis zu 3,50 DM pro qm zu rechnen. Bundesfinanzminister

Stoltenberg hat die "allgemeine Verteuerung der Wohnungsmieten" als Folge der Abschaffung der Steuerprivilegien bestritten und auf die gültigen Mietbegrenzungen im sozialen Wohnungsbau verwiesen. Die Bundesregierung deutet damit an, daß sie die Mietbindungen der gemeinnützigen Wohnungen abschaffen will. — (jeb)

Wehrbeauftragter will Frauen einberufen

Der neue Wehrbeauftragte des Bundestages, Weiskirch (CDU), hat am 11.8. im Deutschlandfunk erklärt, daß die Bundeswehr in den nächsten Jahren 15000 bis 20000 Frauen als Freiwillige ohne Waffendienst verpflichten müsse. Im Personalprogramm der Regierung für die 90er Jahre (Wehrdienst 18 Monate, mehr Reservisten) ist die Einberufung von Frauen mit Rücksicht auf öffentliche Proteste vorläufig ausgeklammert worden. Seither sind aber Bundeswehrführung

und Unionspolitiker rührig, dieses Thema in der Debatte zu halten. Der Vorstoß Weiskirchs bedeutet eine wichtige Rückendeckung für diese Pläne. Die Aufgabe des Wehrbeauftragten soll die parlamentarische Kontrolle über die Armee sein. Wenn dieser aber in einer seiner ersten öffentlichen Erklärungen die Sorgen der Armeeführung zu seinem wichtigsten Anliegen macht, beweist er, daß er seinen Posten als Sprachrohr der Generalität begreift. — (jok)

Tornados und Ausbilder nach Nahost

Für 1 Mrd. DM wird das Konsortium "Panavia" (München, beteiligte Unternehmen: MBB, British Aerospace und Aeritalia) acht Kampfflugzeuge "Tornado" an das Sultanat Oman nach Nahost liefern. Der Auftrag umfaßt die Lieferung der Maschinen, Bewaffnung, Ersatzteile und technische Betreuung. Damit sind westeuropäische



Wandzeitung gegen die Volkszählung, Köln 1983

durchzuführen. Anfragen bei den Meldeämtern, wie sie bisher schon üblich und erlaubt sind, können zur Zeit nur in geringem Umfang in direkter Datenfernübertragung durchgeführt werden. Aus den Reden von Bundesinnenminister Zimmermann geht jedoch hervor, daß die Umstellung der Arbeitsmittel der Meldeämter geplant ist, die zum großen Teil die persönlichen Daten der Einwohner der BRD heute noch in Akten registrieren und bei denen eine Anfrage der Polizei überwiegend mit einem schriftlichen Aktenvorgang verbunden ist.

"Nach den Meldegesetzen werden die Meldedaten nur bei der für die Einwohner zuständigen Meldebehörde gespeichert; ein bundesweit einheitlicher Zugriff ist ausgeschlossen." Zwar kann die Bundesregierung der Polizei keinen zentralstaatlichen Zugriff verschaffen, stattdessen sollen die Über-

prüfungen beschleunigt werden.

Über den Zweck von neuem Personalausweis und Paß, lange Zeit von der Bundesregierung vor allem als "fälschungssicher" propagiert, führte Zimmermann aus Anlaß der Vorlage des Gesetzentwurfes über den sogenannten Europa-Paß aus:

"Zugleich ermöglicht die Fälschungssicherheit und Maschinenlesbarkeit des neuen 'Europapasses' — entsprechend dem Sicherheitsstandard des neuen Personalausweises — eine effektivere Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus."

Die jetzt vorliegenden Gesetzentwürfe sehen z.B. nicht vor, daß die maschinenlesbare Zone von Paß und Personalausweis nicht identisch sein dürfen. Sind sie es, so kann die Polizei mit erheblich beschleunigter Geschwindigkeit überprüfen, ob Personalspapiere zu einander passen, also

z.B. Geburtsurkunde, Paß und Personalausweis tatsächlich derselben Person gehören. Verbunden mit den bestehenden Dateien des Bundeskriminalamts kann sich jeder Polizist in wenigen Stunden, die die Zeiten unterschreiten, in denen eine Person z.B. ohne richterliche Verfügung in Haft gehalten werden kann, unterrichten, ob jemand vorbestraft, einer Straftat verdächtig, als "Störer" bekannt, also der Polizei irgendwie einschlägig aufgefallen ist. Die Möglichkeiten, Großfahndungen durchzuführen, ganze Stadtviertel innerhalb von Stunden zu überprüfen, steigen, ebenso kann man mit der Zunahme willkürlicher Verhaftungen rechnen.

Neue Polizei- und Staatsschutzgesetze

Zimmermann ist bemüht, jegliche Fahndungs- und Abfrageaktion von Polizei, Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischem Abschirmdienst auf eine einheitliche rechtliche Grundlage zu stellen und dabei die Befugnisse auszuweiten. In Vorbereitung sind folgende Gesetze bzw. liegen als Referentenentwürfe vor: der Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz der Länder, die Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes und ein Gesetz über informationelle Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder, daran anschließend die Einführung eines Gesetzes über den Militärischen Abschirmdienst.

In der Antwort auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion führte Zimmermann aus, welchen Zweck die Gesetze erfüllen sollen:

"Wenngleich Regelungen im Sicherheitsbereich nicht gänzlich auf angemessen definierte Generalklauseln verzichten können, wird angestrebt,

militärische "Betreuer" und Ausbilder (vermutlich britische) wieder am Persischen Golf, und MBB hat sein erstes großes Exportgeschäft nach Nahost. Verhandlungen mit Saudi-Arabien über die Lieferung von 40 Tornados dauern an. — (rül)

BRD: 20 Abkommen über nukleare Zusammenarbeit

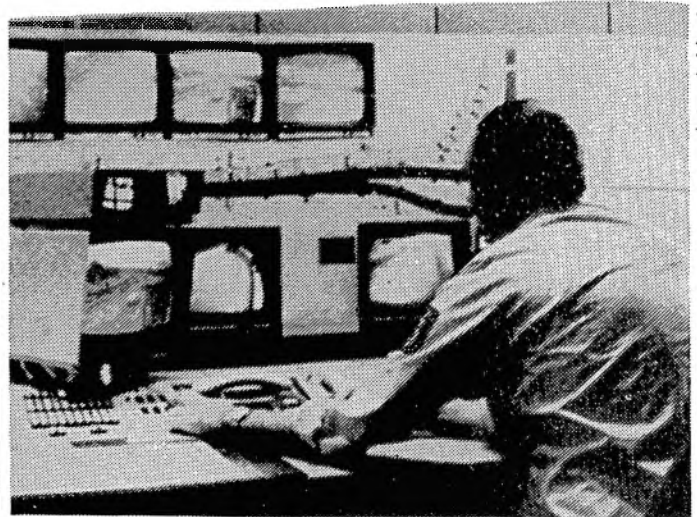
Nach Angaben des Außenministeriums in einer Antwort auf eine Große Anfrage der Grünen hat die BRD neben ihrer Mitgliedschaft in der Internationalen Atomenergiekommission, Euratom und der Kernenergiekommission der OECD zwei- oder mehrseitige Abkommen über die Zusammenarbeit "im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie" mit folgenden Staaten abgeschlossen: mit den NATO-Mitgliedstaaten Belgien, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Niederlande, Spanien und den USA, mit Japan, der Schweiz und Rumänien sowie mit fol-

genden Entwicklungs- oder sog. Schwellenländern: Ägypten, Argentinien, Brasilien, VR China, Indien, Indonesien, Iran, Mexiko, Pakistan. Die BRD ist Mitglied des Kernwaffensperrvertrages und als solche verpflichtet, sich nicht an der Herstellung oder Verbreitung von Kernwaffen zu beteiligen. Die meisten Staaten, mit denen Abkommen bestehen, haben den Kernwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet und nutzen "zivile" Anlagen zur Kernwaffenproduktion. Die BRD kann sich so an der Herstellung von Kernwaffen beteiligen. (Bundestagsdrucksache Nr. 10/3685 — uld)

1984: Zahl der Konkurse steigt weiter

1984 ist die Zahl der Unternehmenskonkurse erneut um 4% auf 16698 angestiegen. Das hat jetzt das Statistische Bundesamt gemeldet. Bei 12826 dieser Konkurse lehnten die Gerichte ein Konkursverfahren, d.h. die Fest-

stellung der noch vorhandenen Vermögenswerte und den Versuch, wenigstens einen Teil der Forderungen zu begleichen, von vornherein ab, weil noch nicht einmal genügend Geld verblieben war, um die Verfahrenskosten zu bestreiten. Absolut ist damit die Zahl der Konkurse gegenüber 1980 (9059) auf fast das Doppelte gestiegen, der Anteil der mangels verbliebenem Kapital gar nicht erst eröffneten Verfahren stieg von 73% auf fast 77%. Die Vermögensverluste der Gläubiger dieser in Konkurs gegangenen Unternehmen erreichten 1984 13 Mrd. DM. Offenbar gehen immer mehr der in den letzten Jahren entstandenen "jungen, wagemutigen Unternehmer", die versuchen, mit zu niedrigsten Löhnen geheuerten Arbeitslosen ein "Geschäft" aufzumachen, in die Konkursstatistik ein. Bei "jüngeren Unternehmen", so das Bundesamt, liege die Quote der gar nicht erst eröffneten Konkurse sogar über 80%. — (rül)



Der Bundesgrenzschutz überprüft mit Hilfe einer Direktverbindung zur Zentralen Fahrzeug- und Führerscheindatei ZE-VIS alle aus der BRD ausreisenden PKW's. Binnen 60 Sekunden weiß der BGS, ob das Fahrzeug gestohlen oder dem Fahrzeughalter Papiere entwendet wurden (Bild rechts). Gleichzeitig verfügt er über eine eigene Fahndungsdatei. Links: Datenbank des BKA.

durch möglichst detaillierte bereichsspezifische gesetzliche Bestimmungen die erforderlichen Einschränkungen des informationellen Selbstbestimmungsrechts zu verdeutlichen. Neue gesetzliche Regelungen müssen den Sicherheitsbehörden die erforderlichen Befugnisse geben oder erhalten ...

Den Polizei- und Staatsschutzbehörden sollen nicht nur die bestehenden Möglichkeiten erhalten bleiben, die allein der Polizei das Führen von vier Informationssystemen und die Berechtigung, dort nachzufragen, erlauben. Sie sollen noch weitere Befugnisse bekommen. Der Musterentwurf für ein Polizeigesetz soll u.a. die "Datenübermittlung mit jeweils abgestuften Voraussetzungen innerhalb der Polizei oder von der Polizei an andere Behörden und Stellen sowie schließlich von anderen Behörden und Stellen

an die Polizei" regeln, im Gesetz über die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden soll ähnlich verfahren werden. Die bestehende Trennung von Polizeien und Verfassungsschutz nach Ländern und die bislang auch aus praktischen Gründen existierende Trennung zwischen Polizei- und Staatsschutzbehörden, die der Herausbildung eines zentralen, über alles unterrichteten und überall herumschnüffelnden und tätig werdenden Unterdrückungsapparates Schranken setzte, könnte so weitgehend aufgehoben werden.

Viele Zentralisationsmaßnahmen sind von Maihofer und Genscher zu Zeiten der sozialliberalen Koalition in den 70er Jahren begonnen worden, damals mit Unterstützung von CDU/CSU. Auch jetzt strebt Zimmermann eine Große Koalition in Sachen "Datenschutz" und "innerer Sicherheit"

an. Damit ist er— wie die Zustimmung der SPD zum Volkszählungsgesetz zeigt— weit gediehen. Ob die Bundesregierung ihre Vorhaben durchsetzen kann, hängt auch davon ab, daß die entsprechenden Landesgesetze passen. Melderecht und Polizeirecht ist im Einzelnen Ländersache. Die politische Opposition und die Grünen-Fractionen in Landtagen könnten mit der Kritik und Änderung von Landesmeldegesezen die Vorhaben der Bundesregierung wirksam bekämpfen.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen Nr. 10/2777, 10/2814, 10/2972; Innere Sicherheit, Zeitschrift des Innenministeriums, Nr. 1/85, 2/85, 3/85; Unsere Zeit v. 23., 24., 27.7.85; Innenausschuß des Bundestages, Ausschußdrucksache 10/94, Stellungnahmen zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses zum SPD-Entwurf zum Bundesdatenschutzgesetz — (uld)

FDP-Eimer will Sozialversicherungen liberalisieren

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Eimer hat ein Thesenpapier über "Liberalisierung der Sozialpolitik in einer Marktwirtschaft" vorgelegt. Eimer knüpft an die Vorstöße von Bangemann, Genscher und Graf Lambsdorff für die weitgehende Beseitigung der Sozialversicherungen an und fordert u.a.: Lohnfortzahlung, Mutterschaftsgeld und Sonderzahlungen für Behinderte sollen nicht mehr wie bisher "arbeitsrechtlich" geregelt und von den Kapitalisten bzw. den Krankenkassen gezahlt werden, sondern durch einen "Ausgleichsfonds" der Kapitalisten, die dann auch über Höhe und Dauer der Auszahlung zu entscheiden hätten. Unfall-, Kranken- und Rentenversicherungen für Lohnabhängige sollen künftig "Schadensfreiheitsrabatte" gewähren bzw. "Selbstbeteiligung" von erkrankten Versicherten verlan-

gen dürfen, denn— so Eimer— ihre Beanspruchung hinge "vom Menschen" ab. Wer voll versichert sein wolle, müsse auch höhere Beiträge zahlen. Die Einkommensgrenzen für die Sozialversicherungen sollen abgeschafft, stattdessen die Beiträge voll mit in die Einkommenssteuer einbezogen werden. (Handelsblatt v. 13.8.85 — uld)

Südamerika: Bundesregierung beharrt auf Zinszahlung

Am 5. August hat die Bundesregierung durch Regierungssprecher Ost erstmals öffentlich zu der Forderung der lateinamerikanischen Regierungen nach Senkung ihrer Zinsen und ihres Schuldendienstes Stellung genommen. Sie lehnte beide Forderungen ab. Ost wörtlich: "Die hierfür (für Schuldenverhandlungen, d. Verf.) zuständigen Institutionen sind der internationale Währungsfonds, die Weltbank und der Pariser (Gläubiger-, d. Verf.) Club."

Gleichzeitig kündigte Ost weitere Einmischungen der imperialistischen Gläubiger in die Wirtschaftspolitik der lateinamerikanischen Regierungen an: Die "Schuldenländer" müßten "wirtschaftspolitische Korrekturen vornehmen, um die Staatshaushalte zu sanieren und die Inflation zu bekämpfen." Die rüde Zinsforderung der Bundesregierung wird den westdeutschen Banken gefallen. Ende 1984 schuldeten ihnen die lateinamerikanischen Staaten ca. 42 Mrd. DM.— (rül)

IG-Farben weiterhin aktiv

Anläßlich der Jahreshauptversammlung der IG-Farben AG i. A. (in Abwicklung) am 16.8.85 in Frankfurt fand eine Protestkundgebung der GRÜNEN und der DKP vor dem Versammlungslokal statt. Es beteiligten sich etwa 15 Menschen. Anschließend wurde eine Pressekonferenz gegeben. Im Flugblatt der GRÜNEN wird ange-

Mädchen im Handwerk

Frauen in Handwerksausbildung – mehr Chancengleichheit?

Im Juli hat der Handwerksverband eine Kampagne gestartet, um mehr junge Frauen für eine Ausbildung in den gewerblich-technischen Berufen des Handwerks zu gewinnen. Zwar werden heute bereits in 110 von 122 gewerblich-technischen Berufen Mädchen ausgebildet, doch sind die Zahlen verschwindend gering. Von den 171000 Mädchen, die gegenwärtig eine Handwerksausbildung machen, lernen allein zwei Drittel Friseurin und Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk. Die Zahl der Mädchen in der Handwerksausbildung ist in den letzten Jahren von 19,1 auf 24,6% gestiegen, aber ihr Anteil z.B. in den Metall- und Elektrotechnikberufen liegt nach wie vor unter 5%.

Sowohl die Handwerkskammern als auch das Institut der Deutschen Wirtschaft gehen davon aus, daß 1985 erstmalig trotz Nachfrageüberhang gewerblich-technische Ausbildungsstellen in größerem Umfang unbesetzt bleiben. Als Ursache wird angegeben, daß aufgrund der höheren Schulabschlüsse (Realschule, Abitur) die männlichen Bewerber immer mehr in den Dienstleistungsbereich drängen (z.B. Handel, Banken, Versicherungen), weil sie da eher Aufstiegschancen sehen. Die Handwerksbetriebe sind aber auf die billige Arbeitskraft der Auszubildenden angewiesen. Während die Frauen einerseits mit "Erziehungsgeld" u.ä. zurück an den Herd geschickt werden, sollen sie andererseits die Lücken auf dem Ausbildungsmarkt schließen.

Diese Kampagne fügt sich nahtlos ein in die seit Jahren laufenden Bemü-

hungen der Arbeitgeberverbände unterstützt von den Regierungen, mehr Frauen in "Männerberufen" auszubilden. Seit 1978 läuft ein Modellversuch der Bundesregierung zur Erschließung gewerblich/technischer Ausbildungsberufe für Mädchen. Die Erfahrungen für die Kapitalisten sind positiv.

In verschiedenen Artikeln wird deutlich, daß nicht nur die geringe Zahl von weiblichen Bewerbern ein Problem ist, sondern die Handwerks- und Industriebetriebe nicht bereit sind, Mädchen auszubilden. Die Verbände weisen ihre Mitglieder darauf hin, daß die Abschlüsse der Mädchen im Schnitt besser sind, ihre Leistungsbereitschaft sich positiv auf die männlichen Auszubildenden auswirkt u.ä. Auch Bedenken in Bezug auf besondere Arbeitsschutzbestimmungen widerlegen sie, da diese Bestimmungen bereits "entrümpelt" wurden oder bei Auslegungen von den zuständigen Stellen locker gehandhabt werden (z.B. Beschäftigungsverbote, getrennte Sanitäranlagen). Das Bundesinstitut für Berufsbildung verkündet: "Für fast alle Probleme gibt es Lösungen bzw. Ausnahmeregelungen." Einzig das Nachtarbeitsverbot für Teile der Frauen ist den Kapitalisten ein Dorn im Auge, aber erst bei der späteren Einstellung von Bedeutung!

Die Frage, ob die Frauen nach der Ausbildung auch eine Arbeitsstelle erhalten, wird sehr unterschiedlich beantwortet. Im Rahmen des Modellversuchs waren nach der Ausbildung 7,4% der Frauen arbeitslos (Männer 6,6%). Die Modellbetriebe sind aber nur zum geringen Teil Handwerksbetriebe, die viel häufiger die Auszubildenden nicht übernehmen. Sowohl der DGB als auch das Arbeitsamt Hannover teilten auf Anfrage mit, daß junge Frauen in "Männerberufen" keineswegs leichter Arbeit finden als z.B. eine Friseurin,

wegen der wirtschaftlichen Lage, wegen der zu erwartenden oder vorhandenen Kinder und weil die Arbeitgeber im technisch-gewerblichen Bereich noch "Umdenken" müßten.

Es spricht einiges dafür, daß die Handwerks- und Industrier Verbände hier weiter denken als ihre Mitglieder. Sie wollen sich mit den in gewerblich-technischen Berufen ausgebildeten Frauen einen qualifizierten Teil der Reservearmee schaffen, den sie nach Belieben zur Kindererziehung nach Hause schicken können, bei dem in den 90er Jahren erwarteten Facharbeitermangel einsetzen können und der viel eher gezwungen werden kann, ihnen flexibel zur Verfügung zu stehen. 1984 hat die BASF ein Werk in Ettenheim buchstäblich auf der grünen Wiese errichtet. Dort arbeiten in drei Schichten zwischen 5 und 23 Uhr plus samstags acht Stunden so gut wie nur Frauen 32,5 Stunden pro Woche.

Quellenhinweis: Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft (iwd) Juli 85; "Mädchen im Handwerk", Hrsg. Aktion Modernes Handwerk. – (gea)

Verfassungsgericht

"Loyalitätspflicht" zwingend in kirchlichen Betrieben

Mit Urteil vom 4.6.85 hat das Bundesverfassungsgericht drei Urteile des Bundesarbeitsgerichtes in Fragen der Unwirksamkeit von Kündigungen, die kirchliche Einrichtungen gegen Beschäftigte wegen Verletzung "sogeannter Loyalitätsobliegenheiten" ausgesprochen hatten, aufgehoben. Nach erfolglosen Arbeitsgerichtsverfahren hatten zwei katholische Einrichtungen, das Elisabeth-Kranken-

prangert, daß mit dem "Blutkapital" der IG-Farben, "auf einem Leichenberg zigtausender Menschen aufgehäuft", noch heute Profite erwirtschaftet werden. Die beiden Abwickler der IG-Farben i.A., für ihre Arbeit zusammen mit 233000 DM im Jahr entlohnt, erwirtschafteten 1984 mit Immobilien- und Wertpapierspekulationen 3,4 Millionen DM Überschuß. Der insgesamt angesammelte Abwicklungsüberschuß beträgt 20,7 Millionen DM. Darüber hinaus werden noch heute Ansprüche auf Auslandsvermögen der ehemaligen IG-Farben verfolgt. Auf dem Vergleichsweg wurden von den österreichischen Eben-seer Solvay-Werken 700000 DM Entschädigung erstritten. Die GRÜNEN fordern Aufklärung über die Eigentümer der IG-Farben i.A. und Verwendungs des Vermögens zur Entschädigung der Opfer (KZ-Häftlinge und deren Angehörige) der alten IG-Farben. – (thz)



5000 Winzer beteiligten sich am 14.8. an einer Protestaktion in Mainz, zu der der Winzerverband Rheinland-Nassau aufgerufen hatte. Anlaß war der "Glykolweinskandal", durch den die Winzer wirtschaftliche Schäden fürchten. CDU-Sprechern und dem Präsidenten des Winzerverbands, Schartz, gelang es, die Demonstration mit einer nationalistischen Resolution zu beenden, in der fast nur schärfere Grenzkontrollen verlangt werden. "Deutsche Weinhändler", so Schartz, sollten nur "bei deutschen Winzern" kaufen. – (rül)

haus in Essen und das Jugendwohnheim "Salesianum" in München, Verfassungsbeschwerde wegen "Verletzung des Grundrechts der Freiheit der Religionsausübung (Art. 4 GG) und des kirchlichen Selbstbestimmungsrechtes (Art. 140 GG/ Art. 137 WMV)" erhoben.

Im ersten Fall hatten zwei im Elisabeth-Krankenhaus tätige Assistenzärzte einen im Stern 41/79 veröffentlichten Aufruf gegen die "klerikal-konservativen Angriffe auf die Praxis des derzeitigen § 218" und für das Recht auf Abtreibung aus sozialer Notlage unterschrieben. Im zweiten Fall war der Buchhalter des Jugendwohnheims, nach arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen, aus der Kirche ausgetreten. Die Arbeitsgerichte hatten die Kündigungen jeweils zurückgewiesen und u.a. mit einer "abgestuften Loyalitätspflicht" begründet.

In seiner Grundsatzentscheidung zur Loyalitätspflicht in kirchlichen Betrieben führt das Verfassungsgericht in den "Leitsätzen" zum Urteil u.a. aus: "1. Die Verfassungsgarantie des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts gewährleistet den Kirchen, darüber zu befinden, welche Dienste es in ihren Einrichtungen geben soll und in welchen Rechtsformen sie wahrzunehmen sind ... Auf dieses findet das staatliche Arbeitsrecht Anwendung; hierbei bleibt das kirchliche Selbstbestimmungsrecht wesentlich ... 3. Im Streitfall haben die Arbeitsgerichte die vorgegebenen kirchlichen Maßstäbe für die Bewertung vertraglicher Loyalitätspflichten zugrunde zu legen ... Es bleibt danach grundsätzlich den verfaßten Kirchen überlassen, verbindlich zu bestimmen, was 'die Glaubwürdigkeit der Kirche und ihre Verkündung erfordert', was 'spezifisch kirchliche Aufgaben' sind, was 'Nähe' zu ihnen bedeutet, welches die 'wesentlichen Grundsätze der Glaubens- und Sittenlehre' sind und was als — gegebenenfalls schwerer — Verstoß gegen diese anzusehen ist. 4. Auch die Entscheidung darüber, ob und wie ... eine 'Abstufung' der Loyalitätspflicht erfolgen soll ..." unterliegt grundsätzlich dem kirchlichen Selbstbestimmungsrecht.

Mit seinem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht zahlreiche Schranken der Willkür des kirchlichen Dienstherrn weggeräumt. Die "Glaubens- und Sittenlehre" der Kirchen ist nun in der "Lebensführung und im Wirken" von jedem kirchlichen Beschäftigten zu "respektieren". Desweiteren zementiert das Urteil den Begriff der "christlichen" Dienstgemeinschaft, der die über 500 000 Beschäftigten der Kirchen unterworfen werden sollen. Alles in allem ist das Urteil ein reaktionäres Bollwerk auf dem Weg zur Volksgemeinschaft. (Quellenhinweis: Urteil des BVG/ 2 BvR 1703/83 u.a.) — (gec)

Textilindustrie

Die Textilkapitalisten wollen Sonntagsarbeit und noch mehr Niedriglöhne

Die Textil- und Bekleidungskapitalisten in der BRD wollen in ihren Betrieben die Sonntagsarbeit wieder einführen. Am 23. Juli hat sich Bundeswirtschaftsminister Bangemann diese Absicht ausdrücklich zu eigen gemacht. In einer Rede im Wuppertaler Betrieb des Vorsitzenden des Verbands der Textilkapitalisten, Plutte, teilte er mit, auch er befürworte die 7-Tage-Woche in der Textilindustrie (s. Kasten). Bei Gesamttextil selbst reagiert man auf Anfragen, wie weit denn die Pläne zur Erzwungung von Sonntagsarbeit bereits sind, hektisch. Das sei ein ganz heißes Eisen, man stehe seit Monaten mit den drei großen Parteien, ausgenommen den GRÜNEN, und mit den Kirchen in intensiven Verhandlungen.

Das Ziel der Textilkapitalisten ist, bei der für diesen Herbst erwarteten endgültigen Beschlußfassung über Blüms neues Arbeitszeitgesetz einen Passus unterzubringen, der ihnen die Anordnung von Sonntagsarbeit in gro-

unionsgeführten Bundesländern.

Die Tabelle zeigt, worauf sie ihre Hoffnung gründen, nach solch einer gesetzlichen Erlaubnis in kurzer Zeit große Teile ihrer Belegschaften zur Sonntagsarbeit zwingen zu können.

Arbeiterinnen der Textil- und Bekleidungsindustrie Stundenlöhne in DM, 1952— 1984

Jahr	Textil (I)	Bekleid. (II)	in % d. Lohns aller Ind.-Arb.	
			I	II
1952	1,12	1,03	71,8	66,0
1956	1,40	1,32	70,7	66,7
1960	1,99	1,84	74,0	68,4
1964	2,87	2,72	74,2	70,3
1968	3,63	3,47	74,4	71,1
1972	5,40	5,31	72,8	71,6
1976	7,83	7,50	74,6	71,5
1980	9,75	9,42	72,7	70,3
1984	11,50	10,88	72,3	68,4

Den Textil- und Bekleidungskapitalisten ist es in den letzten Jahren ge-

Kapitalexport der Textil- und Bekleidungskapitalisten

1. Lohnabhängige in Auslandswerken:

a) Bekleidungsindustrie

1966	15 000
1970	24 800
1974	31 000
1978	27 000
1983	21 000

b) Textilindustrie

1966	8 000
1970	14 200
1974	29 500
1978	28 000
1983	24 000

2. Umsatz in Auslandswerken, Textil- und Bekleidungskapitalisten

1978	2 900 Mio. DM
1983	3 600 Mio. DM

Die Textil- und Bekleidungskapitalisten sind aggressive Kapitalexporthoren und haben so auch den Druck auf ihre westdeutschen Belegschaften stark erhöht.

Bem Umfang erlaubt. Ein erster Vorstoß über den Bundesrat schon gleich nach Veröffentlichung von Blüms Gesetzentwurf scheiterte nach heftigen Protesten der Textilgewerkschaft und weil selbst die katholischen Bischöfe die Sonntagsruhe in Gefahr sahen. Das Bundeskabinett beschloß am 9.1.85, den Vorstoß des Bundesrats nicht zu unterstützen. Seitdem liegt Blüms Gesetzentwurf in den Ausschüssen des Bundestags, und die Parlamentarier von CDU und FDP, aber offenbar auch der SPD, spitzen die Ohren nach Wünschen der Kapitalisten. Bei der FDP haben die Textilkapitalisten nun erneut Erfolg, wie zuvor schon bei den

lungen, die Löhne der Arbeiterinnen in ihrer Industrie (Textilindustrie über 50% Frauen, Bekleidungsindustrie über 80% Frauen) noch stärker zu senken, als den Kapitalisten in anderen Branchen. Inzwischen zahlen sie wieder Niedriglöhne wie— verglichen mit den Durchschnittslohn industrieller Arbeiter— in den 50er Jahren.

Diese niedrigen Löhne haben die Textil- und Bekleidungskapitalisten genutzt, um auch die Arbeitszeit in ihren Betrieben stark auszudehnen. Bereits 1979 beuteten sie 15% ihrer Belegschaften in 3er-Schicht aus und übertrafen damit— abgesehen von den Kapitalisten bei Eisen und Stahl und



Dokumentiert: Textilgewerkschaft gegen Bangemann

Bangemann: Auch bei Textil "freier Außenhandel"

"Man muß der deutschen Textilindustrie ... ein Kompliment machen. Trotz zahlreicher Betriebsschließungen in den letzten 10 bis 15 Jahren ... gehört sie im internationalen Leistungsvergleich zu den führenden Textilindustrien der Welt ..."

Die Textilindustrie ist ein Beispiel für gelungenen Strukturwandel ...

Die Bundesregierung konnte zu dem Strukturwandel durch die Beteiligung am Welttextilabkommen Flankenschutz geben ... In der einen oder anderen Form wird dieses Abkommen auch über 1986 hinaus ... fortgeführt werden. Jedoch kann es nur ein befristeter Flankenschutz sein; auf mittlere Sicht muß auch der Textilsektor in den freien Außenhandel zurückgeführt werden.

Liberaler Außenhandel ist für die Volkswirtschaft unseres Landes lebensnotwendig, Protektionismus würde auf uns zurückschlagen.

Er würde auch die Anstrengungen konterkarieren, die Sie, Herr Plutte, an der Spitze ihres Verbandes unternehmen, um für die deutsche Textilindustrie selbst in der Höhle des Löwen, in Ost- und Südostasien, Fuß zu fassen ..."

(Manuskript der Rede vor einer Betriebsversammlung im Wuppertaler Betrieb des Vorsitzenden von Gesamttextil, Plutte, 23.7.85. Die Forderung nach der 7-Tage-Woche in der Textilindustrie wurde von Bangemann dort mündlich ergänzt, d. Verf.)

Textilgewerkschaft: "7-Tage-Woche abgelehnt"

"Gewerkschaft kündigt 'härtesten Widerstand' gegen Bangemanns Textilpolitik an— Gegen Festlegung eines Endtermins für Welttextilabkommen — 7-Tage-Woche abgelehnt.

Energisch zurückgewiesen hat die Gewerkschaft Textil-Bekleidung die Auffassung von Bundeswirtschaftsminister Bangemann, daß das im nächsten Jahr zu vereinbarende vierte Welttextilabkommen das letzte sein solle ... Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Berthold Keller, bezeichnete es als unverantwortlich, daß sich ein Wirtschaftsminister ... praktisch für eine zeitliche Festlegung von Arbeitsplatzvernichtungen ausspricht. Nichts anderes würde ein Auslaufen des Welttextilabkommens bedeuten ...

Als völlig überzogen bezeichnete Keller auch die auf der gleichen Veranstaltung geäußerte Auffassung Bangemanns, die Maschinenlaufzeit in der Textilindustrie solle auf sieben Wochentage rund um die Uhr ausgedehnt werden ... liberalen Politikern ... seien humane und gesellschaftliche Bedürfnisse von Arbeitnehmern und ihrer Familien völlig gleichgültig. Restlose Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft gehöre offensichtlich zur alleinigen 'Zielsetzung' liberaler Politik ...

Den Verbänden der Textilindustrie hält Keller die Tatsache entgegen, daß die Textilindustrie 1985 unter Abzug aller gesetzlichen Feiertage an 246 Tagen arbeiten könnte. Das würden für einen Drei-Schichtbetrieb 5904 Stunden pro Maschine bedeuten (246 Tage x 24 Stunden = 5904 Stunden). Stattdessen leisteten sich zahlreiche Betriebe noch immer den Luxus, im Sommer drei oder sogar vier



Bangemanns Freihandelsabsicht: Die 7-Tage-Woche und andere Ausbeutungsstandards in "Niedriglohnländern" in der BRD zur Geltung bringen. Bild: Näherinnen in Israel

Wochen die gesamte Produktion stillzulegen ... Die Betriebe sollten deshalb erst einmal in Vereinbarung mit den Betriebsräten unter Berücksichtigung der tariflichen Normen alle vorhandenen Reserven ausschöpfen. Selbst in ... Bereichen wie in der Tuch- und Kleiderstoffweberei bzw. Seiden- und Samtweberei blieben die Maschinenlaufzeiten weit hinter den Möglichkeiten zurück, so betrugen die durchschnittlichen Maschinenlaufzeiten 1983 dort 3524 bzw. 4939 Stunden.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung verweist auch auf die Tatsache, daß ihr Beirat schon 1983 allen bezirklichen Tarifkommissionen die Vollmacht erteilt hat, eine Maschinenlaufzeit von 144 Stunden pro Woche tariflich zu vereinbaren, wenn damit eine Verkürzung der Arbeitszeit pro Arbeitnehmer auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich verbunden ist ..."

(Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Pressenachrichten vom 29.7.1985)

bei Chemie, denen schon jetzt Sonntagsarbeit gesetzlich erlaubt ist— alle anderen Branchen. Seitdem ist, so Gesamttextil, die Zahl der "3er-Schichtler" noch "beträchtlich gestiegen".

Zudem halten die Textil- und Bekleidungskapitalisten nun auch die Zeit für gekommen, um die Vorteile ihrer Kapitalexperte in sogenannte "Niedriglohnländer" uneingeschränkt zur Geltung zu bringen. Seit Mitte der 60er Jahre beuten zahlreiche westdeutsche Textil- und Bekleidungskapitalisten Belegschaften in diesen Ländern aus. Mitte der 70er Jahre schilderte eine Studie (1) diese Geschäfte so: "Zum Beispiel werden Gewebe in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt und eventuell zugeschnitten, zur Weiterverarbeitung (etwa Nähen) in ein 'Niedriglohnland' gebracht und schließlich zum Absatz wieder in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt." Arbeitszeit in einem solchen westdeutschen Auslandswerk in Tu-

nesien: 46,5 Stunden jede Woche. Stundenlohn einer Näherin: 0,84 DM. Die Studie nennt viele Beispiele für solche Auslandswerke: Die "Ergee"-Gruppe hat ein Werk in Malaysia; "Seidensticker"-Hemden kommen aus Hongkong, "Hudson"-Wäsche aus Griechenland, "Arwa"-Unterwäsche aus Südafrika, "Triumph"-Mieder aus Manila, Israel oder Bangkok.

Die Erfolge bei dieser Auslandsexpansion sind auch der Grund, warum die Textilkapitalisten inzwischen eine "Liberalisierung" des Welttextilabkommens verlangen. Dieses Abkommen war ursprünglich von den Imperialisten erzwungen, um sich gegen Konkurrenz von Kapitalisten aus solchen "Niedriglohnländern" zu schützen. Inzwischen besitzen die Kapitalisten aus der BRD selbst Werke in diesen Ländern. Eine "Liberalisierung" des Welttextilabkommens würde ihnen nun erlauben, mehr Waren aus ihren Auslandswerken in der BRD abzu-

setzen und so den Druck auf ihre Belegschaften in der BRD zu erhöhen, um die Löhne zu senken und die Sonntagsarbeit zu erzwingen.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung hat dagegen einen schweren Stand. Sie braucht die Unterstützung der anderen Gewerkschaften, gegen die Niedriglöhne, gegen die Kapitalexperte und gegen die Sonntagsarbeitspläne der Kapitalisten. Sie sollte freilich auch ihr Angebot an die Kapitalisten, statt Sonntagsarbeit an sechs Tagen in der Woche Nacht- und Schichtarbeit hinzunehmen, schleunigst zurücknehmen. Sonst schwächt sie nicht nur die Textilbelegschaften, sondern wird am Ende auch von anderen Kapitalisten zitiert, um die Samstagsarbeit durchzusetzen.

Quellenhinweis: (1) F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung, Hamburg 1977, S. 125f.; BT-Drucksache 10/2706, 9.1.85; GTB-Pressenachrichten— (rül)

Volksgruppenrechte

Über eine Million Deutsche in der VR Polen? Eine großdeutsche Vertriebenenlegende!

Nur kurze Zeit nach dem Schlesiertreffen hat der geschäftsführende Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien eine 7-Punkte-Entscheidung verfaßt, in der Kohl aufgefordert wird, dem polnischen Ministerpräsidenten zu widersprechen, weil dieser "die Existenz von mehr als einer Million Deutschen in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße" leugne. (1)

Auch der verstorbene Staatsminister im Auswärtigen Amt A. Mertes behauptete Ende 1983 die Existenz von über 1,2 Mio. Deutschen in Polen und eine Schutzpflicht der Bundesregierung für diese. (2) Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hat in einem Weißbuch bereits 1977 vorgerechnet, wieviel Deutsche sie in Polen finden will: "Nach der deutschen Volkszählung vom 17.5. 1939 lebten in diesen heute von Polen verwalteten Gebieten des Deutschen Reiches 8463000 deutsche Staatsangehörige, die sich zu 99,5% als Deutsche bezeichneten. Nach der polnische Volkszählung vom 8.12. 1970 lebten in diesen Gebieten 679669 Personen, die vor 1945 dort geboren waren. Entsprechend der polnischen Geburtenstatistik können etwa 500000 in der Zeit von 1945 bis 1970 geborene Abkömmlinge dieser Personen hinzugerechnet werden. Hieraus ergibt sich unter Berücksichtigung der seit 1970 ausgesiedelten Deutschen und der seit 1970 hinzugeborenen Abkömmlinge die Zahl von etwa 1 Million Deutschen." Hinzu rechnet sie noch ca. 20000 Deutsche in Polen in den Grenzen von 1937. (3)

Diese Hochrechnung beruht auf den Ergebnissen der faschistischen Volkszählung von 1939 und setzt voraus, daß fast alle polnischen Einwohner, die vor 1939 in den heutigen polnischen Westgebieten lebten, die sogenannten "Autochthonen", germanisiert worden wären.

Die polnische Regierung betrachtet das Kapitel der deutschen Minderheit in Polen zu Recht als abgeschlossen. Ministerpräsident W. Jaruzelski erklärte am 7. Mai 1985: "Im Einklang mit den Potsdamer Beschlüssen wurden die Reste der deutschen Bevölkerung umgesiedelt. Wir haben alle internationalen Verpflichtungen im Bereich der Repatriierung und der Familienzusammenführung mehr als erfüllt. Damit hört das Problem der deutschen Minderheit in Polen endgültig auf zu bestehen." (9)

Das Auswärtige Amt knüpft hingegen an die reichsdeutsche Germanisierungspolitik an. Die Nationalitätenstatistiken im Deutschen Reich waren schon immer ein Mittel der Germanisierung. Seit 1908 durften

z.B. polnische Vereine Treffen in polnischer Sprache nur in den Landkreisen abhalten, in denen der polnische Bevölkerungsanteil über 60% lag. Seitdem versuchten die Zählbehörden, die Zahl der polnischen Bevölkerung systematisch zu drücken, indem sie sie als deutsch, als zweisprachig oder nach "Stammeszugehörigkeit" (Kassuben, Masuren, Schlesier) klassifizierten. Sie knüpften daran an, daß ein erheblicher Teil der polnischen Bevölkerung zweisprachig aufwuchs, da ihm die deutsche Sprache unter den Preußenkönigen seit Friedrich II. bzw. Bismarck im Volksschulunterricht aufgezungen wurde. Zudem haben sich in Polen verschiedene Dialekte gebildet wie z.B. der schlesische Dialekt, der sich von der polnischen Hochsprache etwas unterscheidet.

Die Zählbögen waren nur in deutscher Sprache abgefaßt und wurden vom Zähler auch im Widerspruch zu den Angaben der Befragten ausgefüllt und häufig von den Behörden anschließend noch korrigiert. Unter der polnischen Bevölkerung wurde deshalb 1910 der Boykott der Volkszählungen erwogen. (6)

Dennoch wurden in der Volkszählung 1910 1020500 Polen in den heutigen polnischen Westgebieten ermittelt. Nach polnischen Schätzungen waren es dagegen 1236600. (4) 1925 wurden in den sogenannten Ostgebieten nur noch 769557 polnischsprachige Reichsangehörige gezählt. Davon waren 229117 einsprachig und 456804 zweisprachig. 83636 waren polnische Staatsangehörige. (7) Der Rückgang gegenüber 1910 ist auf Kriegsverluste, Auswanderungen, politischen Druck und unsaubere Zählmethoden zurückzuführen. M. St. Korowicz, ein polnischer Autor, hält dieses Ergebnis dennoch für einen halbwegs realistischen Ausgangspunkt, obwohl es viele Klagen über Eintragungen gegen den Willen der Befragten gab. (5)

Ab 1933 haben die Nationalitätenstatistiken nichts mehr mit der Wirklichkeit zu tun. In der Volkszählung von 1933, die nach der faschistischen Machtübernahme durchgeführt wurde, verringerte sich schlagartig die Zahl der nicht-deutschen oder zweisprachigen Reichsangehörigen um über 300000 auf 449155 (die polnischen Staatsangehörigen auf 41592), obwohl die gesamte faschistische Literatur voll von Klagen über den "Rückgang des Deutschtums" in den "Ostgebieten" ist. Für die damalige Provinz Oberschlesien ist belegt, daß die Faschisten während der Zählung eine Kampagne anheizten, in der die Polen aufgefordert wurden, die deut-

sche oder eine oberschlesisch-polnische Sprache anzugeben, sofern sie nicht die polnische Hochsprache sprächen. Die Zähler erhielten entsprechende Anweisungen. Die Zählstrukturen für Preußen und das Reich sahen jedoch eine oberschlesisch-polnische Rubrik nicht vor. In Oberschlesien wurde so die polnische Bevölkerung von 544376 auf 379574 reduziert. (5) Selbst H. Rogmann, ein faschistischer Bevölkerungsstatistiker, warnte in einer geheimen Studie vor diesen Zahlen und schätzte die tatsächliche polnische Bevölkerung in Oberschlesien auf ca. 550000. (4) 1939 wurden noch ganze 64485 "fremdsprachige Reichsangehörige" in den heutigen polnischen Westgebieten, darunter 40000 in der Provinz Oberschlesien, verzeichnet. Polnische Schätzungen gehen dagegen allein für diese Provinz von ca. 700000 polnischen Einwohnern aus. (5) Es gehörte schon Heldenmut dazu, unmittelbar vor dem faschistischen Überfall auf Polen eine nicht-deutsche Muttersprache anzugeben. Dennoch gehen Auswärtiges Amt und CDU/CSU heute wieder ungeniert von den Ergebnissen von 1939 aus. (3)

Es ist hier nicht versucht worden, die Fortschreibung der Bevölkerung in den polnischen Westgebieten über die Kriegsjahre hinweg, wie sie oben aus dem Weißbuch der CDU/CSU zitiert wurde, einer genauen Würdigung zu unterziehen. Viele Angaben wie z.B. über natürlichen Bevölkerungszuwachs, zivile Kriegstote, Evakuierungen, Ermordung durch die faschistische Regierung oder Aussiedlung fehlen oder sind recht ungenau. Immerhin, die Analyse beweist, daß in den Volkszählungen bis 1939 zwischen 700000 und 1,2 Mio. Polen in den sogenannten "Ostgebieten" weggermanisiert wurden. Die Zahl der polnischen Kriegstoten bzw. der Opfer des Faschismus zwischen 1939 und 1945 ist kaum abzuschätzen. Die in der polnischen Volkszählung von 1970 679669 gezählten "Autochthonen" dürften aber hauptsächlich Polen sein. Der Standpunkt der polnischen Regierung ist korrekt.

Quellenhinweis: (1) Pressedienst Schlesien 23/85, 15.7.85; (2) Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes, Nr.1103/B83; (3) CDU/CSU-Fraktion: Weißbuch über die menschenrechtliche Lage in Deutschland und der Deutschen in Osteuropa, Bonn 1977; (4) Westinstitut: Die polnischen Westgebiete, Poznan 1960; (5) M. Korowicz: Der oberschlesische Minderheitenschutz 1922 – 37, Katowice 1938; (6) P. Weber: Die Polen in Oberschlesien, Berlin 1914; (7) A. Bohmann: Menschen und Grenzen, Bd. 1, Köln 1969; (8) St. Waszak: The number of Germans in Poland in the years 1931 – 1959, in: Polish Western Affairs, 1960 (9) W. Jaruzelski am 7. Mai 1985, zit. nach FR 6.5.85 – (wop)

Dokumente der Germanisierung

Über die Volkszählung 1910

"Aber in der Hitze des Nationalitätenkampfes ist es nicht leicht, sich eine kühle Objektivität zu bewahren, und wenn gar der Landrat oder Regierungspräsident die Zählung als politisches Instrument betrachtet, wird die Objektivität auf eine harte Probe gestellt. Da nun die Zähler zum großen Teil Volksschullehrer sind, spielen auch noch Standesinteressen hinein. Denn eine Vermehrung der 'Deutschen' oder 'Zweisprachigen' erscheint als germanisierender Erfolg der deutschen Schule, während einer Verringerung der 'Zweisprachigen' dem Lehrer zur Last gelegt wird."

"... die von den Gemeindebehörden ernannten 'Zähler', die zum großen Teil aus den Reihen der Volksschullehrer entnommen sind, korrigieren die Zählkarten und dürfen in zweifelhaften Fällen die Ortspolizei heranziehen ... Bei den Polen hat dies solche Erbitterung erregt, daß der Gedanke entstanden ist, die Volkszählung zu 'boykottieren.'
(P. Weber, Die Polen in Oberschlesien, Berlin 1914)

Über die Volkszählung 1925

"Die vor kurzem veröffentlichten Zahlen über das Sinken der Polnisch sprechenden Bevölkerung in Oberschlesien dürfen nicht die Illusion erwecken, als ob in der wirklichen Zusammensetzung der polnischen Bevölkerung eine tatsächliche Änderung erfolgt sei. Bei derartigen offiziellen Angelegenheiten ... werden allzuhäufig Angaben gemacht, die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Aus Angst vor unangenehmen Folgen wird für alle Fälle die deutsche Sprache als Mut-

Entwicklung der polnischen, bzw. polnisch-sprechenden Bevölkerung in den nach 1945 wiedergewonnenen polnischen Westgebieten 1910 – 1939, Gebietstand 31.12.1937

Wojwodschaft/	1910	1925*	1933*	1939*	1939**
Olsztyn (Ostpreußen)	327 800	121 100	25 770	8 125	250 000#
Szczecin (Pommern)	7 100	28 782	5 775	346	—
Poznan (Schneidemühl)	28 200	14 353	10 474	8 721	—
Zielona Gora (Brandenburg)	—	33 376	17 426	—	100 000+
Wroclaw (Niederschlesien)	13 800	27 570	10 136	444	—
Opole (Oberschlesien)	643 600	544 376	379 574	40 482	850 000
Westgebiete	1 020 500	769 557	449 155	58 278	1 200 000

* polnisch- und zweisprachige Reichsangehörige sowie polnische Staatsangehörige, ** polnische Schätzung, + Pommern, Schneidemühl, Brandenburg, # nur polnischer Teil, in Klammern: Provinzen des Deutschen Reiches
Quellen: A. Bohmann ... S. 194ff, Die polnischen Westgebiete ... S.157

tersprache angegeben, obwohl in der Familie nach wie vor polnisch gesprochen wird."

(Vossische Zeitung, 1.5.26, zit. n. M. Korowicz, Der oberschlesische Minderheitenschutz, Katowice 1938)

Über die Volkszählung 1933

"Die Zählung vom Jahre 1933 zeigte indessen ein weiteres phantastisches Sinken der Bevölkerung mit polnischer Sprache, nämlich um 176940 Seelen. Wenn im Laufe von 15 Jahren zwischen den beiden vorhergehenden Zählungen während des Krieges und während der politischen Erschütterungen die Zählstatistik eine Verringerung der Menschen mit polnischer Muttersprache in diesem Gebiete (Oberschlesien, d. Verf.) um 14,3% festgestellt hatte, so sollte im Laufe der 8 Jahre bis 1933 dies Sinken 30% betragen. Die Zählung fand statt in den ersten Monaten nach der Machtübernahme durch das extrem natio-

nalsozialistische Lager. Um die Zählung entwickelte sich eine politische Agitation in Wort und Presse. Unter derartigen Bedingungen dem zählenden Funktionär, am häufigsten einem Lehrer, die polnische Muttersprache anzugeben, dazu gehörte Zivilcourage ..." (M. St. Korowicz, a.a.O.)

Über die Volkszählung 1939

"Das zweisprachige deutsch-polnische Bevölkerungselement wurde von 1933 bis 1939 fast völlig aufgesogen, bzw. hielten es viele deutsch-polnische Zweisprachige, in der Mehrzahl nicht-deutscher Abstammung oder Herkunft, für klüger oder zweckmäßiger, sich ganz zur deutschen Sprache als Muttersprache und damit auch zur deutschen Volkszugehörigkeit zu bekennen."
(A. Bohmann, Menschen und Grenzen, Bd. I, Köln 1960)



Aus: Die polnischen Westgebiete, a.a.O.



Bonn, 1985: Dregger, Czaja und Hupka

Türkei

Ansätze einer Einheitsfront gegen das Militärregime

Im Dezember 1984 haben die türkischen und kurdischen Organisationen Avantgarde Arbeiterpartei Kurdistans (PPKK), die Arbeiterpartei der Türkei (TIP), die Kommunistische Partei der Arbeit der Türkei (TKEP), die Kommunistische Partei der Türkei, die Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistans (SPTK) und die Sozialistische Arbeiterpartei der Türkei (TSIP)* ein demokratisches Bündnis gebildet, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Militärregierung in der Türkei zu stürzen und für den Aufbau einer demokratischen Volksregierung zu kämpfen. Der Name des Bündnisses ist "Linke Einheit der Türkei und Türkisch-Kurdistans", im folgenden "Linke Einheit" genannt.

Die Parteien haben inzwischen ein Kommuniqué und eine Deklaration veröffentlicht, die den Begründungsrahmen für die Plattform des demokratischen Bündnisses abgeben. In ihrem Kommuniqué verweisen die Parteien auf die wachsende Kriegsgefahr, greifen den US-Imperialismus an, der die Intervention in Grenada angezettelt hat und in Nicaragua die Intervention vorbereitet. Das Recht des palästinensischen Volkes auf einen unabhängigen Staat wird bekräftigt. In diesen Zusammenhang wird die Özal-Regierung gestellt, die die Türkei und Türkisch-Kurdistans zu einem Aufmarschgebiet des US-Imperialismus gegen ihre Nachbarn macht und die in Zypern, im Ägäischen Meer und an den östlichen Grenzen eine expansionistische Politik betreibt und die Konflikte schürt.

In der Deklaration wird bekräftigt, daß die Türkei ein Bestandteil des kapitalistischen Weltsystems und ein vom Imperialismus abhängiges Land ist; daß es ohne antiimperialistische und revolutionäre Umgestaltung nicht möglich ist, die nationale und soziale Befreiung der Völker der Türkei durchzusetzen. Als nächstes Ziel gibt die Deklaration den Sturz der Militärregierung an und die Errichtung einer demokratischen Volksmacht, die allen Abhängigkeiten vom Imperialismus ein Ende setzen, die Produktions- und Transportmittel des Monopolkapitals nationalisieren, die ideologische und politische Macht des Monopolkapitals beenden soll, die das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation anerkennen und eine Bodenreform verwirklichen soll.

Die Deklaration begründet das Zusammengehen der genannten Parteien folgendermaßen: "Heute kann keine Kraft allein das Land vor dem gefährlichen Gang, in den es geschleppt wird, retten, der faschistischen Dik-

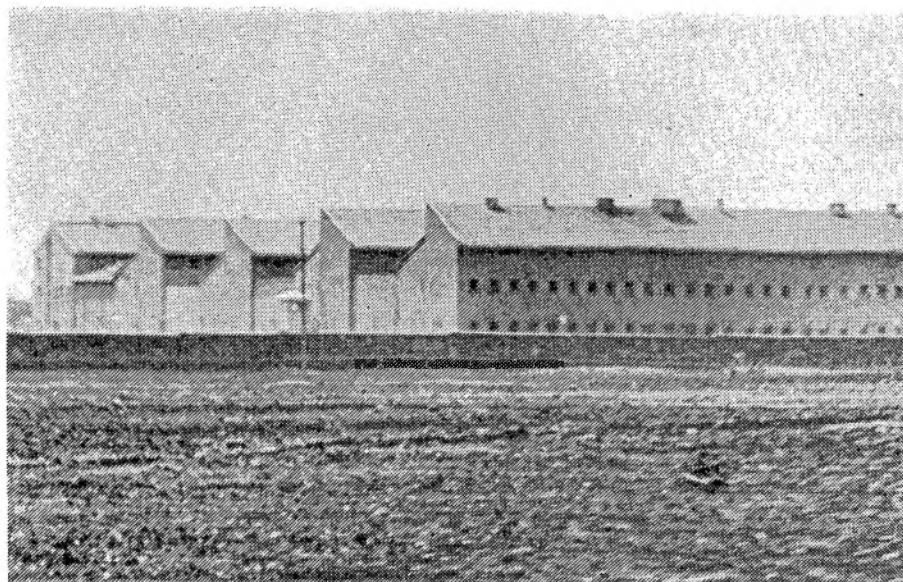
tatur ein Ende gebieten und den Weg für nationale und soziale Befreiung bahnen. Deshalb ist es notwendig, unsere Kräfte zu vereinen."

Im folgenden einige Gesichtspunkte zur Plattform, die daneben auszugsweise abgedruckt ist.

Das Bündnis hat sich zum Zweck des Sturzes des Militärregimes in der Türkei und in Türkisch-Kurdistans gebildet. Das ist erfreulich, denn die Imperialisten, allen voran die BRD-Imperialisten, haben die Parole ausgegeben, daß die Türkei auf dem "Weg zur Demokratie" ist. Bundeskanzler Kohl, als erster westlicher Regierungschef nach dem Militärputsch 1980 zu Besuch, erklärte, es gebe sicherlich einige Schwierigkeiten bei dem Verfahren der Aufnahme der Türkei in die EG, diese könnten aber im gegenseitigen Einverständnis gelöst werden, die Hilfe der BRD für die Türkei werde weitergehen. Die "Linke Einheit" widerspricht dieser "Normalisierung" der Beziehungen und bestreitet durch ihre Plattform die imperialistische Propaganda des "Weges zur Demokratie". Wichtig ist in diesem Zusammenhang,

und dergleichen internationalen Wirtschafts- und Finanzinstituten unterzeichnet worden sind und die Wirtschaft der Türkei vom Imperialismus abhängig machen." Die Plattform richtet sich also gegen die Militärregierung und die imperialistischen Konzerne. Unklar bleibt, warum nicht die Verstaatlichung des ausländischen Kapitals verlangt wird. Und auch unklar ist, warum die Plattform sich namentlich nur gegen den US-Imperialismus wendet und den BRD-Imperialismus, der 50% mehr Kapital als der US-Imperialismus in der Türkei investiert hat und das stärkste Auslandskapital darstellt, nicht nennt.

Die "Linke Einheit" geht in ihrer Plattform davon aus, daß ins Bündnis eingeschlossen werden können: Die Bauern, die Arbeiter, alle Werktätigen, die Intelligenz, die Kleinhändler und Handwerker, die patriotischen Kräfte und auch die Besitzer der kleinen und mittleren Betriebe. Dementsprechend enthält die Plattform neben demokratischen Forderungen, wie den Forderungen nach Organisations- und Versammlungsfreiheit und Forderungen nach Erhöhung des Mindestlohns, Streikrecht, Schaffung eines sozialen Sicherungssystems auch Forderungen gegen die Monopole wie: "Verhinderung des Ressourcentransfers vom staatlichen Etat zu den Monopolen in Form von Subventionen,



Das Militärgefängnis von Diyarbakir

daß die Plattform sich in einigen Punkten gegen den Imperialismus wendet, hier in allgemeiner Form: "Schluß mit der Wirtschaftspolitik, die den Interessen imperialistischer Kreise und einer Handvoll lokaler Monopole dient und die werktätigen Volksmassen zur Armut, die mittleren Schichten zum Bankrott und die Wirtschaft zum Zusammenbruch gebracht hat." Oder, nicht so allgemein: "Abschaffung der ungleichen Verträge, die mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der OECD

Prämien, Steuerrückgaben." Ebenso wird für die Klein- und Mittelbourgeoisie die "Einführung von Schutzmaßnahmen" und deren Versorgung mit billigen Krediten gefordert. Da man davon ausgehen kann, daß die Großkonzerne in der Türkei, die türkischen Holdings, zusammen mit den ausländischen Kapitalgruppen die herrschende Kapitalgruppe bilden, ist es sicher nicht verkehrt, Forderungen gegen die Monopole, für die Klein- und Mittelbourgeoisie aufzustellen. Allerdings wird nicht erläutert, was unter

"Schutzmaßnahmen" zu verstehen ist. Weil ca. 60% der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft arbeiten, ist die Forderung nach einer Landreform in der Plattform, der Versorgung aller Bauernfamilien mit genügend Boden, sehr wichtig. Hier müssen aber die Unterschiede der Agrarstruktur in der Türkei und Türkisch-Kurdistan berücksichtigt werden.

Die Linke in der Türkei hat lange die Forderungen der Kurden, das Recht auf Lostrennung, Ausübung der eigenen Kultur und Sprache, nicht akzeptiert. Auch wurde nicht anerkannt, daß die Kurden ihre eigenen revolutionären Organisationen bilden wollten. Daher ist es ein Fortschritt, daß sich kurdische und türkische Organisationen zu dieser Plattform zusammengeschlossen haben und die Gewährung der nationalen und demokratischen Rechte des kurdischen Volkes gefordert wird. Schwierig ist aber, daß sich nur zwei kurdische Parteien, die SPTK und die PPKK, dem Bündnis ange-

schlossen haben. Das könnte dazu führen, daß sich die Widersprüche zwischen den kurdischen Organisationen verschärfen. Eine Einigung zwischen ihnen ist aber unverzichtbar.

Zum Schluß muß noch darauf verwiesen werden, daß alle Parteien, die dieses Bündnis eingegangen sind, Parteien sind, die davon ausgehen, daß die Sowjetunion ein sozialistisches Land ist, also, wie man in der Türkei sagt, "Sowjetisten" sind. In der Plattform drückt sich das dort aus, wo eine "Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit gegenüber den sozialistischen Ländern" verlangt wird. Diese Formulierung erschwert den Einschluß der anderen Gruppen der revolutionären Organisationen in der Türkei.

* Zum besseren Verständnis werden die Namen verwandt, die i. d. BRD zur Bezeichnung dieser Parteien üblich sind, dahinter die Abkürzungen, die in den zitierten Dokumenten verwendet werden und dann die Bezeichnung der Massenorganisationen der genannten



Marktfrauen in Istanbul

Parteien: PPKK (AAPK) Massenorganisation KKDK; TIP (APdT) Massenorganisation DIBAF; TKEP (KPdAdT) Massenorganisation Birlik Yolu; TKP (KPdT) Massenorganisation FIDEF; SPTK (SPTK) Massenorganisation KOMKAR; TISP (SAPdT) Solidaritätskomitees Gercek ADK.

Quellenhinweis: Kommunique, Deklaration der linken Einheit der Türkei und Türkei-Kurdistan, die Plattform des demokratischen Bündnisses, zu beziehen über Ermis Verlag, Postfach 101016, 4300 Essen 1 - (eve)

Aus der Plattform des Bündnisses

Das Hauptziel der Plattform des demokratischen Bündnisses ist, gemeinsam zu kämpfen, um die folgenden Forderungen zu verwirklichen:

Sturz der faschistischen Diktatur, Auflösung deren Marionettenparlaments und Regierung und Gründung einer Regierung, die aus den Vertretern der breiten antifaschistischen, demokratischen und friedliebenden Kräfte besteht;

Abschaffung aller Unterdrückungsgesetze, vor allem der, die von der Junta erlassen worden sind, um den Faschismus zu institutionalisieren; Vorbereitung einer demokratischen Verfassung, die die fundamentalen Rechte und Freiheiten garantiert;

Abschaffung des Kriegszustandes; Stopp von Hinrichtungen und Folterungen;

Freilassung aller antifaschistischen demokratischen politischen Häftlinge aus den Kerkern, allgemeine Amnestie;

... Ermöglichung der Wahl der kommunalen Organe durch das Volk sowie des Rechts der Abberufung der kommunalen Organe durch das Volk, Abschaffung jeglicher zentraler Eingriffe und Begrenzungen, die die demokratische Funktion dieser Organe verhindern;

... Schutz der Existenz der Staatsbetriebe, Verhinderung der Ausplünderung ihrer Erzeugnisse und Dienstleistungen durch die Monopole; Verfolgung einer geplanten Entwicklungspolitik, die in der Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft die

ökonomische Unabhängigkeit gewährleistet und die strukturelle Deformation überwindet;

...

Erhöhung des Mindestlohns auf ein Niveau, das den Bedingungen des Tages entspricht;

Schaffung eines modernen sozialen Sicherheitssystems, das alle Schichten der Gesellschaft in Betracht nimmt; Verbot von Beschäftigung ohne Sozialversicherung; Einführung von Maßnahmen für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und für die Gewährleistung des Arbeitsschutzes; Verbesserung der Lage der Rentner, Staatsschutz für die älteren Menschen, Geschädigten und Waisen, die Hilfe brauchen;

Abschaffung der schweren Repression und Ausbeutung der Frauen im beruflichen Leben; Verwirklichung der Prinzipien des gleichen Lohns für gleiche Arbeit und der Chancengleichheit bei der Anstellung und bei der Förderung, Schutz der Mutterschaft durch die Gesellschaft und den Staat, Gründung von Krippen;

... Verwirklichung der Boden- und Agrarreform; Versorgung aller Bauernfamilien mit genügendem Boden; Versorgung der Bauernbetriebe mit Düngemitteln, Chemikalien, Samen, Arbeitsmitteln zu niedrigen Preisen und mit Krediten zu niedrigen Zinssätzen; Unterstützung der Genossenschaftsbewegung von der Produktion bis zum Verkauf auf der Grundlage der Freiwilligkeit ...;

Verhinderung der Ausnutzung unseres Territoriums als eine Aggressionsbasis gegen die Nachbarländer für die Interessen der USA und der NATO ...;

Indien

Regierung versucht Abkommen mit den Sikhs

Am 24. Juli 1985 verkündete der indische Premierminister R.Gandhi vor dem Parlament, daß er nun ein unterschriebenes Abkommen mit dem Führer der Akali Dal, Longowal, geschlossen habe. Die Akali Dal ist die Partei der Sikh im Punjab. In der westlichen Presse wird die Entwicklung im Punjab aufmerksam verfolgt, da die Erfolge der Politik der Regierung von R.Gandhi auch vor allem daran gemessen werden, wie weit er die Lage dort in den Griff bekommt. Der Punjab ist mit seiner großen Zahl Sikh-Bauern der größte Getreide-/Reisproduzent in Indien.

Die Einigung mit Longowal umfaßt elf Punkte. So z.B., daß das Territorium Chandigarh, bislang Hauptstadt der beiden Unionsstaaten Haryana und Punjab gemeinsam, mit dem Punjab zusammengelegt werden soll, da hier mehrheitlich Sikh leben. Die Sikh-Partei betrachtete es stets als einen Teil der politischen Unterdrückung durch die Zentralregierung, daß der Punjab keine eigenständige politische Hauptstadt besitzt. Ein anderer wichtiger Punkt ist die Nutzung der zwischenstaatlichen Gewässer, die zwi-

schen den Bundesstaaten umstritten ist. Andere Punkte sichern zu, daß das bislang gültige Antiterrorgesetz, das praktisch Kriegerrecht im Punjab bedeutete, nicht verlängert wird. Gandhi lehnte es allerdings ab, den Soldaten, die sich geweigert hatten, am Sturm auf den Tempel von Amritsar teilzunehmen, eine Amnestie zu gewähren. Die Tempelerstürmung hatte anschließend zur Ausrufung des Kriegerrechts im Punjab und zur Unterstellung des Unionsstaates unter direkte Leitung der indischen Regierung geführt. Gandhi stellte bei den Verhandlungen Wahlen in Aussicht. Bislang haben in Punjab keine Wahlen stattgefunden.

Gegen das Abkommen hat bereits ein Teil der Akali Dal heftige Kritik erhoben; ebenso der Verband der Sikh-Studenten, die auch die größte Rolle bei den Kämpfen gegen die Zentralregierung gespielt haben. Offensichtlich findet das Abkommen aber Unterstützung bei den wohlhabenden Kreisen im Punjab. Denn die Kritiker beziehen sich im wesentlichen auf die Amnestieforderungen für Beteiligte an den Auseinandersetzungen, an denen die reichen Sikh wohl kaum Anteil hatten. Sicher ist, daß Gandhi vor allem versuchen wird, der Masse der mittleren Bauern im Punjab zumindest für einige Zeit das Gefühl zu geben, etwas erreicht zu haben. Dies verspricht er sich von der Realisierung der Versprechungen bezüglich der Bewässerungsfrage. Ob zu Recht, wird sich teilweise bei den Wahlen zeigen, die im Spätherbst stattfinden.

Quellenhinweis: FAZ v. 31.7.1985; Neue Zürcher Zeitung, div. Ausgaben. — (cog)

Südafrika/Azania

Der Bergarbeiterstreik wird die Kolonialwirtschaft erschüttern

Der seit Monaten schwelende Lohnkonflikt zwischen der schwarzen Bergarbeitergewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers) und der Minenkammer Südafrikas (Chamber of Mines) wird auch die politische Krise in Südafrika verschärfen, wenn es zu einem Streik kommen sollte. Die Forderungen der Gewerkschaftsseite, die miserablen Löhne der schwarzen Grubenarbeiter generell um 22% zu erhöhen (ursprüngliche Forderung 40%), die Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz zu verstärken, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen und die sog. "job reservation" abzuschaffen (Politische Berichte 15/85, S. 14), wurden von der Chamber of Mines mit gestaffelten Lohnerhöhungen zwischen 14,1% und 19,6% beantwortet, die Anfang Juli in Kraft traten. Daraufhin hat die NUM einen Streikaufruf für den 25. August ange-

kündigt, falls die übrigen Forderungen keine Beachtung finden. 29 Gruben, in denen die NUM von den Minenkapitalisten als Vertreterin der schwarzen Bergarbeiter anerkannt ist, sind von der Streikdrohung direkt betroffen; dabei handelt es sich um 18 Gold- und 11 Kohlebergwerke, die 70% der gesamten Gold- und 20% der Kohleproduktion fördern.

Nach Gewerkschaftsangaben arbeiten in den 29 Gruben 240 000 Bergarbeiter. Die Gesamtzahl aller im Bergbau beschäftigten schwarzen Arbeiter wird auf 770 000 geschätzt, die in 44 Goldminen und 55 Kohlegruben arbeiten. Nach Angaben des NUM-Vorsitzenden Cyril Ramaphosa würden nicht nur die 240 000, sondern 200 000 weitere Bergarbeiter in anderen Minen streiken, die von der NUM ebenfalls organisiert sind.

Nach südafrikanischem Recht droht Streikenden die Entlassung; für 1,5 Mio. Bergarbeiter könnte dies den Abtransport in die "homelands" und für ca. 300 000 ausländische Arbeiter die Abschiebung in die benachbarten Länder nach sich ziehen. Mit dieser Drohung soll der Streik auch bei den Angerainerstaaten in Mißkredit gebracht werden. Ramaphosa bezweifelt jedoch, daß die südafrikanische Industrie "durch die Entlassung von 200 000 Leuten Selbstmord begeht". Tatsächlich ist der Bedarf an schwarzen Bergbauarbeitern schon jetzt kaum zu decken.

Auf dem Gewerkschaftskongreß am 3./4. August drohte die NUM auch dann mit Streik, falls die Regierung im Falle internationaler Wirtschaftssanktionen gegen Pretoria ausländische Arbeiter ausweisen sollte. Auf dem Kongreß wurde die Schaffung einer Föderation der Bergleute-Gewerkschaften im südlichen Afrika beschlossen, der Gewerkschaften in Südafrika/Azania, Zimbabwe, Sambia, Swasiland und Mocambique angehören sollen.

Die Goldminen sind das Rückgrat der südafrikanischen Kolonialwirtschaft, die in ihrer schwersten Krise seit 1930 steckt. Goldexporte machen wertmäßig ca. 45% des gesamten Exports und 42% aller Bergbauprodukte Südafrikas aus. Ein Streik in der Bergwerksindustrie würde zu Ausfällen von 500 Mio. Rand (ca. 700 Mio. DM) je Woche führen, was den kolonialen Staatshaushalt, der z.T. aus der Besteuerung der Goldproduktion finanziert wird, hart trafe.

Premierminister Botha hat durch die Fortsetzung des Ausnahmezustandes die gewaltsame Unterdrückung des Bergleutestreiks geradezu angekündigt. Die NUM hat die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes gefordert; anderenfalls droht sie mit dem Boykott sämtlicher Geschäfte, die Weißen gehören.

Quellenhinweis: FAZ 6. und 7.8.; NZZ 7. und 14.8. — (and)

Brasilien

Regierung Sarney verspricht soziale Reformen

Ende August will der brasilianische Präsident das bereits von seinem Vorgänger angekündigte Agrarreformprogramm bekanntgeben. Nach bisherigen Mitteilungen beabsichtigt die Regierung: Die Verteilung von 410 Mio. ha Land an insgesamt ca. 7 Mio. Bauernfamilien innerhalb von 15 Jahren; in diesem Jahr ist die Landverteilung an 100 000 Familien vorgesehen, in den ersten fünf Jahre an 1,4 Mio. Die jetzigen "Besitzer" sollen entschädigt werden. Die neuen Eigentümer müssen das Land innerhalb von 20 Jahren an den Staat bezahlen. Desweiteren kündigte die Regierung Sar-



ney Verbesserungen im Gesundheitsdienst, im sozialen Wohnungsbau, im Erziehungswesen und in der Lebensmittelversorgung auch für die arme Landbevölkerung an, sowie für diese Unterstützungen beim Ankauf von Saatgut, Geräten usw. Durch Steuererhöhungen und der Privatisierung von Staatsbetrieben sollen die Maßnahmen finanziert werden.

Angesichts der tatsächlichen Probleme der landlosen und kleinen Bauern und Landarbeiter stieß das Regierungsvorhaben in den Landarbeitergewerkschaften eher auf Kritik als auf Zustimmung, auch wenn Sarney mit seinen Ankündigungen am 27.5. ihren Forderungen ein Stück weit nachkam. Gerade zu diesem Zeitpunkt, vom 25.-30.5., führte der Nationalverband der Landarbeiter, Contag, seinen 4. nationalen Kongreß durch. 4100 Delegierte, die über 4 Mio. Mitglieder vertraten, berieten die folgenden Punkte: Landreform, Gewerkschaftsbewegung, Terror der Privatarmeen der Großgrundbesitzer, Agrarpolitik, Dürrekatastrophen, Folgen von Staudammprojekten, Sozial-

fürsorge für die Landbevölkerung, Arbeiterfrage und Gewerkschaften usw.

Von Seiten der Gewerkschaften gilt die Kritik insbesondere dem Umfang der Agrarreform zu Beginn und ihrer Zeitplanung, der Entschädigung für Enteignung und der Bezahlung durch die Bauern. Sie haben ihre Forderungen nach Legalisierung der Landbesetzungen und Festsetzung einer Höchstgrenze für Landbesitz bekräftigt.

Über 10 Mio. arme Bauern und Landarbeiter fordern Land. Ihre Armut hat 1985 den Stand von Ende der 70er Jahre erreicht. 50000 Großgrundbesitzer halten fast 50% der landwirtschaftlichen Fläche mit den besten Böden besetzt. Hingegen müssen 2,6 Mio. Bauern Landstücke bis zu 10 ha, weitere 2 Mio. solche bis zu 100 ha bewirtschaften. In manchen Gegenden reichen selbst 100 ha und mehr nicht aus, eine Familie zu ernähren. Es fehlt an Saatgut, Dünger, Maschinerie, Wasser usw.

Die Banden der Großgrundbesitzer erschossen 1984 180 Landarbeiter, im ersten Halbjahr 1985 bereits über 100, darunter im Juni einen Funktionär der KP Brasiliens. Sie drohen mit weiterem Terror, wenn das Agrarprogramm verabschiedet werden sollte.

Das Regierungsprogramm beseitigt nicht einmal das größte Elend; das Latifundieneigentum soll grundsätzlich nicht angetastet werden. Die Forderungen der Landarbeitergewerkschaften finden auch in den Städten außerhalb der Arbeiterklasse Unterstützung. Die Großgrundbesitzer produzieren zum großen Teil für den Export, ob Fleisch, Kaffee, Früchte, Pflanzenöle oder Zuckerrohr als Benzinersatz. Die Produktion von notwendigen Lebensmitteln stagniert bzw. geht zurück. Immer noch importiert Brasilien Getreide für über 2 Mrd. DM pro Jahr.

Quellenhinweis: Rundbrief 15/85 der Brasilien-Initiative; Brasilien- Ausschnittendienst 7/85 – (sie)

Franz. Imperialismus

Verstärkte Probleme in den Kolonien

Verstärkte regionale Autonomie bei Beibehaltung der grundlegenden politischen Machtstrukturen – auf dieser Linie versuchte die französische Regierung in den letzten Jahren, den wachsenden Bestrebungen nach Unabhängigkeit in den Kolonien zu begegnen. Es deutet einiges darauf hin, daß diese Politik scheitern wird.

Ende Juni zeigten sich die zuständigen Ministerien völlig überrascht, als ein Koordinationskomitee von zwanzig Organisationen innerhalb von vierundzwanzig Stunden durch Straßensperren in einer kompletten Verkehrs-

blockade die ökonomischen Zentren der Karibikinsel Guadeloupe lahmlegte. Auslöser der Aktion war die Verteilung eines Mitgliedes der Bewegung für ein unabhängiges Guadeloupe zu drei Jahren Gefängnis, weil er einen französischen Lehrer angegriffen und (leicht) verletzt hatte. Dieser hatte zuvor einen Schüler mit Fußtritten, Schlägen und rassistischen Schimpfworten traktiert. Die Blockade war unmittelbar mit der Forderung nach Widerrufung des Urteils verbunden; die sich rasch entwickelnde Massenaktion zeigte jedoch, daß es um mehr ging: um die Selbstachtung und Würde der einheimischen Bevölkerung Guadeloupes. Obwohl Polizei und Militär Tränengas, Hubschrauber und schweres Gerät einsetzten, gelang es ihnen nicht, die Blockade zu brechen, die Aktionen wurden im Gegenteil ausgeweitet, immer häufiger wurde die Forderung nach Unabhängigkeit Guadeloupes erhoben. Erst als das Berufungsgericht unter diesem massiven Druck die Gefängnisstrafe aufhob, beendete das Komitee die Blockade.

Fast zur gleichen Zeit entwickelten sich auf Neukaledonien heftige Aus-

einandersetzungen zwischen der FLNKS und der Bereitschaftspolizei, als Mitglieder der FLNKS die Nickeldmine von Thio blockierten und jede Verladung von Erz unmöglich machten. Kurz zuvor hatte die Regierung Fabius 300 zusätzliche Bereitschaftspolizisten in die Gegend verlegt. Die Melanesier forderten ihren sofortigen Rückzug, der dann am 6. August von der Regierung zugestanden werden mußte.

Seitdem der französische Verfassungsrat vor knapp einem Monat den Gesetzentwurf zur Wahl der Regionalräte (s. PB 12/85) für nicht verfassungskonform erklärte und die Regierung veranlasste, ihn zugunsten der Siedler zu ändern, ist die Lage in Neukaledonien sehr gespannt. Unter den Melanesiern gewinnt die Auffassung, die Unabhängigkeit sei nur gegen die Regierung zu erlangen, weiter an Boden. Und die Tatsache, daß der französische Geheimdienst die Hauptstadt Noumea als strategische Basis der Operation gegen das Greenpeace-Schiff benutzte, erhöht gewiß nicht ihre Gesprächsbereitschaft. – (pel)

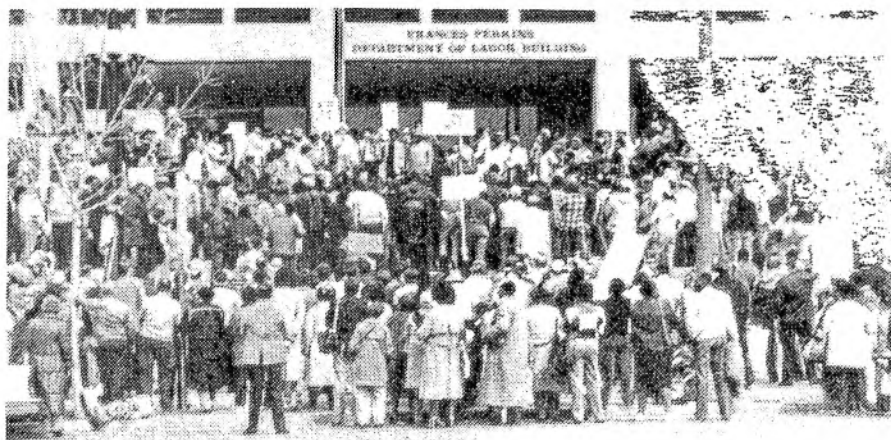
Zweigleisige Lohnabschlüsse in USA

Eine gefährliche Neuheit in der Tarifpolitik

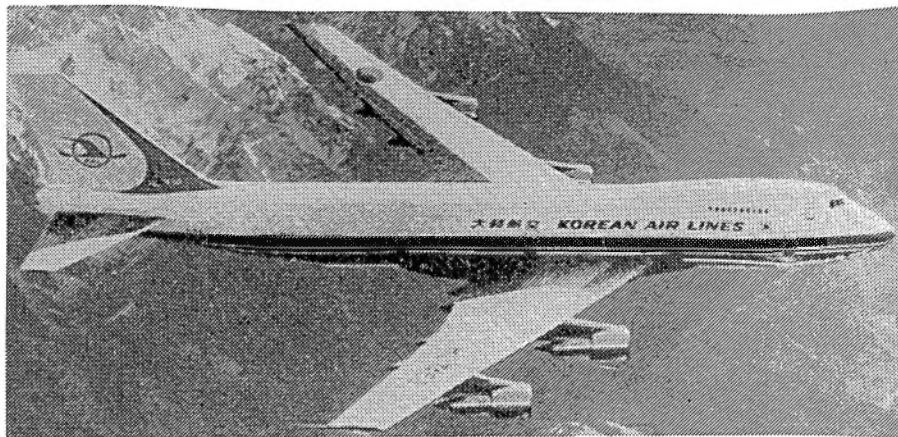
Zusätzlich zu direkten Lohnsenkungen werden von den Kapitalisten in den USA immer häufiger zweigleisige Lohnskalen "angeboten". Insgesamt waren 1983 5% der Abschlüsse zweigleisig, 1984 waren es 8% und im 1. Halbjahr 1985 9%. Der Schwerpunkt dieser Sorte Abschlüsse war im nichtproduzierenden Gewerbe (Handel, Banken, Dienstleistungen). Hier stieg der Prozentanteil 1984 auf 17% gegenüber 1983.

Zweigleisige Lohnabschlüsse bedeuten wesentlich weniger Anfangsgehalt für Neueingestellte (bis zu 50%), oder weniger Sozialzulagen oder eine Mischung aus beidem. Generell kann man zwei Sorten von Abschlüssen feststellen: Solche, die eine permanente Zwei-Klassen-Einstufung vorsehen, und solche, wo der Neueingestellte innerhalb einer bestimmten Zeit die Differenz aufholt.

Die Kapitalisten sind sogar zu



Das US-Bundesregierungs-Programm zur Unterstützung längerfristig Arbeitsloser lief am 30. März 1985 aus. Die Abgeordneten des Kongreß stimmten gegen eine Verlängerung, da Reagan mit seinem Vetorecht gedroht hatte. Über 300000 Arbeitslose sind davon betroffen. Bild: Protestdemonstration in Washington, Mitte März 1985.



Zwei Jahre nach dem Abschuß eines Jumbo der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL (Bild), der in Erledigung von Spionageaufgaben tief in sowjetischen Luftraum eingedrungen war, durch SU-Jagdflugzeuge haben jetzt Vertreter der Flugsicherungsbehörden der SU, der USA, Japans und Südkoreas die Errichtung eines "heißen Drahtes" vereinbart. Dadurch soll die Gegenseite bei Kursabweichungen sofort unterrichtet werden. Die SU hat bislang nicht zugesagt, den "heißen Draht" auch zu benutzen. Die Schaffung dieser Verbindung ist das Eingeständnis, daß südkoreanische Verkehrsmaschinen regelmäßig sowjetischen Luftraum verletzt haben. — (wom)

Streiks von Arbeitern in Jugoslawien

Mehrere hundert Bergarbeiter haben in einer der größten Blei- und Zinkgruben, Stari TRG im Bergbaurevier Trepca, drei Tage lang für höhere Löhne gestreikt. Die Nachrichtenagentur Tanjug meldete, der Streik sei inzwischen beendet. Der Streik begann am 13.8. 1985, als die Nachtschicht nach der Auszahlung der Juli-Löhne nicht eingefahren ist. Auch die drei folgenden Schichten haben die Arbeit verweigert, um die Anpassung der Löhne an die Inflationsrate zu erzwingen. Nach Gesprächen von Arbeitervertretern mit der Zechenleitung und den örtlichen Vertretern des BdkJ sind die Arbeiter wieder an ihre Ar-

beitsplätze zurückgekehrt. Im Juli hatten 200 Werftarbeiter in Kopar zwei Tage lang gestreikt. — (lsc)

Südkorea: Kundgebung der Front für Wiedervereinigung

Mit einer Kundgebung gedachte die "Front für Wiedervereinigung" in Südkorea des 40. Jahrestages der Befreiung von der japanischen Besetzung und gedachte der Opfer des Befreiungskrieges im koreanischen Widerstand, in der sowjetischen Roten Armee und in der chinesischen Roten Armee, die den entscheidenden Beitrag zur Befreiung Koreas geleistet hätten. Die 1000 Teilnehmer der verbotenen Kundgebung forderten die Vereinigung mit der Demokratischen Volksrepublik Korea. — (uld)

Annäherung SU— China auf Kosten Vietnams?

Schon am 17. April hatte Deng Xiaoping gegenüber Journalisten die Vorbedingungen für eine Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen zurückgeschraubt: Hatte bis dato die VR China immer die Verminderung der SU-Truppenkonzentrationen an den Grenzen zu China, den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, den Abzug der von der SU unterstützten vietnamesischen Truppen aus Kampuchea sowie den Abbau der sowjetischen Militärpräsenz in Vietnam verlangt, so erklärte Deng im April, sofern die SU Vietnam zum Abzug seiner Truppen aus Kampuchea bewegen könne, habe die VR China gegen die sowjetische Präsenz auf dem vietnamesischen Stützpunkt Cam Ranh Bay nichts einzuwenden. Die KPdSU nutzte ihrerseits einen Besuch des Generalsekretärs der KP Vietnams, Le Duan, in Moskau, um die chinesische Offerte zu beantworten: In der gemeinsamen Erklärung, die zum Abschluß des Besuchs im Juli veröffentlicht wurde, bekräftigte die KPdSU zwar ihre Unterstützung für die vietnamesischen Ziele in Indochina und offerierte neue Kredite zusammen mit einer Umschuldung der vietnamesischen Altschulden. Aber die gemeinsame Erklärung betont ausdrücklich, daß "die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Sozialistischen Republik Vietnam mit der VR China ... zu dem Ziel der Stärkung des Friedens in Asien und der internationalen Sicherheit beiträgt". In der Erklärung fehlt ein Satz, der bislang in jeder sowjetisch-vietnamesischen Erklärung stand: daß die chinesisch-sowjetische Normalisierung nicht auf Kosten dritter Länder stattfinden kann. — (wom)

erhöhungen bereit für die schon Beschäftigten, um sich damit die Zustimmung zu zweigleisigen Lohnabschlüssen zu erkaufen. Den Lesern der Politischen Berichte ist vielleicht der Abschluß für den US-Postdienst vom Januar 1985 noch in Erinnerung (Politische Berichte 2/85). Lohnabschlüsse wurden zwar zurückgeschlagen und die Löhne um 2,7% erhöht, nicht jedoch die niedrigeren Anfangsgehälter für Neueinzustellende.

Die Gewerkschaftsführungen stellen sich zwar prinzipiell gegen solche Abschlüsse, in der Praxis machen sie es sich aber leicht, indem sie die Zustimmung den Mitgliedern in die Schuhe schieben: "Zweigleisige Lohnstrukturen, nach denen Neueingestellten weniger gezahlt wird, sind eine unglückliche Konzession, für die sich viele Arbeitgeber stark machen. Diesen zweigleisigen Strukturen haben die Mitglieder nur mit Widerstand zugestimmt, und oft gegen die Empfeh-

lung ihrer Führung." (AFL-CIO-Federationsrat, 30.3.85).

Tatsächlich versäumt es die Gewerkschaftsführung in ihren Publikationen, eine Propaganda gegen die Gefahren solcher Abschlüsse aufzuzeigen, etwa indem Rechnungen aufgemacht werden, was das für Auswirkungen auf das Lohnniveau hat sowie auf die gewerkschaftliche Moral. Sind zweigleisige Abschlüsse akzeptiert worden, wird das ziemlich versteckt und in immer neuer Ausdrucksweise umschrieben. Der Bericht über den Abschluß bei PanAm nach vierwöchigem Streik, März '85: "Für Neueingestellte wird es länger dauern, bis sie die höchste Lohngruppe erreichen", oder der Bericht über den Abschluß mit der Hess Oil Company, deren Arbeiter elf Monate ausgesperrt waren: "Eine progressive Lohnskala sichert Neueingestellten zu, daß sie dieselbe Lohnhöhe wie die derzeit Beschäftigten erreichen können." (AFL-CIO-

News, versch. Ausgaben 1985).

Im Lager der Kapitalisten und in studierten Kreisen macht man sich etwas eingehendere Gedanken über Vor- und Nachteile von zweigleisigen Lohnabschlüssen. In einem Aufsatz des Büros für Nationale Angelegenheiten (BNA-Publikation Nr. 1038, 14.3.85) wird davon ausgegangen, daß derzeit die Kapitalisten diese Methode als den Ausweg zur Verringerung der Lohnsumme ansehen, weil er kostspielige Auseinandersetzungen mit der Stammbesatzung vermeiden hilft. Für Branchen mit hoher Fluktuationsrate (Handel, Lebensmittelindustrie) sowie mit hoher Wachstumsrate (sog. neue Technologien) ist der Vorteil direkt und kurzfristig spürbar. Andere Kapitalisten benutzen das System erklärtermaßen, um Unterschiede in der Lohnskala, die durch Tarifkämpfe verringert wurden, wieder auszudehnen. Zum Beispiel sei die Lohnspanne bei Boeing von 60% in den

Irische Journalisten streiken gegen Zensur

Die Nachrichtenredakteure beim irischen Fernsehen und Rundfunk streikten am 10. und 11. August aus Protest gegen das Verbot von Interviews mit Martin Galvin. Galvin ist ein führendes Mitglied der US-Organisation Noraid, die Geldsammlungen für den irischen Befreiungskampf durchführt. Die Regierung Thatcher verbot ihm die Einreise nach Nordirland. Der Streik der irischen Journalisten folgte einem Streik bei der BBC gegen die Absetzung eines Fernsehfilms über Nordirland. — (hef)

Pazifik: Frankreich beharrt auf Atomversuchen

Der französische Staatspräsident Mitterand hat die französische Marine angewiesen, jedes "illegale Eindringen" fremder Schiffe in das französische Atomwaffenversuchsgebiet um das Muroroa-Atoll zu verhindern. Mit dieser dreisten Anordnung unterstreicht Mitterand die Entschlossenheit des französischen Imperialismus, seine Atomwaffenversuche im Südpazifik gegen jeden Widerstand fortzusetzen. Inzwischen steht eindeutig fest, daß der Anschlag auf das "Greenpeace"-Schiff "Rainbow Warrior" das Werk des französischen Geheimdienstes war. Mitterands Anordnung richtet sich aber nicht nur gegen das neue "Greenpeace"-Schiff, das Anfang der Woche von den Niederlanden in den Südpazifik aufbrach, um dort gegen die französischen Versuche zu protestieren. Am 6. August unterzeichneten acht Staaten des "Südpazifischen Forum"— Australien, die Cook-Inseln, Fidschi, Kiribati, Neuseeland, Niue, Westsamoa und Tuvalu— einen Vertrag, in dem sie den Südpazifik zur kernwaffenfreien Zone erklären. Das

Muroroa-Atoll liegt mitten in diesem Gebiet. Die französischen Versuche stehen also auch im Widerspruch zu diesem Vertrag und zu den Forderungen aller Staaten des Südpazifik. — (rül)

Arabischer Gipfel stimmt Amman-Abkommen nicht zu

Zur ersten außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga seit 1982 kamen am 8. August zehn Staatsoberhäupter nach Casablanca; sieben ließen sich vertreten, fünf (Syrien, Libyen, Libanon, Südjemen, Algerien) boykottierten die Konferenz. Das Ab-

kommen zwischen der PLO und Jordanien wurde nicht gebilligt; vielmehr wurde unterstrichen, daß die angestrebte Regelung mit dem Fez-Plan (einstimmig angenommener arabischer Friedensplan von 1982) übereinstimmen müsse. Jordanien scheiterte auch mit seinen Bestrebungen, vom Konsensprinzip zu Mehrheitsbeschlüssen überzugehen. Über die Wiederaufnahme Ägyptens in die Arabische Liga wurde nicht gesprochen. Wie schon öfter wurden Versöhnungskommissionen zur Verbesserung der Beziehungen der zerstrittenen arabischen Staaten gebildet. — (bar)



Deportation, Administrativhaft (d.h. Gefängnis auf unbestimmte Zeit ohne Anklage und Verteidigungsmöglichkeit) und der Ausbau der Gefängnisse sind die beschlossenen Maßnahmen der israelischen Regierung gegen die Palästinenser. Nur scheinbar harmlos gegenüber dem Ruf nach Todesstrafe, Zerstörung der Flüchtlingslager und Massendeportation— vorgetragen von Mitgliedern der Regierung wie Sharon und Arens. Drei Studentenfürher wurden bereits in Administrativhaft genommen. Eine Welle von Verhaftungen und Deportationen gegen gewerkschaftliche und politische Führungspersonlichkeiten wird befürchtet. Obwohl alle Siedler bereits bis an die Zähne bewaffnet sind, hat die israelische Regierung in einer offiziellen Verlautbarung allen Israelis geraten, in "überwiegend arabischen Gegenden" der besetzten Gebiete Waffen zu tragen. Eine kaum versteckte Aufforderung zu Lynchjustiz und Pogromen. — (bar)

siebziger Jahren auf 30% in den achtziger Jahren geschrumpft.

Das Büro weist die Kapitalisten aber auch auf mögliche längerfristige Nachteile hin. Die Untergrabung der Arbeitsmoral und damit das Absinken der Produktivität könne die Vorteile dezimieren. Wachsende Unruhe unter den Beschäftigten könne zu schwierigen Tarifverhandlungen in der Zukunft führen, sogar zur Wiederabschaffung der zweigleisigen Tarife, insbesondere, wenn der vorausgesagte Wirtschaftsaufschwung einsetzt, also gerade dann, wenn das System Früchte trägt. Schließlich könnten auch legale Probleme auftreten, wenn es sich herausstellt, daß hauptsächlich Minoritäten nach den niedrigen Lohngruppen bezahlt werden. Und letztlich sei das System noch zu neu und unerprobt, um dauerhafte Vorteile sicher voraus-sagen zu können.

Die Kapitalisten scheinen sich um diese Debatte wenig zu scheren, wie

die steigende Zahl der zweigleisigen Lohnabschlüsse belegt. Die Reagan-Regierung ist dabei, das Gesetz, das Minoritäten gegen Diskriminierung bei der Einstellung schützt, durch Gerichtsurteile und eigene Praxis im öffentlichen Dienst auszuhöhlen. Die Streichung von Arbeitslosenunterstützung für längerfristig Arbeitslose und der Wegfall von Ausbildungsprogrammen für Jugendliche sind auf der Tagesordnung. Das Angebot an "billiger" Arbeitskraft wird also steigen. Die Gewerkschaften haben jetzt schon Probleme, junge Arbeiter und Angestellte zu organisieren. Die grobe Aufsplitterung in gewerkschaftlich organisierte und nichtorganisierte Betriebe zwingt sie zu Konzessionen. Die traditionelle Mitgliedschaft ist in den "Schrumpf"- und nicht in den Wachstumsindustrien. Hinzukommt, Tariflöhne in den USA liegen auch heute noch 30 bis 50% über den "freiwillig" gezahlten Löhnen. In schwieri-

gen Zeiten wird dieser Unterschied von den Kapitalisten als Spielraum für Konzessionen angesehen und hilft bei Erfolg gleichzeitig, den Nutzen gewerkschaftlicher Organisation für junge Arbeiter zu untergraben.

Es gibt auch einige Lichtblicke. Frauen haben in den letzten Jahren erfolgreich Kämpfe für gleiche Bezahlung geführt. Sie werden dies nicht so leicht wieder aufgeben. Die Transportarbeiter haben in Lohnverhandlungen im Frühjahr und Sommer dieses Jahres explizit zweigleisige Lohnskalen abgelehnt, trotz Empfehlung ihrer Gewerkschaftsführung auf Annahme. Der AFL-CIO hat auf seiner Strategietagung im Februar '85 schwerpunktmäßig Mitgliederwerbung festgelegt, insbesondere in den bisher unterrepräsentierten Bereichen. Das wird dann auch zu einer Änderung der Tarifpolitik führen müssen, soll eine solche Organisierungskampagne Erfolg haben. — (ger, her)

* Veröffentlichungen *

Kommentar zum Beschäftigungsförderungsgesetz

"Das völlig neue Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG) verschlechtert die Rechtsposition der Arbeitnehmer erheblich." Zu diesem Schluß kommt Michael Kittner, Professor für Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsrecht an der Gesamthochschule Kassel und Justitiar der IG Metall bei der Kommentierung des Gesetzes. Er tritt dabei auch der Begründung der Regierungsparteien entgegen, das neue Gesetz fördere die Beschäftigung, indem Unternehmer nun auch bei Ungewißheit über die zukünftige Entwicklung Einstellungen vornähmen. Diese Begründung sei nur vorgeschoben, denn auch bei der vorherigen Rechtslage könnten die Kapitalisten ohne Probleme Entlassungen bei Arbeitsmangel durchführen. Nach Untersuchungen des Bundesarbeitsministeriums endeten nämlich weniger als ein Prozent der Klagen auf Wiedereinstellung mit der Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses. Kittner erwartet von dem neuen Gesetz vor allem die "Senkung der Arbeitskosten" für die Kapitalisten bzw. erhebliche Rationalisierungsgevinne, indem es eine weitgehende Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall ermöglicht, die Belegschaften spaltet, die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten schwächt und Entlassungen erleichtert.

Kittner geht in seinem Kommentar das BeschFG Punkt für Punkt durch und stellt Vergleiche zur bisherigen Rechtslage an. Der Kommentar enthält im Anhang den vollständigen Gesetzestext. (Michael Kittner, 'Beschäftigungsförderungsgesetz, Kommentierte Textausgabe, Bund-Verlag, 9,80 DM— roh)

Bangemann formuliert den künftigen FDP-Kurs

Der FDP-Vorsitzende Bangemann umreißt in seinem Buch die politischen Grundsätze, für die die FDP ihren Wähleranhang zu den kommenden Landtags- und Bundestagswahlen mobilisieren und verbreitern will. Er erläutert, warum der Regierungswechsel 1982, der die FDP in eine große Krise gestürzt hat, eine politische Notwendigkeit für die Partei war und keineswegs in Wankelmütigkeit der FDP-Führung begründet war. Bangemann polemisiert gegen jeglichen "Kollektivismus" bei der SPD, den Gewerkschaften und den GRÜNEN und hält fest, daß für die FDP gemeinsame Regierungskoalitionen in Bund und Ländern auch in absehbarer Zeit nur mit den Unionsparteien in Frage kommen. Unter der Überschrift "Marktwirtschaft in der Offensive" fordert er Freiheit für die Kapitalisten in na-

hezu jeglicher Hinsicht: Freiheit von zu vielen Steuern, von Sozialabgaben und von Beschränkungen des inneren wie des äußeren Marktes. Die Wirkungen solcher Politik auf die Lohnabhängigen interessieren Bangemann nur insofern, als die Arbeitskraft verbilligt würde und damit angeblich die Arbeitslosigkeit zurückginge.

Für die stehende Behauptung, in der Innen- und Rechtspolitik würde die FDP besonders liberale Akzente setzen, führt Bangemann u.a. inzwischen überholte Positionen zum Demonstrationsrecht an und erläutert die Ausländerpolitik der FDP. Danach verletzt die Senkung des Nachzugsalters für Kinder ausländischer Arbeiter,



FDP-Vorsitzender Bangemann: Insbesondere die Sozialpolitik ist liberal.

wie sie die Unionsparteien fordern, die Würde des Menschen und wird von Bangemann als "inhuman" bezeichnet. Bestehende, nicht weniger entwürdigende und unmenschliche Bestimmungen der geltenden Ausländergesetze greift er nicht an, sondern verlangt die Verteidigung des Rechtsstaates.

Für die Stärkung des Rechtsstaates will Bangemann eine Politik, die Schluß macht mit der Behelligung "rechtschaffener" Bürger durch Ordnungswidrigkeitsverfahren (z.B. bei Verkehrsdelikten) und Stärkung des Strafzwecks der "Abschreckung", z.B. für Diebstahl- und Raubdelikte, damit für eventuelle Täter die Strafe "unkalkulierbar" wird.

Abschließend erläutert er die Großeuropa-Pläne der FDP, die er als spezifisches Kennzeichen liberaler Außenpolitik beschreibt, und die außer der Vereinigung "Deutschlands" die Vereinigung aller europäischen Staaten, einschließlich der osteuropäischen, zu einem politischen Gebilde umfassen. (Martin Bangemann, Kurs '87/Auf die FDP kommt es an, See-wald-Verlag, 126 S., 12,80 DM — uld)

Rationalisierung und Rationalisierungsschutz

Die Autoren (von der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg) legen das Schergewicht auf "Rationalisierungsschutzmöglichkeiten der Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene". Für entsprechende Betriebsratstätigkeiten z.B. bieten sie eine brauchbare Grundlage, insbesondere weil die neueste Rechtsprechung fundiert berücksichtigt wird. Für eine Vertiefung sind die umfangreichen Anmerkungen mit Literaturangaben nützlich. Obwohl die Darstellung lesbar und knapp ist, können die Autoren an verschiedenen Punkten eine Auseinandersetzung mit weitergehenden Absichten reaktionärer Arbeitsrechtler führen. Behandelt werden: Informationsansprüche und -möglichkeiten, Gemeinkostenwertanalyse, Personalinformationssysteme, Mitbestimmung bei Rationalisierung des Personaleinsatzes, Mitbestimmungsmöglichkeiten bei technischen Rationalisierungsmaßnahmen, Mitbestimmung bei arbeitsorganisatorischen Maßnahmen, Kündigungsschutz bei Entlassungen inklusive Sozialpläne, Konkurse. (U. Mayer, U. Ralfs, Rationalisierung und Rationalisierungsschutz, 2. Aufl. 1984, Luchterhand-Verlag, 29,80 DM— kls)

VVN-Material: Die "Neue Rechte"

Das Materialheft setzt einen Schwerpunkt in der Darstellung und Kritik faschistischer und neofaschistischer Ideologie und ihrer Verwandtschaft und Nähe zu nationalistischen und konservativen Strömungen. Es soll vor allem für Seminartätigkeit nützen.

Schwerpunkte sind: die Europakonzeption der "Neuen Rechten" und ihre völkischen Vorstellungen und die Parallelen zu den Europa-Plänen der Hitler-Faschisten; die Verbindung zu neokolonialistischen und revanchistischen Organisationen; sowie die verschiedenen rassistischen Varianten, die von Neofaschisten verbreitet werden und welche Bedeutung für die Ausarbeitung und Begründung solcher Theorien dabei Professoren wie Konrad Lorenz zukommt. Ein gesonderter Abschnitt ist den Bemühungen und teilweisen Erfolgen der Faschisten gewidmet, Teile der GRÜNEN und der Friedensbewegung für ihre Deutschland- und Europapolitik zu interessieren, indem sie an Anti-Amerikanismus, Anti-Sowjetismus, Antikommunismus und europäische Großraumideen anknüpfen, um ihre nationalvölkischen Konzepte zu verbreiten. In knappen Übersichten werden die Verbindungslinien zwischen NPD und anderen neofaschistischen Gruppen bis hin zur Zusammenarbeit mit christlich-konservativen Kreisen dargestellt.

Jeder Abschnitt dokumentiert Auf-

fassungen der Faschisten und enthält Hinweise auf weitere antifaschistische Literatur zum Thema. Abschließend befaßt sich das Heft mit der Notwendigkeit, die vermehrten Auftritte faschistischer Organisationen durch öffentliche Kritik faschistischer und halbfaschistischer Theorien und durch passende Aktionen zu bekämpfen.

Schade ist, daß die sichtbaren Übereinstimmungen zwischen Regierungspolitik und den politischen Forderungen von Revanchistenverbänden und Neofaschisten nicht gewürdigt werden, sondern eher als Zufälle erscheinen. (Landesvorstand Nordrhein-Westfalen der VVN - Bund der Antifaschisten (Hrsg.), Die "Neue Rechte", Material zum Thema "Neofaschismus", 75 S., 6,00 DM. Bestelladresse: VVN, Kirchfeldstr. 149, 4000 Düsseldorf - uld)

Halbamtliches Handbuch der Sicherheitspolitik

Seit Beginn der Auseinandersetzungen um die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles hat die Bundeswehrführung von Offizieren und Unteroffizieren verlangt, daß sie gegenüber der Friedensbewegung eine offensive Haltung einnehmen und ihr durch "sachliche Diskussion" den Boden unter den Füßen wegziehen sollen. Mit dem Anspruch, "allgemeinverständlich, umfassend und unter Verzicht auf jede Einseitigkeit" das Thema zu behandeln, hat jetzt der Walhalla u. Praetoria Verlag ein Handbuch mit dem Titel "Das Ende aller Sicherheit? - Die nukleare Herausforderung an Politik und Strategie" herausgegeben. Autoren sind H. Reinfried, Präsident a. D. der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik und L. Schulte, Leitender Wissenschaftlicher Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr. Die Gliederung umfaßt sechs Teile: "Vom Krieg und vom Frieden"; "Machtblöcke und Ost-Westgegensatz"; "Die Verantwortung für die eigene Sicherheit (Bundeswehr)"; "Militärisches Gleichgewicht und Kräftevergleich Ost-West"; "Militärstrategien in Ost und West und die Problematik der Abschreckung" und "Sicherheit auch morgen?".

Darin werden im wesentlichen die verschiedenen Veröffentlichungen des Bundesverteidigungsministeriums zusammengefaßt. Bemerkenswert ist, daß die Autoren betonen, daß auch im Atomzeitalter der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Auch wenn die Bundeswehr bald mit modernsten konventionellen Präzisionswaffen ausgerüstet sei, würde für politische Drohungen weiterhin gelten: "Wer ohne Atomwaffen ins Zimmer eines über Atomwaffen Verfügenden tritt, ist nackt." Wer will da in wessen Zimmer treten? (Reinfried/Schulte, Das Ende aller Sicherheit, Walhalla u. Praetoria Verlag, Mai 1985, 313 Seiten, 38,80 DM - clm)

CDA-Sozialausschüsse

Mit "neuen Techniken" zu Lohnsenkung, "Flexi" und Abbau von Schutzrechten

1981, noch vor dem Regierungswechsel, fand die letzte Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) statt. Die "neue Mütterlichkeit" war die wesentliche Entdeckung dieser Tagung, und trotz heftiger Kritik von vielen Seiten ist Norbert Blüm als Vorsitzendem der CDA damit ein wichtiger Beitrag zur Mobilisierung für die CDU gelungen. Viele mußten die Familie wieder stärker als Solidarverband in Anspruch nehmen, gezwungen durch die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Produktion. Die CDU reagierte darauf mit dem Versprechen stärkerer Förderung der Familie, nutzte die Familienpropaganda als ideologische Hülse für den Angriff auf die Sozialversicherungen und die Propaganda von Lohnsenkung. Die "Flexibilisierung" der Arbeitskraft fand Eingang in die CDA-Beschlüsse: Warum auch nicht, wenn es doch der "Menschlichkeit" in der Familie dient, die Kinder versorgt werden können und der Opa gepflegt?

Anfang Oktober findet nun die nächste Tagung der CDA statt. Sicher ist, daß die Bedeutung der CDA als Fraktionsinstrument der CDU in den Gewerkschaften wachsen wird, auch im Hinblick auf die kommenden Landtags- und Bundestagswahlen. Bei den letzten Wahlen haben sich die Unionsparteien stets auf die Mobilisierung der alten und neuen Mittelklassen gestützt, auf die Förderung von Besitz und die Eigentumsbildung für "Leistungswillige". Um dies wiederholen zu können, müssen CDU/CSU deutlicher unter Beweis stellen,

daß sie in der Lage sind, ihre Politik durchzusetzen. Dies erfordert vor allem die Isolierung und Lähmung der Gewerkschaftsbewegung, und hier liegt die Aufgabe der CDA. Das "Handelsblatt" wies in einem Kommentar am 28.6.1985 darauf hin: "Die Christlich-Sozialen in den Gewerkschaften bedürfen der Rückenstärkung... Die CDU muß die Christlich-Sozialen als 'Botschafter' ihrer Politik in den Gewerkschaften und Betrieben einsetzen. Erfolgreich kann diese Botschafter- oder Mittlerfunktion allerdings nur sein, wenn die Christlich-Sozialen mehr Selbstbewußtsein, mehr unverwechselbare Identität, wenn sie Flagge zeigen."

Diesem Zweck soll die kommende Bundestagung dienen. Vieles von dem, was mit der "neuen Mütterlichkeit" eingeführt wurde, will der Bundesvorstand in seinem Leitansatz mit dem Titel "Technik nutzen - Zukunft sozial gestalten" unter neuen Gesichtspunkten festschreiben.

Worin bestehen eigentlich die Folgen der Einführung "neuer Techniken" für die Lohnabhängigen? Ein Beispiel ist die Nutzung der Mikroelektronik durch die Kapitalisten. Für die Lohnabhängigen geht es zunächst um neue Formen gesundheitlicher Belastungen, z.B. durch Bildschirmarbeit. Hiergegen sind gesetzliche und tarifliche Schutzrechte erforderlich, die von den DGB-Gewerkschaften auch gefordert werden. Gleichzeitig jedoch streben die Kapitalisten weitreichende Änderungen in der Arbeitsorganisation und den Lebensumständen der Lohnabhängigen an, die mit der "neu-



Hans Katzer, 1963 - 1977 CDA-Bundesvorsitzender, und Norbert Blüm, seit 1977 in dieser Funktion. Wie heute Blüm war Katzer Bundesarbeitsminister: Von 1965 im Kabinett Erhard bis zum Ende der Großen Koalition 1969. Er war an der Entwicklung der "Konzertierten Aktion" beteiligt.

en Technik" nur insofern etwas zu tun haben, als sie die Möglichkeiten hierzu verbessert und als Begründung dafür herhalten muß.

"Die CDA nimmt die Chancen und Herausforderungen des technischen und sozialen Wandels an," heißt es im Leitantrag. Der CDA muß es zunächst darum gehen, jede Frage nach Klasseninteressen zu verwischen und jeglichen Hinweis darauf zu vermeiden, daß die Kapitalisten "neue Techniken" einführen, weil und soweit sie damit die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft steigern können. Eine klare Definition des "technischen und sozialen Wandels" vermeidet der Antrag absichtlich, um das Ganze auf einen Widerspruch zwischen "uns" und der Natur zu bringen: "Als Mittel zur Befriedigung seiner wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse befreit die Technik den Menschen aus Abhängigkeiten von der Natur, vom ganztägigen und lebenslangen Kampf um das physische Überleben: Sie macht ihn frei zur Schaffung einer humanen Kultur." Gleichzeitig stellt die CDA in den Antrag eine "Meßlatte für Fortschritt" auf: "Mannigfaltigkeit anstelle von Gleichmacherei, Dezentralisierung anstelle des Kollektivs und Überschaubarkeit anstelle purer Größe."

Auf dieser Grundlage kann die CDA dann verhältnismäßig frei über die "Angst vor den Risiken des technischen Wandels" handeln. Das Problem: "Die Anwendungsmöglichkeiten neuer Techniken sind ... bisher nur bruchstückhaft bekannt." Die Folgerung: "Wir dürfen nicht alles tun, was wir können. Zum Schutz des menschlichen Lebens müssen die natürlichen Dämme gestärkt werden. Die Familie ist ein natürlicher Damm gegen die Verkünstelung des Menschen." Hier ist die CDA dort angelangt, wo sie mit der "neuen Mütterlichkeit" aufhörte. Familienglück und Menschlichkeit müssen im Folgenden gepaart mit der durch die "neuen Techniken" angeblich möglichen "Selbständigkeit" und der Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu sichern, als Hülle für das Interesse der Kapitalisten an unbegrenzter Vernutzung der Arbeitskraft der Lohnabhängigen herhalten.

An den Beginn der Schlußfolgerungen stellt der CDA-Bundesvorstand die Forderung nach Mitbestimmung bei der Einführung "neuer Techniken". Was jedoch wie ein Zugeständnis aussieht und ohne Zweifel als Angebot an sozialdemokratische Gewerkschafter zu sehen ist, hat es schon in sich. Die CDA sorgt sich nämlich um den "sozialen Konsens" und stellt die Forderung ausdrücklich für die betriebliche Ebene auf: "Die neuen Techniken ... verlagern die Gestaltungsanforderungen sehr stark auf die Betriebsebene." Ermöglicht diese Behauptung schon ohne Probleme eine Begründung für die Überflüssigkeit gesetzlicher und tariflicher Schutzrechte, so wird dies im

folgenden ausgeführt.

Der CDA-Bundesvorstand tritt für die "Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital" ein und propagiert Lohnsenkung: Umstandslos übernimmt er den vom Metallkapitalistenverband geprägten und in den letzten Monaten vor allem von der FDP ausgebreiteten Begriff der "beschäftigungsorientierten Lohnpolitik". Im Kapitel "Arbeitszeitpolitik" heißt es: "Wir brauchen die weitere Verkürzung und sozialverträgliche Flexibilisierung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit ... Die Erwerbstätigen müssen Arbeit und Einkommen mit den Arbeitslosen teilen." Der Ausweitung der Heimarbeit ist ein eigenes Kapitel gewidmet in dem es heißt: "Heimarbeit darf nicht dazu führen, daß die Arbeit ins Haus geholt, die Kinder zur Erziehung aber aus dem Haus geschickt werden." Die nächsten Angriffe auf die Sozialver-

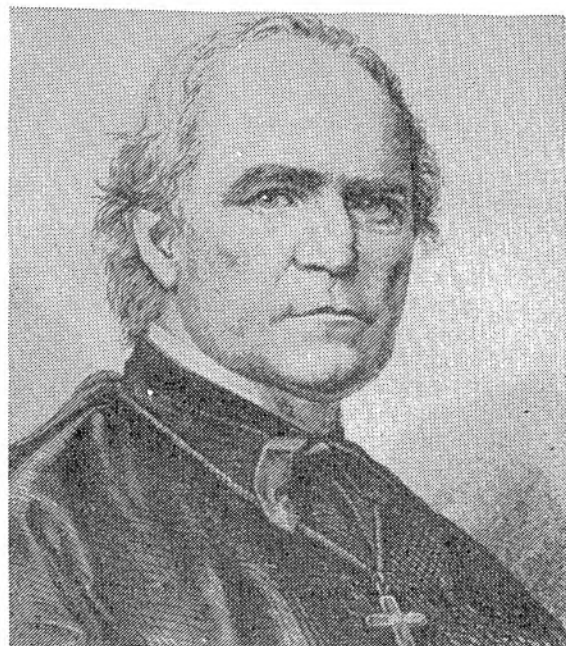
Freiherr von Ketteler (1811 - 1877), Bischof und ein Begründer der katholischen Soziallehre, auf die sich die CDA beruft. Einer seiner Leitgedanken: "Nicht der Kampf zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter muß das Ziel sein, sondern ein rechtmäßiger Friede zwischen beiden." In seinem Buch "Die Arbeit geht weiter" zitiert Blüm besonders gerne folgende Aussage Kettelers: "Wenn nun aber auch alle Phantasien Wahrheit würden und alles fettgefüttert würde in dem allgemeinen Arbeiterstaat, so möchte ich doch lieber in Frieden die Kartoffeln essen, die ich baue ... und dabei Freiheit haben, als in der Sklaverei des Arbeiterstaates leben."

sicherungen werden vorbereitet: Der Leitantrag setzt einem "nur auf materielle Absicherung" gerichteten "System der sozialen Sicherung" das Verlangen nach "Mitmenschlichkeit" und "Geborgenheit" entgegen.

Diese Ziele laufen alle auf die Untergrabung gewerkschaftlicher Interessenvertretung, auf die Untergrabung kollektiver Sicherung der Lohnabhängigen hinaus. Der CDA-Bundesvorstand weist selbst darauf hin, daß die Absichten der Kapitalisten auf eine weitere Differenzierung der Lohnabhängigen hinauslaufen, wenn er diesen Vorgang auch als eine Folge der "neuen Technik" bezeichnet. Gleichzeitig behauptet der Leitantrag, die Anwendung "neuer Informations- und Fertigungstechniken" würde die "Denk-Arbeit" in den Vordergrund rücken. Bildschirmarbeit hat mit Kopfarbeit in Wahrheit genausowenig zu tun, wie die Arbeit an NC-Maschi-

nen oder die stumpfsinnige Überwachung größerer Anlagen, bei der es auf Augen und Nerven ankommt. Der Prozeß der Differenzierung erschwert die gewerkschaftliche Solidarität jedoch ohne Zweifel und bildet den Nährboden für die von der CDA entwickelte Linie. "Qualifikationsmöglichkeiten" und "Fortbildung" oder Umschulung sollen die "neuen Techniken" schmackhaft machen – vor allem betrieblich, unter direkter Fuchtel der Kapitalisten.

Ungefährlich ist dies nicht. Die Gewerkschaftsbewegung wird nicht darum herumkommen, sich mit den Absichten der CDA auseinanderzusetzen. Schon bei den Herbstaktionen des DGB wird dies eine Rolle spielen, zumal die CDA-Bundestagung in den gleichen Zeitraum fällt. Von SPD-Gewerkschaftern werden führende CDU-Gewerkschafter wie der stellv. DGB-Vorsitzende Fehrenbach gerne als



Kronzeugen angeführt, wenn es um Kritik an der Politik der Bundesregierung geht. Kritik am Leitantrag der CDA ist von Fehrenbach jedoch nicht bekannt, und er ist Mitglied des CDA-Bundesvorstandes. Bekannt wurde stattdessen neulich seine Mahnung an andere DGB-Funktionäre, bei der Kritik der Bundesregierung "Schläge unter die Gürtellinie" zu unterlassen.

Quellenhinweis: "Technik nutzen – Zukunft gestalten", Leitantrag des CDA-Bundesvorstandes für die 21. Bundestagung, 8.-10.10.1985 in Saarbrücken; "CDA: Vorwärts zum Familienglück! Norbert Blüm und die CDU machen's möglich!", in: Politische Berichte 22/1981; "Topangebot an die Gewerkschaften: Mit Biedenkopf, Blüm und den Sozialausschüssen – 'gegen die Kapitalisten'?", in: Politische Berichte 13/1984, Handelsblatt, 28.6.1985 – (wof)

Farthmann (SPD) will Gelder für Revanchisten "überprüfen"

Düsseldorf. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im NRW-Landtag, F. Farthmann, hat der Landesregierung die "Überprüfung" der finanziellen Förderung der "Landsmannschaften" empfohlen. Dies ist eine Reaktion darauf, daß Landesarbeitsminister Heinemann (SPD) seine Rede beim revanchistischen "Hindenburg Heimattreffen" am 3./4.8. in Essen vorzeitig abbrechen mußte. Heinemann hatte erklärt, daß es ausgeschlossen sei, "jemals wieder mit Gewalt an Grenzen rütteln zu wollen". Reaktionärste und faschistische Kräfte hatten ihn daraufhin ständig unterbrochen. Die Stadt Essen reagierte inzwischen ebenfalls: OB Reuschenbach (SPD) sagte einen Termin mit dem landsmannschaftlichen "Vertretungsausschuß Hindenburg" vorerst ab. Das Präsidium der VVN/BdA hat Farthmanns Erklärung begrüßt, sie jedoch zu Recht als ungenügend bezeichnet. Sie verlangt statt einer "Überprüfung" die vollständige Streichung aller Gelder für "ideologische Kriegsvorbereitung". Allein aus dem Landeshaushalt NRW werden die Zwecke der "Landsmannschaften" mit über 5,6 Mio. DM gefördert. — (wof)

Aktionseinheit gegen DVU

Passau. Einige hundert demonstrierten am 10. August gegen eine faschistische Hetzveranstaltung der Deutschen Volksunion. Die DVU kann seit 1971 in Passau Kundgebungen unter der Losung "Einheit Deutschlands in einem freien Europa" durchführen. Seit 1982 bekommt sie jene "Nebelungenhalle" zur Verfügung gestellt, in der auch der CSU-Vorsitzende seine "Aschermittwochreden" zu halten pflegt. Auf der Gegenkundgebung der antifaschistischen Aktionseinheit sprachen neben Vertretern u.a. der VVN/BdA und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Riemer. Er betonte, daß "auch die Regierungspolitik Faschistisches fördere". Die Aktionseinheit setzte sich zusammen aus Gewerkschaftsmitgliedern, den Grünen, einem Jusobezirk, der DKP, der VVN und dem ÖGB. Die Kreisvorstände fast aller Einzelgewerkschaften des DGB und die SPD konnten sich wegen der Beteiligung der DKP zu keiner Unterstützung durchringen, bzw. zogen diese zurück. Diese Entscheidung war derart umstritten, daß sie — anders als im vergangenen Jahr — eine gesonderte "Protestveranstaltung gegen die DVU" durchführten. DGB und SPD hielten es dabei leider auch für erforderlich, die F.D.P. und die CSU einzuladen. Letztere lehnte mit der Begründung ab, "die DVU sei nicht verfassungsfeindlich". — (ola)



Am 15.8. besetzten ca. 300 Gegner der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf den Bauplatz. Vor der Besetzung hatten sie erklärt, mit dem Bau der WAA werde die "gefährlichste Industrieanlage aller Zeiten" errichtet, weil dort die Möglichkeit bestehe, "waffenfähiges Plutonium" herzustellen. Die Polizei räumte den Platz sofort und nahm 20 Demonstranten fest. — (uld)

Aktionseinheit gegen Apartheid

Frankfurt. Etwa 20 Organisationen und Initiativen, u.a. Anti-Apartheid-Bewegung, Evangelische Frauenaktion Südafrika, Grüne, DKP, SDAJ, KB, BWK, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, DS, haben eine Aktionseinheit zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Azania gebildet. Betriebsräte und gewerkschaftliche Funktionsträger wollen als Untergruppe der Aktionseinheit sich besonders um den Kontakt mit den Gewerkschaften bemühen. Für den 24. August wurde eine Demonstration beschlossen, auch um den einen Tag später beginnenden Streik der schwarzen Bergarbeiter zu unterstützen. Homeland-System, Lohnsklaverei und Rechtlosigkeit der Schwarzen werden in dem Demonstrationsaufruf beschrieben, die Unterstützung des Rassistenregimes durch die BRD angegriffen. Die Aktionseinheit fordert "Abbruch aller militärischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen der Bundesrepublik mit Südafrika". — (thz)

Neue Heimat muß Wohnungen verkaufen

München. Nachdem die Stadt München durch ihren OB Kronawitter auf einer Einwohnerversammlung erklärt hat, daß "bei positivem Verlauf und Einigung über den Kaufpreis" die Vollversammlung des Stadtrats am 25. September den Kauf von 2093 Wohnungen der NH perfekt machen könnte, äußerte sich F.J. Strauß auf seine Weise. In einem Brief an die Präsidenten der Bayerischen Versicherungskammer und die Bayerische Landesbank schrieb er diesen Herren:

"Meines Erachtens ist dies eine gute Gelegenheit, preiswerte Wohnungen zu erwerben und gleichzeitig die betroffenen, meist älteren oder

einkommensschwachen Mieter vor späteren, nicht mehr tragbaren Mieterhöhungen oder Umwandlungen in Eigentumswohnungen zu schützen."

Die Versicherung und Bank als Kaufkonkurrent der Stadt kann der NH einen höheren Preis zahlen und danach umso kräftiger bei den Mietern abkassieren. — (dil)

Prozeß wegen "Beschimpfung" der Kirche

Freiburg. Am 17.10.1984 hatte die Staatsanwaltschaft Freiburg ein Plakat der Bunten Liste beschlagnahmt, das für eine "Antiklerikale Woche" warb. Ein Veranstaltungsthema dieser Woche lautete z.B. "Jesus und der kommende Krieg gegen die Sowjetunion". Auf dem Plakat war zu sehen ein grinsender Pfaffe, der eine Handpuppe mit gekreuzten Armen hielt, und darüber das "Auge Gottes". Im Beschlagnahmebeschluß des Amtsgerichts hieß es damals: "Mit der genannten Darstellung wird das religiöse Bekenntnis der Christen beschimpft, weil die Christusfigur als Handpuppe gekennzeichnet wird, die von der Kirche gesteuert wird." Daher bestehe der Verdacht eines Verstoßes gegen § 166 StGB (Beschimpfung von Religionsgesellschaften). Ein anderer Amtsrichter lehnte vor kurzem die Erhebung der öffentlichen Anklage ab, woraufhin die Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Landgericht einlegte. Das Landgericht wiederum ließ nun die Anklage zu, u.a. mit der Begründung, daß die Tatsache, daß die Bunte Liste mehr als tausend Protestbriefe gegen die Strafverfolgung erhalten habe, den ausreichenden Verdacht begründe, daß der öffentliche Frieden durch das Plakat gestört worden sei. Unter die Kunstfreiheit soll die Karikatur deshalb nicht fallen, weil bei der Abwägung der "Verfassungswerte" die "Würde" der Kirchgänger höher zu bewerten sei. — (ulb)

Krankenhausreform München

Organisatorische und wirtschaftliche Verselbständigung wird angestrebt

München. Ende Juli reagierte die Münchner Presse auf einen "Bericht über die Beurteilung der Organisationsstruktur des Krankenhausreferats, insbesondere der städtischen Krankenhäuser" mit den Schlagzeilen: "Geheimes Gutachten enthüllt: Münchner Chefärzte verdienen zuviel" (Abendzeitung) und "Kliniken sollen rationeller wirtschaften / Projektgruppe arbeitet an Reformvorschlägen für städtische Krankenhäuser" (Süddt. Zeitung). Die Abendzeitung nahm positiv Stellung zu dieser Initiative des SPD-OB Kronawitter: "Was den Münchner Bürger, der Steuern und immer höhere Krankenversicherungsbeiträge bezahlt, jedoch am meisten erregt, ist die Abrechnungspraxis der Chefärzte. Nach der bestehenden Regelung — so fanden die Gut-

2400 Pflegepersonal und rund 750 Ärzte) bessere Arbeitsbedingungen in Aussicht haben, ist stark zu bezweifeln. Dies aus folgenden Gründen:

— Die angestrebte Änderung beim Liquidationsrecht — die Chefärzte sollen zukünftig nicht direkt mit den Privatpatienten abrechnen, sondern an den Liquidationseinnahmen des Krankenhausträgers beteiligt werden — bedeutet nicht automatisch eine Verbesserung für das Pflegepersonal. Ein Fortschritt wäre erreicht, wenn mit diesen Einnahmen die Personalsituation verbessert und die Fortbildung ermöglicht werden würde.

— Zu befürchten ist, daß die "rationellere Wirtschaftsweise" der städtischen Krankenhäuser einschneidend die Arbeitsbedingungen der Masse der Beschäftigten berührt. Dies wird an

an den für sie bedeutsamen Entscheidungen mitzuwirken bzw. mitzubestimmen, sind gering. Die Kommunikation im Pflegebereich von oben nach unten und von unten nach oben muß entscheidend verbessert werden".

Hierzu braucht die Masse der Beschäftigten jedoch keine "Krankenhausreform", sondern mit einer starken Personalvertretung und einer gewerkschaftlichen Organisation in den städtischen Krankenhäusern hätten die Pflegekräfte Möglichkeiten, um an Entscheidungen mitzuwirken und mitzubestimmen. Erhalten diese Interessen noch von den Münchner Gemeinderäten (SPD und Grüne/ALM) die nötige Unterstützung, dann könnten vielleicht einige Erleichterungen erreicht werden. Die angestrebte "Krankenhausreform" versucht hier jedoch gerade die städtischen Krankenhäuser aus der politischen Bindung an den Gemeinderat herauszubrechen und Vorgaben durch die Kostendämpfungsgesetze mit "modernen Management-Methoden nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen von Großunternehmen" durchzusetzen. Wenn im Herbst diese "Krankenhausreform" im Stadtrat verhandelt wird, dürfte die Stellungnahme der ÖTV von einiger Bedeutung sein. Leider herrscht hier noch Sendepause.

Quellenhinweis: SZ vom 24.7.85, Die Gemeinde 6/85, Münchner Stadtanzeiger Nr. 58 — (rul, dil)



Die ÖTV hat von OB Kronawitter zur Zeit nur die Zusage, daß die Stadt München ein "sozialer Arbeitgeber" bleiben wird.

achter heraus — finanzieren 87 Prozent der Münchner der klinischen Aufwand mit, den Chefärzte für die 13 Prozent Privatpatienten betreiben.

Es ist unbestritten, daß die große Mehrzahl der Münchner Krankenhausärzte und das Pflegepersonal unter oft unumstößlichen Bedingungen aufopfernd arbeitet. Damit dieser starke Einsatz künftig dem einzelnen Patienten besser zugute kommt, bedarf es wohl einer strafferen und durchsichtigeren Organisation".

Diese Beurteilung, die auf der Welle der Kritik an den "Nebeneinkommen der Chefärzte" daherkommt, kann nicht geteilt werden. Ob diese "Krankenhausreform" tatsächlich für die Arbeiterbevölkerung einen Vorteil in der Gesundheitsversorgung bringen wird und ob die Beschäftigten (über

verschiedenen Stellen dieses "Gutachtens" ausgesprochen: "Unsere Krankenhäuser werden nicht als Dienstleistungsbetrieb nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen geführt, sondern wie Behörden verwaltet. Die Zuständigkeit des Personalreferats in Personal- und Organisationsfragen und dessen Einbindung in den Verwaltungsbereich vermindert die Eigenverantwortung der Krankenhausleitungen und lähmt die Eigendynamik ..."

— Kritisch wird angeführt, daß das Pflegepersonal nichts zu sagen hat: "Es besteht eine unterschiedliche Interessenlage und Konkurrenz zwischen den Zielvorstellungen der ärztlichen und pflegerischen Leitung gegenüber den gesamtbetrieblichen Zielvorgaben für das Krankenhaus. Die Möglichkeiten der Pflegekräfte,

Asylanten

CSU und Republikaner wiegeln auf

München. Die Praxis der Bayerischen Staatsregierung, größere Asylantengruppen in kleinen Gemeinden unterzubringen, hatte schon in einigen Fällen zu ausländerfeindlichen Aktionen geführt. Z.B. wurde ein Bus mit Asylanten mehrere Stunden belagert oder der Antransport von Möbeln für eine Unterkunft blockiert. Im Zusammenspiel von CSU und Republikanern (REP) wird jetzt auch in München der Aufstand gegen die "Asylantenflut" geprobt. Ende Juli berief der Landtagsabgeordnete Schosser mit seiner Frau, die im Stadtrat sitzt, eine Pressekonferenz ein. Thema: Gegen die Nutzung der Columbia-Hotels in Neuhausen als Asylantenunterkunft. Das Sozialministerium plane die Unterbringung von 1000 Asylanten (bis vor kurzem wohnten hier 275 US-Soldaten). Obwohl weder feststeht, daß die US-Armee das Gebäude abgibt, noch, daß das Sozialministerium es dann pachten könnte, läuft die rechte Propagandakampagne volles Rohr. Der "Wochenanzeiger" für den Münchner Westen, den alle Haushalte bekommen, bringt auf Seite 1: "Die Republi-

kaner: Mit Bürgerbefragung und Infoständen gegen Asylantenheim im Columbia-Hotel". Kommentarlos wird der Plan der REP verbreitet, "notfalls zu spektakulären Aktionen" zu greifen. Die CSU argumentiert: eine "weitere Massierung in Gemeinschaftsunterkünften" sei "der Bevölkerung nicht zumutbar". In Wirklichkeit schwankt die Zahl der Asylbewerber in München lediglich zwischen 1000 und 2000. Die Zahl der jährlichen Asylanträge, auf die Einwohnerzahl bezogen, entspricht dem Bundesdurchschnitt – und die BRD liegt ja bei der Aufnahme von Flüchtlingen im internationalen Vergleich weit hinten, nämlich an 37. Stelle. Dennoch erklärt Strauß gemeinsam mit Lummer, die "Grenze der Aufnahmefähigkeit" sei erreicht.

Mit dieser Demagogie soll zum einen die faktische Beseitigung des Asylrechts abgestützt, zum anderen der Rassismus geschürt werden. Entsprechend hat sich vor Besuchern im Sammellager Zirndorf der Direktor des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Innenministerium Norbert von Nieding geäußert: "Die Bundesrepublik Deutschland ist eine weiße Gesellschaft: ihre Politik ist primär an der Aufnahme von Volksdeutschen und anderen europäischen Gruppen interessiert."

Quellen: Stat. Monatsbericht Stadt München 11/84, SZ vom 30.7.85 – (kaz)

Gemeinderat

GAL und SPD-Fraktion greifen Hauptsatzung an

Heidelberg. Im Juli legte die Grün-Alternative Liste Änderungsanträge zur Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Gemeinderats vor. Die SPD-Fraktion und die Stadträtin der Liberalen Demokraten (LD) unterstützen diese Anträge, und damit wären sie im Gemeinderat in der Mehrheit. Oberbürgermeister Zundel, seit 1966 Amtsinhaber, erklärte, wenn diese Änderungsanträge Rechtswirklichkeit werden, "... dann bin ich am anderen Tag nicht mehr Oberbürgermeister dieser Stadt".

Die Gemeindeordnung Baden-Württembergs gibt dem Oberbürgermeister allein schon eine stärkere Machtposition als in anderen Bundesländern. Hauptsatzung und Geschäftsordnung werden in den Gemeinderäten im Rahmen der Gemeindeordnung beschlossen.

Die Änderungsanträge von GAL und SPD zielen darauf ab, die Machtposition des OB zu beschränken und Schutzrechte für Minderheiten auszubauen. In anderen Städten, z.B. Mannheim, ist dies längst Inhalt der Satzungen. GAL und SPD fordern Bezirksbei-

räte, die ein Anhörungsrecht oder eine Beratungspflicht in Gemeindeangelegenheiten haben (in Mannheim gibt es Bezirksbeiräte). In Heidelberg gibt es nur Zundels Klientel von Stadtteilvereinen, die keinerlei Rechte haben, seit Jahren seine Politik "vor Ort" durchsetzen und seine Wahlkampftruppe bilden.

In den 70er Jahren wurden Zundels "Alleinentscheidungen" (meist auf Grundlage der Satzungen) als Despotismus beschrieben. Der jetzige Vorschlag, die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters für zu erledigende Aufgaben zu beschränken und zu verlangen, daß erkennbare, bedeutende Gemeindeangelegenheiten im Gemeinderat behandelt werden müssen, forderten den OB zu einer Hetztirade heraus und zu der öffentlich ausgesprochenen Überlegung, "... ob ... der Einstieg in die Basisdemokratie in Heidelberg notwendig ist". Die Gemeinderäte von GAL und SPD verlangen, daß sie die Sitzungsunterlagen rechtzeitig zugesandt bekommen und die Einladung zur Gemeinderatssitzung mindestens 10 Tage vorher erfolgt (bislang nur 5 Tage). Ein berechtigtes Anliegen, die Gemeindeordnung schreibt eine "angemessene" Frist vor. OB Zundel sieht darin die "schlechte" Absicht, Beratungsgegenständen vorher in der Öffentlichkeit Raum zur Meinungs- und Kritikbildung zu geben – er ist dagegen. Die Forderung im Rahmen der Minderheitenrechte, daß der Antragsteller eines Tagesordnungspunktes vor dessen Verweisung wenigstens dazu sprechen darf, weist Zundel als "... zwar zulässig, aber unnötiger Formalismus" zurück.

Es ist den reaktionären Kräften im Gemeinderat und ihrer Anhänger-schaft bislang noch nicht gelungen, sich schlagkräftig zu formieren gegen die Änderungsanträge. Eher erhalten die Forderungen nach mehr demokratischer Spielregel Unterstützung aus den Kreisen der großen Mittelschicht in Heidelberg, die nicht gegen, aber auch nicht für Zundel sind. – (irs)

Antikriegstag in Holstein

BRD-Kriegsvorbereitungen im Zentrum der Kritik

Kiel. "Die CDU wendet sich entschieden gegen die Diskriminierung der Bundeswehr ... verwarft sich gegen die Verniedlichung von Zivilschutzmaßnahmen", drohte die Reaktion der schleswig-holsteinischen Bewegung gegen die Mittelstreckenraketen bereits in Leitsätzen zur Kommunalwahl 1982, in der sie die Mehrheit der Sitze in Gemeinden und Städten teils mit Wählervereinigungen und FDP erreichte. Die Gewerkschaf-

ten hatten 1981 landesweit die Tradition von Antikriegs-Demonstrationen am 1.9. wieder aufgenommen; die Bewegung gegen Mittelstreckenraketen hatte 1981 noch die Einheit zu erfolgreichen Aktionen gegen BRD-Kriegsvorbereitungen wie z.B. eine zentrale Rekrutenvereidigung der 6.PzGren Div gefunden und ab 1982 die Tradition landesweiter Ostermärsche wieder aufgenommen.

Danach geriet sie unter bestimmten sozialdemokratischen und christlichen Einfluß bis hin zu nationalistischen Entgleisungen auf dem diesjährigen Ostermarsch, die Reaktion lie-



Fahnenbänder für die Bundeswehr von Min.präs. Barschel am 8.6.84.

fere die BRD den USA-Imperialisten aus. Die Reaktion andererseits setzte 1983 mit "Freiheit ist wichtiger als Frieden" ("10000 Friedenstag"), 1984 verstärkt mit Förderung revanchistischer und nationalistischer Propaganda ("Tage der Heimat" jeden September), einer Flut öffentlicher Vereidigungen (mit "Fahnenbandverleihungen" durch Ministerpräsident Barschel) und Bundeswehrausstellungen nach.

Jetzt formiert sich Widerstand auf neuer Grundlage. Nach Krach um den Ostermarsch wurden drei Revanchistentreffen und vier Heeresausstellungen teils von Aktionseinheiten unter Einschluß von DKP, Grünen und jüngeren Sozialdemokraten, teils unter Auseinandersetzungen in den Kommunalparlamenten angegriffen. Gegen den Plan, am 30.8. mit einer zentralen Rekrutenvereidigung und am Antikriegstag mit einem Tag der offenen Tür auf dem Truppenübungsplatz bei Oldenburg die Bundeswehrjubelfeiern zum 30-jährigen Bestehen einzuläuten, bildeten sich Ostholsteiner und Kieler Aktionseinheiten, die sich mit der Ostermarschbewegung auf eine regionale Demonstration gegen die Vereidigung am 30.8. verbunden mit Aufrufen zu DGB-Demonstrationen am 1.9. in Kiel und Lübeck unter eindeutiger Ablehnung der BRD-Kriegsvorbereitungen einigten. – (ped)

6. Weltkonferenz "Hochbegabung"

Bericht über Aktionen gegen den "Begabten"förderungskongreß

Hamburg. Vom 5. bis 6. August fand in Hamburg die "6. Weltkonferenz über hochbegabte und talentierte Kinder" statt. Veranstalter war der "World Council for Gifted Children", dessen Mitgliedsverband in der BRD die "Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind e.V." ist. Maßgeblich mit vorbereitet haben diesen Kongreß Hamburger Professoren, die Mitglieder dieses Vereins sind. Die Schirmherrschaft für diesen Kongreß hatte Bundesbildungsministerin Wilms schon im letzten Jahr übernommen. Finanziert wurde das Unternehmen im wesentlichen vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, von der Hamburger Wirtschaftsbehörde, vom Stifterverband für die Deutsche Wis-

wirklichen. Erforderlich ist ebenso das Engagement der Wissenschaftler. Vor diesem Hintergrund erhält die Arbeit der 6. Weltkonferenz ihren besonderen Stellenwert", so Bundesministerin Wilms in ihrer Eröffnungsrede.

Hamburgs Schulsenator Prof. Grolle, der die Teilnehmer im Auftrag des Senats begrüßte, sorgte trotz seiner lauen Rede schon für Unruhe, als er auf die "geschichtliche Vorbelastung" der "Hochbegabtenförderung" hinwies. Kommentar der "Frankfurter Allgemeinen" (FAZ): "... betont unfreundliche Begrüßung." (1)

"Nicht jede Forderung ist Förderung. Immer dann, wenn nach Jahren der Bildungsexpansion deren demokratische Erfolge wieder einge-

grenzt sind, versteht sich von selbst. Ihre Fähigkeit, klärend zu wirken, ist an die Bereitschaft zum Gespräch gebunden. Solange es an dieser Voraussetzung fehlt, wird sie die von Frau Wilms beklagten 'gravierenden Erkenntnislücken' kaum schließen können." (1)

Dieses Lob, das "Gespräch" zu verweigern, richtete sich vor allem auch gegen die, die "in Hamburg mit Flugblättern, Transparenten und Unterschriftenlisten" (1) gegen den Kongreß auftraten. Daß die FAZ diese Seite des Widerstands überhaupt vermerkt, bezeugt, wie empfindlich die Reaktion auf Gegenwehr bezüglich des Themas "Begabung" reagiert; waren es doch nur eine Handvoll Studenten, die persönlich ihre Verachtung für dieses Thema auf dem Kongreß zum Ausdruck brachten.

Die Arbeitsgruppe "Hochbegabung", die sich gegen diesen Kongreß gründete, machte während des Kongresses einen Stand, auf dem verschiedene Beiträge gegen das Thema "Begabung" vertrieben wurden, so auch die unten angezeigte Broschüre, die sich im übrigen gut verkaufte. Die Arbeitsgruppe verteilte ein Flugblatt (alle Flugblätter wurden zweisprachig verteilt) gegen den faschistischen "Begabungsforscher Eysenck vor und nach dessen Rede. Kommentar der FAZ: "Wie zu erwarten erreichten ... (die Auseinandersetzungen, d. Verf.) ihren Höhepunkt beim Vortrag ... (von) Eysenck, dem seine Kritiker, wie zu erwarten, ohne Umstände und ohne Anstand faschistisches Denken unterstellten." (1) — Einige Kongreßteilnehmer konnten aber nicht umhin, den Flugblattverteiler recht zu geben. Verteilt wurde auch die von der Arbeitsgruppe initiierte Unterschriftensammlung, die von 60 Hamburger Professoren und Dozenten unterzeichnet wurde. Sie kritisieren u.a.: "Das Konzept der Hochbegabung als einer Variante von Elitetheorie hat lange Tradition. Es wird in bestimmten politischen und gesellschaftlichen Situationen in die Diskussion gebracht, in der Regel von Vertretern der Machteliten oder mit deren Unterstützung." Die GAL verteilte ein Flugblatt mit den Forderungen: Stop der Mittelumverteilung zugunsten der "Hochbegabten" — Differenzierte Förderung aller Kinder im Rahmen allgemeiner Klassen; bessere Ausstattung — Weg mit der Novelle des Hochschulrahmengesetzes; keine Selektion der Studenten in "Begabte" und "weniger Begabte".

Trotz der verschiedenen Beweggründe und Argumente gegen den Kongreß wurde doch behindert, was die Veranstalter gerne gesehen hätten: eine "Versachlichung der Diskussion" um Elitförderung.

Quellen: (1) FAZ, v. 12.8. sowie div. Presseinformationen vom Kongreßpressedienst. — (stg)



Links: Protest in der Eröffnungsveranstaltung. Rechts: Broschüre. Bezug: Frank Lotzkat, Schlüterstraße 20, 2000 Hamburg 13, Tel: 040/410 19 39. Preis: 1,50 DM plus Portokosten.

Volksfront
GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
Herausgegeben von der Volksfront Hamburg

GEGEN DIE WIEDERBELEBUNG DER BEGABUNGSTHEORIEN UND ELITEBILDUNG

2 v. H.	Eliten unterschiedlicher Provenienz
18 v. H.	Akademiker, sonstige „Gebildete“ mittlerer und unterer Bildungsschicht, vielfach gerade so spezifischen technischen Entwicklungen interessiert, Potentiale gesellschaftlicher Mobilität
63 v. H.	ohne Abschluß (sow. funktionelle Analphabeten), kaum integriert in die Bildungs- und Kulturwelt einer Gesellschaft
15 v. H.	

Quelle: Zwischenbericht der Enquete-Kommission der Bundestagung "Hochbegabung und Elitenförderung"

Produktion aller Länder vereinigt in der Volksfront Hamburg

REVOLUTIONÄRE HOCHSCHULPOLITIK

Der Kongreß der Hochbegabten ist ein Schritt zur Systemkritik und Systemveränderung. Vgl. Lotzkat, Seiten 10 und 11, sowie Grottel, Seiten 10 und 11, Hamburg 1985, Tel. 040 19 39 39

senschaft und von einzelnen Kapitalisten.

Insgesamt 951 Teilnehmer aus 47 Ländern hatte der Kongreß vorzuweisen. So gehörten leider auch 21 Vertreter aus den osteuropäischen Staaten genauso zu den Teilnehmern wie 21 weiße Vertreter aus Südafrika. Mit 403 Teilnehmern waren die USA am stärksten vertreten; darauf folgte die BRD mit 223 Teilnehmern.

Zweck dieser Konferenz war es, der reaktionären Bildungspolitik in der BRD für die Heranzüchtung einer Elite, aufgrund von "Begabungen", einen Freifahrtsschein auszustellen: "Die Versachlichung der Diskussion, die Erweiterung der Information und darüber hinaus die Pflege eines förderungsfreundlichen Klimas ist mit politischen Mitteln allein nicht zu ver-

schränkt werden sollen, gewinnen Wissenschaftler an Publizität, die von den 'natürlichen Grenzen der Begabung' sprechen, die die Auslese von Hochbegabten fordern und so zur ideologischen Rechtfertigung der Elitenförderung beitragen", so charakterisierte das GEW-Vorstandsmitglied Koehler den Kongreß. Den Sinn der Elitförderung, also die Produktion beinhardter Garanten der Ausbeutung und Unterdrückung, kritisierte Koehler nicht. Stattdessen bestritt er, genauso wie der AStA der Universität Hamburg, der Reaktion ihre Mittel für die totale Zurechtsetzung des Bildungssystems auf "Begabten"- bzw. Elitezucht. Trotzdem mußte die FAZ festhalten: "Daß die Möglichkeiten der Wissenschaft, gefühlsmäßige Aversionen zu durchbrechen, be-

Bosch

Ein hoher Preis für neue Arbeitsplätze

Stuttgart. Stolz verweist die Firmenspitze von Bosch auf das Geschäftsergebnis des Jahres 1984: Der in der Bilanz ausgewiesene Jahresüberschuß habe sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt auf nunmehr 445 Mio. DM, und außerdem habe Bosch weltweit 3 890 Arbeitsplätze neu geschaffen. Für den Bosch-Aufsichtsratsvorsitzenden Merkle sind diese zusätzlichen Arbeitsplätze auf den verstärkten Einsatz neuer Technologien zurückzuführen – deshalb seien die Befürchtungen der IG Metall bezüglich des Rationalisierungsschubs widerlegt. Was hat es nun mit diesen neu geschaffenen Arbeitsplätzen auf sich?

Bosch konnte 1984 seinen realen Umsatz im Kfz-Bereich, der weit über die Hälfte des Gesamtumsatzes ausmacht, um 15% steigern. Die Anzahl der Beschäftigten dort hat sich im selben Zeitraum um 5% erhöht. Die Neueinstellungen bei Bosch waren also weit geringer, als es der Ausweitung der Produktion entsprochen hätte.

Ein zweiter Gesichtspunkt ist interessant: Obwohl 1984 weltweit von allen Automobilfirmen nur 5% mehr Autos ausgeliefert wurden als 1983, in der BRD sogar 2% weniger, konnte Bosch seine Verkäufe um 15% steigern. Der Anteil der Bosch-Produkte an der Ausrüstung der Kfz muß also zugenommen haben. Von kleinerer Bedeutung ist dabei die wachsende elektronische Ausrüstung der Kfz. Von größerer Bedeutung ist der Verdrängungswettbewerb, der Ausbau des Bosch-Monopols für elektrische und elektronische Kfz-Ausrüstung gegen die noch vorhandene Konkurrenz.

Zum Beispiel ist einer der Konkurrenten die "Graubremse" in Heidelberg, wo Bremsanlagen gefertigt werden. Einer der Hauptrenner in diesem Geschäft ist zur Zeit das Antiblockiersystem (ABS) für Lkw und Pkw. Der Kapitalist Grau verlor Marktanteile gegen die offensive Verkaufsstrategie von Bosch und war Mitte 1984 konkursreif. Der amerikanische Konzern Echlin übernahm die Graubremse, deren Belegschaft verringert wurde. Den zusätzlichen Arbeitsplätzen bei Bosch steht also der Arbeitsplatzabbau bei Graubremse gegenüber. Ein weiterer Konkurrent ist die Firma Teves. Vor kurzem hat Ford Lieferverträge mit Teves nicht erneuert und bezieht das ABS von Bosch, wo in Jahresfrist die Stückzahlen verdoppelt werden sollen.

Hat die Bosch-Belegschaft nun einen Vorteil von diesen neuen Arbeitsplätzen? Erstens entsprechen, wie vorher ausgeführt, die Neueinstellungen nicht dem Anstieg der Stück-



Arbeitsplatz zur Montage des Antiblockiersystems (ABS). Bezahlte wird zum Niedrigstlohn in LG II.

zahlen, und zweitens sind die Arbeitsplätze bedroht. Die Firmenleitung zum Beispiel in Feuerbach erpreßt den Betriebsrat:

Wenn er regelmäßigen Samstags-Sonderschichten von 6 bis 14.30 Uhr und von 14.30 Uhr bis 23 Uhr nicht zustimmt, würden die Arbeitsplätze in das im Bau befindliche Werk nach Immenstadt im Allgäu verlagert werden.

Die Belegschaften der verschiedenen Werke werden gegeneinander ausgespielt. Vorstandsvorsitzender Marcus Bierich erklärte dazu: "Wir werden in Zukunft keines der verletzlichen, allergischen Produkte nur noch an einem Standort herstellen". – (sar)

Lehrereinstellung NRW

Neue Angriffe auf die Beschäftigten

Bielefeld. Kultusminister Schwier wollte zum Schuljahr 1985/86 2 500 Lehrer auf Dreiviertel-Stellen mit 75 Prozent des normalen Gehaltes einstellen. Diese Arbeitsverträge waren auf drei Jahre befristet und enthielten folgende Formulierung: "Der/die Angestellte wird ... beschäftigt, um ihm/ihr Gelegenheit zu geben, sich um eine andere Tätigkeit als die Tätigkeit eines Lehrers im Landesdienst zu bemühen." Etwa 1 000 ausgewählte Bewerber haben die Stelle unter diesen Bedingungen abgelehnt. Viele von ihnen versuchen, auf dem Klageweg gegen die Befristung vorzugehen.

90% der Personalräte haben den Arbeitsverträgen ihre Zustimmung verweigert. Ihrer Ansicht nach erfolgt die Einstellung der Lehrer zur "Abdeckung bestehenden Bedarfs". Schwier warf den Personalräten deshalb demagogisch eine "Blockadepolitik" gegen die "Interessen der Arbeitssuchenden" vor. Die GEW hält das "Rotationsverfahren: Einmal befristet Lehrer gewesen – auf Dauer aus-

geschlossen" für unannehmbar.

Bei seinem Vorgehen weiß sich Schwier im Einklang mit der Landesregierung, die im §7a(3) des Haushaltsgesetzes 1985 festgeschrieben hat, daß neue Lehrer nur noch als Angestellte mit befristeten Verträgen eingestellt werden sollen. Die GEW sieht in diesem Abschnitt des Haushaltsgesetzes eine "objektive Gesetzesumgehung". Sie wird Klagen gegen die Arbeitsverträge einreichen.

Bereits seit Jahren drängt die Landesregierung die Lehrer in eine Vorreiterrolle bei ihren Angriffen auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Schwiers Vorgänger Girgensohn plante eine Gehaltskürzung von vier Prozent bei Ermäßigung um eine Pflichtstunde. Ähnliche Pläne schmiedete Ministerpräsident Rau, als er im Juni in seiner Regierungserklärung sagte: "Ich weiß sehr wohl, daß wir besondere Verantwortung für jene tragen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Ich weiß aber auch: Wir tragen Verantwortung für jene, die Beschäftigung im öffentlichen Dienst suchen." Immer wieder wurden Lehrer "aus Solidarität mit den Arbeitslosen" zum Umsteigen auf Teilzeitarbeit aufgefordert. Inzwischen sind 20 Prozent der 137 000 Lehrer in NRW Teilzeitbeschäftigte. Im Juli vergangenen Jahres erließ der Finanzminister in NRW dann einen "Versorgungsabschlag", der die Pensionsansprüche der Teilzeitbeschäftigten um vier bis zehn Prozent kürzte. Außerdem ist es dem Kultusminister gelungen, mit dem Ausbau der Teilzeitarbeit den Anteil der unbezahlten Mehrarbeit unter den Lehrern zu steigern.

Tatsächlich müßten nach Berechnungen der GEW sofort 13 500 Lehrer in NRW eingestellt werden, um den gesetzlich vorgeschriebenen Unterrichtsbedarf abzudecken. Schwier streicht jedoch 2 000 Stellen und kündigt neue Angriffe an: "Künftig sollten mehr Lehrer Angestellte sein. Das würde mehr Zeitverträge ermöglichen." (NRZ, 6.8.85) – (rog)



GEW-Demonstration

Überbetriebliche Ausbildung

Schaffung von Ausbildungsplätzen – zu Bedingungen "wie auch immer"

Dortmund. Im Jahre 1983 machte Kanzler Kohl das Versprechen, daß "in diesem unserem Lande" jeder Jugendliche, der ausbildungsfähig und ausbildungswillig ist, einen Ausbildungsplatz erhält. Was unter "ausbildungswillig" zu verstehen ist, wird deutlich, wenn man betrachtet, wie dieses Versprechen in die Tat umgesetzt wurde. Es wurden unterschiedliche Ausbildungsprogramme geschaffen, die jedoch alle in einem Punkt übereinstimmen: bei der Festlegung der Ausbildungsvergütung wurden jegliche tarifvertraglichen Bestimmungen mißachtet und unterlaufen.

So trat am 27. Oktober 1983 nach einer Vereinbarung zwischen der Bundesregierung, vertreten durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm, und dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dr. Dorothee Wilms, und der Bundesanstalt für Arbeit, vertreten durch ihren Vorstand, Dr. Himmelreich (Vorsitzender), das einmalige Sonderprogramm zur Gewinnung von über- und außerbetrieblich organisierten Ausbildungsplätzen (ESA-Programm) in Kraft, anhand dessen in Dortmund 209 Jugendliche ausgebildet werden. Auszug aus dem ESA-Programm:

"§2 – Gegenstand der Förderung
(1) Gefördert wird eine Über- oder außerbetrieblich organisierte Berufsausbildung. (2) Eine überbetrieblich organisierte Berufsausbildung im Sinne dieser Richtlinien wird in Einrichtungen durchgeführt, die außerhalb betrieblicher Ausbildungseinrichtungen und außerhalb der Schule bestehen und nicht an ein bestimmtes Unternehmen gebunden sind. (3) Eine außerbetrieblich organisierte Berufsausbildung im Sinne dieser Richtlinien wird durchgeführt: 1. in schulischen Werkstätten, soweit diese nicht durch die Schule selbst genutzt werden, oder 2. in betrieblichen Ausbildungsstätten, soweit diese nicht durch das Unternehmen, dem sie gehören, sondern durch Dritte genutzt werden. (4) Betriebliche Berufsausbildungsverhältnisse werden nicht gefördert."

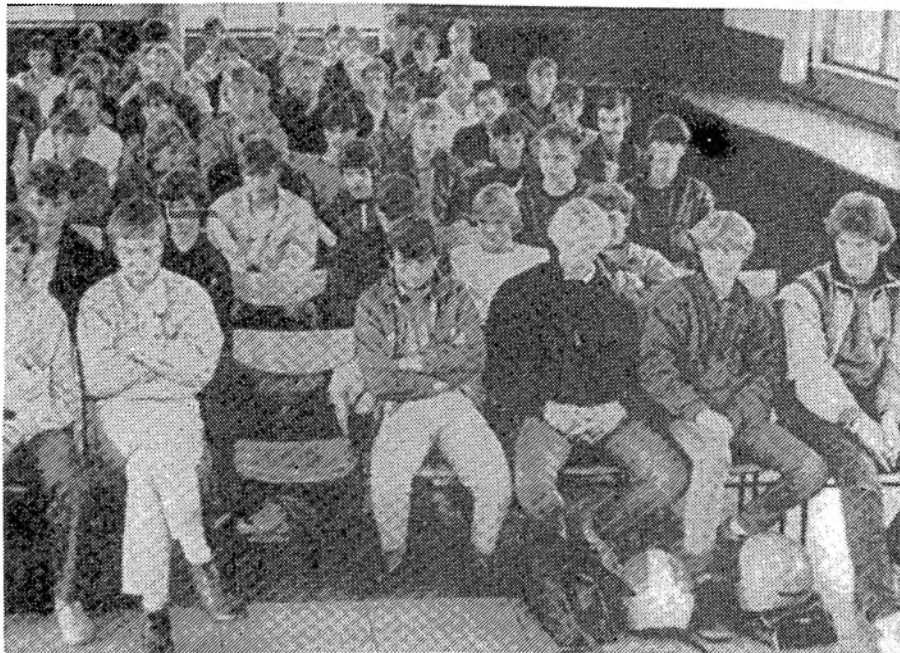
Träger überbetrieblich organisierter Berufsausbildung können sein: Organisationen oder Einrichtungen der Wirtschaft, Bildungswerke der Arbeitgeber, Bildungswerke der Arbeitnehmer, Träger der freien Wohlfahrtspflege, Kommunen, Sonstige (z.B. Stiftungen, Vereine,

Zweckgemeinschaften).

Ein Beispiel hierfür ist die IHK Ausbildungs-GmbH, die im Oktober 1983 eigens zum Zweck der Durchführung des ESA-Programms von der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund gegründet wurde, und die im Februar 1984 32 Azubis (9 Chemielaboranten, 5 Industriekaufleute, 5 Bürohilfen, 4 Elektroniker, 9 Betriebsschlosser) einstellte. Ausbildungsbetrieb ist in diesem Fall die Bergbau AG Westfalen. Erst bei Vertragsunterzeichnung (drei Tage vor

tung ausdrücklich einverstanden und verzichtet auf eine darüber hinausgehende Zahlung."

Die neun Chemielaboranten der IHK Ausb.-GmbH werden gemeinsam mit sechs Chemielaboranten der Bergbau AG im Zentrallabor der Bergbau AG unter den gleichen Ausbildungsbedingungen, durch den gleichen Ausbilder und mit der gleichen Produktivität für den Betrieb ausgebildet. Die Bergbau AG erhält für jeden IHK-Azubi 600 DM monatlich als "Sachkostenzuschuß". Die Chemielaboranten der



Beginn der Ausbildung) erfuhren diese Azubis, daß sie nicht nach den bei der Bergbau AG üblichen Tarifen bezahlt werden. Sie wurden vielmehr in einer "Anlage zum Berufsausbildungsvertrag" auf die Besonderheit ihres Ausbildungsverhältnisses hingewiesen. Aus der Anlage:

"§5 Es besteht zwischen den Parteien Einverständnis darüber, daß die in dem ESA-Programm vorgesehene Ausbildungsvergütung in Höhe von zur Zeit monatlich 395 DM als angemessene Vergütung im Sinne von §10 Berufsbildungsgesetz angesehen wird; dies insbesondere auch deshalb, weil der Auszubildende für die IHK Ausbildungs-GmbH keine bestimm- bare Leistung erbringt. Die Vergütung stellt daher im vorliegenden Fall lediglich eine Hilfe zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten, nicht aber zugleich eine Mindestentlohnung dar. Der Auszubildende erklärt sich daher mit der Höhe der Ausbildungsvergü-

Bergbau AG erhalten eine Ausbildungsvergütung von 625 DM, 725 DM, 825 DM und 925 DM. Sie erhalten Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Vermögenswirksame Leistungen, eine Treueprämie etc., und sie haben zudem, im Gegensatz zu ihren Kollegen von der IHK Ausb.-GmbH, die Garantie, nach Abschluß ihrer Ausbildung vom Betrieb übernommen zu werden. Ein weiterer Unterschied besteht in der Gewerkschaftszugehörigkeit. Nachdem die IG Bergbau und Energie eine Zuständigkeit für die Azubis der IHK Ausb.-GmbH von sich wies, wurden die Azubis von der Gewerkschaft ÖTV aufgenommen. Diese unterschiedliche Behandlung bis hin zur Gewerkschaftszugehörigkeit führt zur Spaltung und zum Konkurrenzkampf unter den Azubis innerhalb eines Betriebes.

Bei Entstehung des ESA-Programms forderte die IHK den DGB auf, "das Vorhaben ohne wenn und aber zu unterstützen und insbesondere die niedrigen Ausbildungsvergütungen nicht

zum Gegenstand von Klagen zu machen". Andernfalls würde die IHK nicht die Trägerschaft für das Programm in Dortmund übernehmen. DGB und ÖTV ließen sich jedoch nicht auf diese Weise erpressen. Tatsächlich würde ein Nachgeben in dieser Frage bedeuten, der Aushöhlung des Tarifsystems Tür und Tor zu öffnen. So reichten acht Chemielaboranten mit Hilfe der ÖTV vor dem Arbeitsgericht Klage gegen die IHK Ausb.-GmbH auf angemessene Ausbildungsvergütung ein. Die ersten beiden Klagen wurden abgewiesen, mit der Begründung, eine Klage auf Gleichbehandlung finde keine Anwendung, da die IHK Ausb.-GmbH eindeutig Arbeitgeber sei und der Gleichbehandlungsgrundsatz nur innerhalb einer Firma Anwendung finde, ferner könne eine Klage auf Angemessenheit nicht zu einer höheren Vergütung führen, da die IHK Ausb.-GmbH nicht tarifgebunden sei, keinerlei wirtschaftlichen Nutzen aus der Ausbildung ziehe und man nicht von ihr verlangen könne, "um des ideellen Lorbeers Willen zuzubuttern". In der dritten Verhandlung

erzielten die Azubis einen ersten Erfolg. Der Richter urteilte, daß die IHK-Azubis Anspruch auf die gleiche Ausbildungsvergütung wie die Azubis der Bergbau AG haben, jedoch abzüglich 10 %. Anspruch auf weitere Leistungen, wie sie die Azubis der Bergbau AG erhalten, besteht nach Ansicht des Richters nicht. Es stehen noch fünf weitere Verfahren aus. Sowohl die IHK Ausb.-GmbH als auch die ÖTV werden in jedem Fall bis vor das Bundesarbeitsgericht gehen. Ein Grundsatzurteil in dieser Angelegenheit, das der Aushöhlung des Tarifsystems Einhalt gebietet, wäre dringend notwendig.

Durch Anwendung der Sonderprogramme wurde der "Auszubildende zweiter Klasse" geschaffen, dem noch zusätzlich die Schuld für seine Situation zugeschoben wird und der doch "froh sein kann, daß er überhaupt noch einen Ausbildungsplatz gefunden hat". Auch den Gewerkschaften wird der "schwarze Peter" zugeschoben, da sie angeblich durch ihre negative Einstellung zu solchen Programmen eine Verbesserung der Ausbildungsplatz-

situation verhindern. So haben sowohl IHK als auch die Handwerkskammer kürzlich verkündet, daß sie anhand der Sonderprogramme keine Azubis mehr einstellen werden. Dies dient eigens der Hetze gegen die Gewerkschaften, zumal das ESA-Programm bereits im März 1985 ausgelaufen ist.

Im Arbeitsamtsbezirk Dortmund waren bis Ende Juli 1985 noch 2774 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, davon 1709 Frauen. Die Betriebe meldeten dem Arbeitsamt im laufenden Jahr 10,2% weniger Ausbildungsplätze, während die Zahl der Bewerber gleichzeitig um 7,9% stieg. Nach Schätzung der IG Metall werden bis zum Ende des laufenden Ausbildungsjahres (30. September) noch ca. 1500 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sein. Arbeitsamts-Direktor Kulozik fordert für die bis zum 1. Oktober endgültig nicht vermittelten Jugendlichen ein staatliches Förderungsprogramm "wie auch immer". Wie solch ein Programm aussehen wird, ist abzusehen.

Quellenhinweis: ESA-Programm; Westfäl. Rundschau — (wer, Mak)

ESA-Programm: Aushöhlung des Tarifsystems als "Wohltat" für Lehrstellensuchende

Das "Einmalige Sonderprogramm der Bundesregierung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen" (ESA), das im Oktober 1983 in Kraft trat, ist eines von mehreren Programmen, das Jugendlichen ohne Lehrstelle "eine Ausbildung ermöglichen soll". Bedingung des ESA-Programms ist, daß die Ausbildung von über- oder außerbetrieblichen Trägern durchgeführt wird. Eigens zu diesem Zweck haben in mehreren Arbeitsamtsbezirken z.B. die Industrie- und Handelskammern "Ausbildungs-GmbHs" gegründet, mit denen die Azubis Verträge abschließen. Die Ausbildung wird dann meist in Betrieben durchgeführt, die "freie Ausbildungsplatzkapazitäten", also nicht (mehr) besetzte Ausbildungsplätze, haben.

Die Bundesregierung zahlt über die Arbeitsämter an die Ausbildungsträger 400 DM/Monat als Ausbildungsvergütungszuschuß sowie Sachkostenzuschüsse von 400 DM/Monat für in einer Tabelle bezeichnete Berufe und 600 DM für alle anderen Berufe. Die Ausbildungsträger seien nicht gehindert, höhere Löhne als die zugewiesenen 400 DM zu zahlen, heißt es in der Vereinbarung zwischen Bundesregierung und BfA, jedoch übernehme die Bundesregierung keinen Pfennig mehr als diese 400 DM.

Die Ausbildungsträger verstehen diesen Wink der Bundesregierung: Sie stellen sich auf den Standpunkt, da sie keine Wirtschaftsunterneh-

men seien, nicht auf Gewinnbasis arbeiteten und von den Azubis "keine Gegenleistung" erhielten, könnten sie auch nichts draufzahlen; woher sollten sie's denn nehmen? Gleichzeitig geben die Träger den "Sachkostenzuschuß" an die Unternehmen weiter, in denen die Ausbildung stattfindet.

In Dortmund werden auf diese Weise 209 Azubis ausgebildet, davon 32 bei der Bergbau-AG Westfalen, die jährlich in den Genuß von insgesamt 206000 DM "Sachkostenzuschuß" kommt. Weiter werden in Dortmund etwa 230 Jugendliche nach einem Landesförderungsprogramm ausgebildet (Zuschuß an die Träger: pauschal 10000 DM/Jahr), weitere 732 nach dem "Benachteiligtenprogramm" des Bundes. Für letztgenannte wurde bis Ende 1983 Tariflohn gezahlt, Auszubildende, die nach diesem Datum eingestellt wurden, unterliegen jetzt ebenfalls der 400 DM-Vergütung.

Der DGB Dortmund wies auf die Folgen derartiger Vereinbarungen wie im ESA-Programm hin: Vor allem die Großbetriebe könnten sich ermutigt sehen, überbetriebliche "Ausbildungs-GmbHs" zu gründen, eigene Ausbildungskapazitäten abzubauen und sich die Ausbildung der über die "Ausbildungs-GmbHs" in den Betrieb vermittelten Azubis vom Staat bezahlen zu lassen. Schon die bisherige Praxis laufe auf eine Aushöhlung des Tarifsystems hinaus.

Tatsächlich sind die ESA-Azubis denselben Ausbildungsbedingungen

unterworfen wie die von den Betrieben eingestellten, aber der Tariflohn soll nicht gelten, Zulagen wie Weihnachtsgeld gibt's eh nicht. Nicht nur, daß die Azubis zu Niedrigstlöhnen ausgebeutet werden; diese Regelung dient auch zur Spaltung unter den Azubis, denn die ESA-Azubis unterfallen nicht der Betriebsverfassung der Ausbildungsbetriebe. Sie haben vielmehr einen eigenen Betriebsrat, der aber nur zuständig ist für Streitigkeiten zwischen den (auf viele Ausbildungsbetriebe verteilten) Azubis und dem Ausbildungsträger.

Die IHK-Ausbildungs-GmbH Dortmund sieht das ganz anders: Ihr Geschäftsführer Schauwienold fühlt sich als christlicher Wohltäter. Vor dem Arbeitsgericht erklärte er, die GmbH und das ESA-Programm hätten Jugendlichen die Chance auf eine Ausbildung eröffnet; dies sei selbstlos geschehen, da die IHK ja nicht daran verdiene. Und für soviel Wohltätigkeit müsse man bereit sein, beim Lohn Abstriche zu machen. Alles andere wäre undankbar.

Das ESA-Programm zielt, bemäntelt mit dem "Kampf gegen die Arbeitslosigkeit", in die gleiche Richtung wie der FDP-Vorschlag, Arbeitslose unter Tarif in den Betrieben einzustellen. Zunehmend deutlich wird das Problem für die Arbeiterbewegung, weitere Verschlechterungen in den Bedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft mittels der Propaganda von den "Solidaropfern" und dem "Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" zu verhindern.

Keine Lohnsenkung für Krankenpflegeschüler Westberlin.

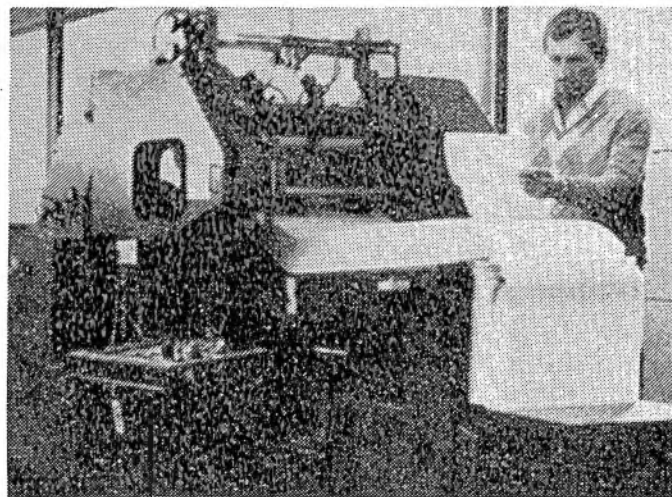
In einer gemeinsamen Resolution haben der Personalrat und die Jugendvertretung des städtischen Krankenhauses Spandau die geplante Senkung der Ausbildungsvergütung verurteilt. Der Gesamtpersonalrat der Freien Universität, der ca. 300 Krankenpflegeschüler vertritt, fordert in einer Resolution den Senat u.a. auf, "die bestehenden gekündigten Tarifverträge in ihren Bedingungen nicht zu verschlechtern und mit den Gewerkschaften über tatsächliche Verbesserungen der Krankenpflegeausbildung zu verhandeln". — (uld)

Tarifverhandlungen in der Papierindustrie

Die Tarifverträge für die Papier- und Zellstoffindustrie sind in allen Tarifbezirken zum 31.8. gekündigt. Betroffen sind ca. 48000 Beschäftigte, wobei ca. die Hälfte bei den Papierwerken Waldhof Aschaffenburg (Abs) und Feldmühle (Flick) arbeiten. Die Führung der IG-Chemie hat sich für Prozentforderungen zwischen 5 und 7% stark gemacht. 13. Monatsgehalt und Vermögenswirksame Leistungen sind in den einzelnen Tarifgebieten unterschiedlich

hoch. Eine Aufstockung wird empfohlen. Die Situation, den realen Lohnabbau der letzten Jahre zu stoppen und kräftige Lohnerhöhungen auch für die immer weiter abgerutschten unteren Lohngruppen durchzusetzen, war selten so günstig. Die Branche spricht von einem Papierboom. Der Umsatz stieg erneut um 18% auf 14,1 Mrd. DM. Die Planzahlen für 1985 sind schon erfüllt. Die Exportquote stieg um 17% auf 31%. Man rechnet für 1985 mit weiter sinkenden Kosten. Wie es aussieht, soll Hessen als schwaches Tarifgebiet den Vorreiter machen. Hier wurde bereits eine Forderung von 5,5% aufgestellt. — (edr)

Westberlin. In der Bundesdruckerei sind am 14.8. 300 der 400 Angestellten in einen einstündigen Warnstreik getreten. Das Postministerium verlangte für die Übertragung der zum 1. September für die Angestellten der Bundespost vereinbarten Gehaltserhöhung und Arbeitszeitverkürzung eine Verschlechterung der bei der Bundesdruckerei bestehenden Angestellten-Zusatzversorgung. Wie bereits letztes Jahr im gewerblichen Bereich scheiterte das Ministerium auch bei diesem Vorstoß. — (haj)



Streik in der Uniklinikwäscherei

Kiel. Mit einer einstündigen Arbeitsniederlegung am 31.7.85 bekräftigten die Beschäftigten der Zentralwäscherei der Uniklinik Kiel ihre Forderung nach ausführlicher Information über die Wirtschaftlichkeitsprüfungen des Landes. Es geht um die Privatisierung der Wäscherei, um 80 Arbeitsplätze. Die Folgen sind selbst bei Übernahme: geringerer Lohn, Verlust verschiedener Sozialleistungen. Ein Sprecher des Kultusministeriums erklärte, daß die Angebote gewerblicher Wäschereien ausgewertet würden und Ende August die Entscheidung fallen werde. — (brb)

Weitere Streiks im Metallhandwerk NRW

Essen. 100 Beschäftigte aus drei Betrieben des Metallhandwerks in NRW befinden sich zur Zeit im Streik für mehr Lohn und für die 38,5-Stunden-Woche. Ab Dienstag, 20.8., will die IG Metall einen Betrieb in Bielefeld einbeziehen. 70 Haustarifverträge wurden nach ihren Angaben bisher durchgesetzt. Dazu gehört die zweieinhalb Wochen lang bestreikte Firma Wolters Hydraulik in Oberhausen, bei der mit dem Schwerpunktstreik begonnen wurde. Bei ihr werden die Löhne rückwirkend ab 1.3. um 3,2% erhöht, für März bis Juli jedoch in Form eines Abschlags von 400 DM. Ab 1.3. 1986, dem bisher frühesten Zeitpunkt, soll die 38,5-Stunden-Woche eingeführt werden. Der Haken: Die IG Metall hat einer Art Flexi-

bilisierung in Form von versetzten Schichten zugestimmt. Zudem hat der Abschluß von Haustarifverträgen, die auch noch unterschiedlich sind, die Verhandlungen für das Tarifgebiet als Ganzes bisher nicht vorangebracht. — (wof)

HBV-Beschluß zum Antikriegstag

Stuttgart. Die Delegiertenkonferenz der örtlichen Gewerkschaft HBV unterstützt den Vorschlag des DGB-Friedensarbeitskreises an alle Einzelgewerkschaften und den DGB, anläßlich des Antikriegstages eine "Friedensfahrt" durch Stuttgart durchzuführen. Damit soll beispielhaft gezeigt werden, daß praktisch schon fast jeder Arbeitsplatz militarisiert ist. Im HBV-Bereich z.B. werden bei Allianz die Gelder der Versicherten in Rüstungsaktien angelegt. Oder im Metallbereich: dort hat sich z.B. Daimler Benz inzwischen zum zweitgrößten Rüstungskonzern der BRD gemausert. — (ccs)

VS gegen Kulturabkommen mit Südafrika

Hamburg. Der Verband deutscher Schriftsteller (VS) in der IG DruPa hat die Bundesregierung aufgefordert, das Kulturabkommen mit Südafrika zu annullieren. Die BRD sollte nicht zu den letzten moralischen und materiellen Stützen eines rassistischen Unrechtsregimes gehören, heißt es in einer Erklärung des VS-Bundesvorstands. Das 1963 geschlossene Kulturabkommen begünstigt nach Ansicht des VS einseitig die weiße Minderheit. — (hao)



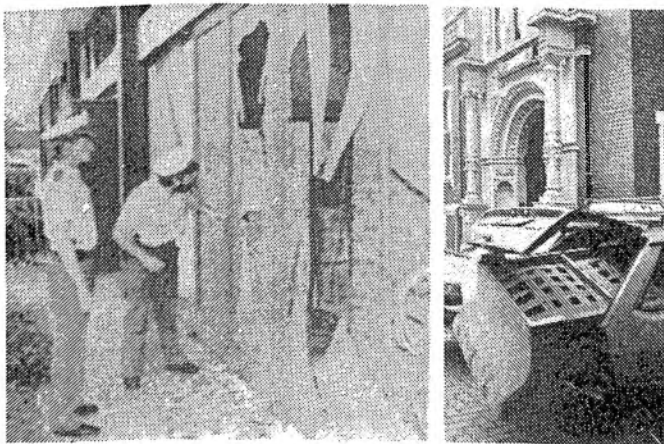
Am 13. August protestierten 3000 philippinische Arbeiter vor dem Amtssitz des Premierministers gegen den Einsatz von Polizei und Militär gegen streikende Arbeiter. Der Vorsitzende der Gewerkschaft KMU (1. Mai-Bewegung) griff den staatlichen Unterdrückungsapparat an, allein in diesem Jahr seien 36 Arbeiter erschossen und 50 Gewerkschaftsmitglieder verhaftet worden. Seit Anfang des Jahres führt die KMU Streiks in Zucker-, Textil- und Elektrobetrieben durch, um ihre Forderung nach Erhöhung des gesetzlichen Tagesmindestlohns von jetzt 57 Pesos (9,85 DM) auf 89 Pesos (15,38 DM) durchzusetzen. Bild: Generalstreik im Juli 1984 — (uld)

Politische Verfolgung mit § 129a

**Bundesanwaltschaft konstruiert
"terroristische Vereinigung"**

Hannover. Vor dem Verwaltungsgebäude der Messe AG gab es am 1.6.1985 eine Explosion, bei der Jürgen Pemöller ums Leben kam. Die Messe AG hat mehrfach als Träger reaktionärer Veranstaltungen von sich reden gemacht: 1983 mit der Waffenmesse IDEE, 1985 mit dem "Partnerland Türkei" auf der Hannover Messe und als zentraler Veranstaltungsort des "Schlesier"treffens.

Die Polizei erklärte Pemöller kurzerhand zum Attentäter und ließ über die Medien nach seiner angeblichen Komplizin Isabel Jakob fahnden. Am 3.6. stellte sich Isabel freiwillig. Zu diesem Zeitpunkt bestand ein Haftbefehl gegen sie wegen Verdachts auf Beteiligung an einem Sprengstoffdelikt. Die Bundesanwaltschaft (BAW) erließ Stunden später einen Haftbefehl wegen § 129a, "Bildung einer terroristischen Vereinigung". Da auch für Juristen eine "Vereinigung" mindestens drei Mitglieder hat, war nun das Ermittlungsziel der BAW offenkundig: das politische "Umfeld", die "Täterzusammenhänge". Am 5.6. wurde Horst



Gebäude der Messe AG nach der Explosion. Drei Wochen später: Pemöllers Wohnung wird aufgelöst. Für die BAW: "Beseite schaffen von Beweismitteln".

Mönecke auf Grund des allgemeinen Verdachts der "Mitgliedschaft" verhaftet. Horst und Isabel sitzen seitdem in Isolationshaft, d.h. Einzelhaft, eingeschränkte Besuchserlaubnis, Besuche nur mit Trennscheibe, Vorzensur der Briefe, Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen.

Mittlerweile ergingen mehr als 40 Vorladungen an "Zeugen in Sachen 'terroristische Vereinigung'". Vorgeladen wurden Mitbewohner der Verdächtigten, Bekannte der Mitbewohner und wiederum Mitbewohner der Wohngemeinschaften der Bekannten. Es fand keine Ermittlung im kriminologischen Sinne statt, sondern die Erforschung eines sozialen und politischen Bereiches. Die als Zeugen Geladenen können jederzeit zu Beschuldigten werden. Der "Tatbestand" der Unterstützung laut § 129a zielt nämlich gar nicht auf konkrete Taten, sondern gilt für alles, was "für die (terroristische) Organisation irgendwie vorteilhaft ist" (Bundesgerichtshof).

Ein Zeuge wurde aus der Vernehmung heraus als Beschuldigter festgenommen und einen Tag lang festgehalten. Gegen mehrere Zeugen wurden Ordnungsgelder zwischen 200 und 300 DM verhängt, weil sie die Aussagen grundsätzlich verweigerten. Mehrere Zeugen wurden unter Androhung von Beugehaft bei Aussageverweigerung (bis sechs Monate) von der BAW nach Karlsruhe vorgeladen. Alle weigerten sich jedoch, in Karlsruhe auszusagen. Am 29.7. entschied der Bundesgerichtshof über einen Beugehaftantrag der BAW gegen Albrecht W. Die BAW weigert sich, die

Vorladung zu begründen, den Vernehmungsgegenstand einzugrenzen, eine schriftliche Beantwortung zuzulassen.

Gegen die Strafverfolgung und Ermittlungen hat sich ein "Solidaritätskomitee" gebildet, u.a. auf Grundlage der Forderungen: "Freilassung von Isabel Jakob und Horst Mönecke! Ersatzlose Streichung von § 129 und § 129a!" Die niedersächsischen Grünen haben sich gegen die Verhaftungen und Ermittlungsmethoden ausgesprochen (siehe auch "Landtagsanfrage"). Am 27.7. fand eine Kundgebung vor dem Gefängnis in dem Isabel gefangen ist, statt. Mehrere Protestveranstaltungen wurden durchgeführt.

Anfrage im niedersächsischen Landtag

Die Abgeordnete Schuran (GRÜNE) stellte am 30.6.85 eine kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung:

"Ich frage die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung die Tatsache, daß die Polizei Isabel Jakob bereits zu einem Zeitpunkt der Mitäterschaft an dem Anschlag öffentlich dringend verdächtigte, als sie keine weiteren Anhaltspunkte dafür hatte als die vage Personenbeschreibung eines Kleingärtners, der sie nachts zum Messegelände gehen gesehen haben will, und die Vermutung, daß sie mit dem getöteten Jürgen Pemöller befreundet gewesen sei?

2. Wie erklärt die Landesregierung die Widersprüchlichkeit der verschiedenen Polizeiveröffentlichungen zu den Sprengstoffunden nach dem Anschlag, wonach

(A) in der Wohnung von Jürgen Pemöller Sprengstoff für weitere Bomben gefunden worden sei (laut NP vom 3.6.1985),

(B) in der Wohnung von Jürgen Pemöller doch nicht Material für weitere Bomben gefunden worden sei (laut HAZ vom 4.6.1985),

(C) schon vor Herausgabe der Erklärung (B) in der Wohnung von Isabel Jakob Material für weitere Bomben gefunden worden sei (laut HAZ vom 5.6.1985)?

3. Welche konkreten Anhaltspunkte für den Verdacht der Beteiligung weiterer Personen ... hat die Polizei, mit denen sie ihre in die Öffentlichkeit gebrachte These belegen kann, daß hinter dem Anschlag eine terroristische Vereinigung steht?"

Der Präsident des Landtages teilte in einem Antwortschreiben vom Juli 1985 mit: "Eine vollständige und damit ins einzelne gehende Beantwortung der Fragen würde den Rahmen der Fragestunde sprengen. Ich muß die kleine Anfrage ... leider zurückweisen ... werde ich die kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung an die Landesregierung weiterleiten."

Gesetzentwurf zur Streichung der §§ 129 und 129a

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat am 19.11.1984 einen Gesetzentwurf für die "ersatzlose Streichung der §§ 129, 129a StGB, der an § 129a StGB gekoppelten verfahrensrechtlichen Vorschriften sowie weiterer mit einem rechtsstaatlichen Strafprozeßrecht unvereinbarer Normen" eingebracht. In der allgemeinen Begründung heißt es u.a.: "Betrachtet man die zahlreichen im Windschatten der Anschläge der RAF und ähnlicher Gruppen seit Beginn der 70er Jahre ergriffenen Maßnahmen, ... so wird eine Entwicklung erkennbar ... Transformation ... von Schutznormen der Bürger gegen und gegenüber dem Staat zu Staatsschutznormen."

... Die 'Gerechtigkeit' wird nicht mehr als Mittel des Verfahrens begriffen, sondern zu dessen Ziel erklärt."

Der Staatsanwaltschaft wurden "Rechte eingeräumt, die bislang nur Richtern zustanden", z.B. im Ermittlungsverfahren Zeugen und Sachverständige auswählen und zur Aussage zu zwingen; bei Durchsuchungen Unterlagen und Briefe zu lesen; 'Bagatelldelikte' abschließend zu ahnden. Quellenhinweis: (1) Info-Mappe: Ermittlungen zu einer hannoverschen "terroristischen Vereinigung 'Wirtschaftswunderkinder'"; zu bestellen bei: Internationalismusbuchladen, Königsworther Str. 19, 3 Hannover. (2) Bundestagsdrucksache 10/2396 — (mak)

Karl Schwesig's "Schlegelkeller"

"Damit du später mal ein schönes Greuelmärchen malen kannst"

Vor dreißig Jahren starb der Maler und Zeichner Karl Schwesig im Alter von 57 Jahren. Anfang der zwanziger Jahre war er Mitglied der Künstlergruppe um Johanna Ey, "Junges Rheinland" (Pol.Ber. 13/85), trat danach der KPD bei und bildete mit Malerfreunden 1930 die Düsseldorfer Gruppe der "ASSO" (Assoziation revolutionärer bildender Künstler Deutschlands). Im Juli 1933 wurde er von den Nazis verhaftet und im Keller eines Getreidehauses der Düsseldorfer Schlegelbrauerei— von der SA kurz Schlegelkeller genannt— drei Tage und Nächte "verhört" (Bild unten). Die enthemmten SA-Sadisten, die ihre Quälereien in Goebbelscher Propagandamanier gleich selber als "Greuelmärchen" bezeichneten (Bild und Text oben), gaben Schwesig den zynischen "Auftrag", der ihm die Kraft gab, die Folterungen zu überleben: er mußte aus dieser Hölle lebendig wieder herauskommen, um sie mit seinen künstlerischen Mitteln darzustellen! Nach Untersuchungshaft, Hochverratsprozeß (mit 70 Mithäftlingen) und anschließender Haft kam er im November '34 wieder frei und begann, die "Greuelmärchen" aufzuzeichnen. Es entstand eines der eindringlichsten Kunstwerke gegen den Hitler-Faschismus: 48 Tuschezeichnungen (Feder und Spritztechnik) versah Schwesig mit knappen Untertexten und schrieb einen "Schlegelkellerbericht" dazu. 1935, im belgischen Exil, stellte er die Folge fertig. Anregungen für die Charakterisierung seiner Personen gaben ihm Zeichnungen, die er in der Haft von Wärtern und Mithäftlingen gemacht hatte. In Antwerpen ließ Schwesig seine Zeichnungen fotografieren und fertigte einige Buchentwürfe an, von denen einer erhalten ist. Nach ihm werden die heutigen Nachdrucke produziert, da die Originalzeichnungen verschollen sind. Bei etlichen Abbildungen entsteht deshalb leider eine Schwärzung der im Original dunkelgrau gespritzten Flächenteile und somit ein Verlust an Konturen. Schwesig fertigte einen weiteren Bilderzyklus aus der Haft an, bei dem dieses Problem nicht entsteht: eine Folge von Radierungen über das Lagerleben kriegsverstümelter spanischer Widerstandskämpfer in südfranzösischen Lagern, in die Schwesig 1940 nach dem Einmarsch der deutschen Faschisten in Belgien gebracht worden war; der Zyklus heißt: "Les Inutiles" (Die Nutzlosen).

Quellenhinweis: Karl Schwesig, Schlegelkeller, Verlag Frölich & Kaufmann, Düsseldorf, DM 29,80— (güv)



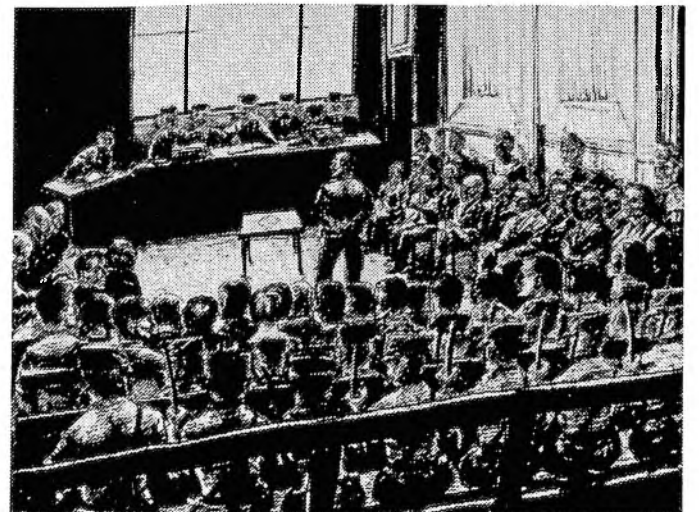
Stunden später in der Nacht wurde ich gerufen. Sie sagten: "Sieh dir das genau an, du Schweinehund. Dem haben wir ein schönes Hakenkreuz auf den Rücken gekloppt. Sieh dir das genau an, damit du später ein schönes Greuelmärchen malen kannst."



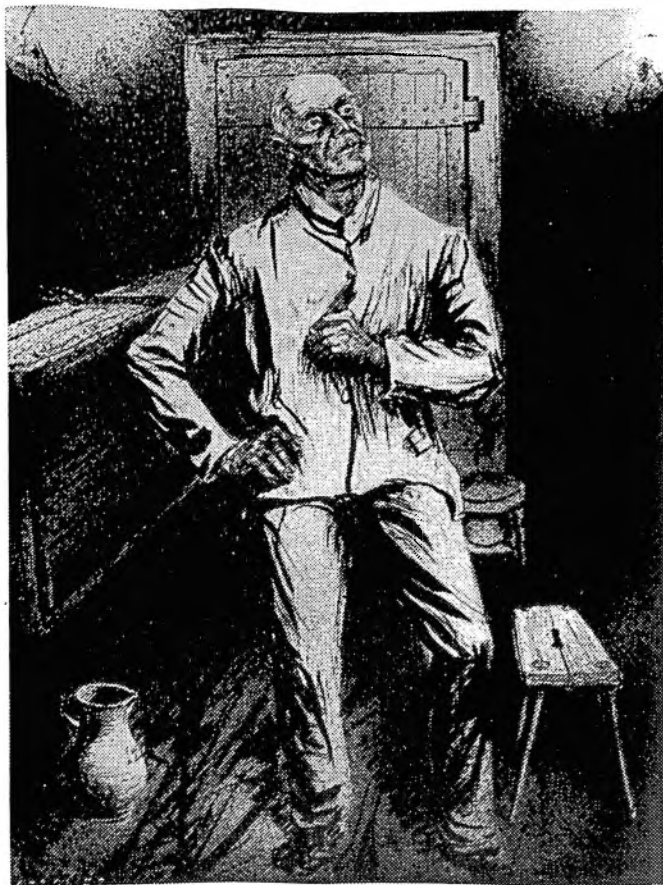
Neben uns in einem Bretterschlag war eine alte Frau gefangen. Sie sollte ein Schild durch die Straße tragen: "Ich habe die nationalsozialistische Presse für Geld verraten." Sie verweigerte jegliches Essen, und man versuchte es ihr mit Gewalt einzugeben.



Und nun wurde mir, da ich nach Meinung der Nazis als Intellektueller ein "Kopfarbeiter" war, der Kopf bearbeitet, mit zwei Peitschen (gespickt mit Messingknöpfen) und einem Ochsenziemer.



Hochverratsprozeß. Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Hauptangeklagte: "Meine Herren, ich kann Ihnen nur sagen, im SS-Keller auf der Königsallee floß das Blut wie in einem Schlachthof, wo man ohne Betäubung schlachtet."



Oft ein Jahr Einzelhaft.



Der Gerichtsassessor



Der Oberwachtmeister



Göbbels spricht: Die nationalsozialistische Revolution war die unblutigste der Weltgeschichte.

Technisches Landesmuseum Mannheim

Das "arbeitende Museum"
— für wen?

Im Mittelpunkt der Konzeption des Museums für Technik und Arbeit in Mannheim (TLM, Fertigstellung 1989) steht die Industrielle Revolution mit ihren Folgen auf alle Lebensbereiche der Gesellschaft. "Der Wandel der traditionellen Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft und deren andauernde Umformung im Gefolge technischer Innovationen unter landesgeschichtlichen Gegebenheiten" ist Leitfaden durch die Ausstellung.

Von der herkömmlichen Aufbereitung der Technikgeschichte wird bewußt abgerückt: "... es sollen nicht einzigartige Meisterwerke der Technik als faszinöse, glänzende Reliquien zur Ausstellung kommen, sondern Objekte und Aggregate aus der handwerklichen Praxis und industriellen Arbeitswelt, deren Entstehungsgeschichte und Verwertungszusammenhänge aufzuzeigen sind."

Keine Glasvitrinen mehr, sondern "arbeitendes Museum" — die Exponate in betriebsbereitem Zustand, der Besucher soll selbst damit produzieren können. Das ist neu, wie auch die Aufbrechung der üblichen systematischen Aufstellung ("Dampfmaschine", "Druckmaschine" usw.) zugunsten der Darstellung z.B. einer Fabrikhalle, in der mit diesen Maschinen produziert wurde. Die sozialen Zusammenhänge und Bewegungen sollen nicht ausgespart bleiben.

Darauf bezogen sich in erster Linie die Vorschauarbeiten, mit denen das TLM bedacht wurde. Inzwischen mehrten sich allerdings die Befürchtungen, es könnte doch nur das Hohelied auf schwäbisches Tüftlertum und wage- mutigen Unternehmerfleiß herauskommen. Zwei führende Mitarbeiter, der stellvertretende Museumsleiter und die Konservatorin, haben ihre Posten wegen inhaltlicher Differenzen aufgegeben. Der erste Direktor, der 1982 designiert wurde, hatte sein Amt erst gar nicht angetreten.

Der neue Direktor, Prof. Dr. Lothar Suhling, will das TLM im Einklang mit der Landesregierung unter das Motto stellen: "Arbeits- und Lebenswelt im Umbruch". Seine Logik führt ihn zwangsläufig zu ... den Mikroprozessoren. Das Landesmuseum soll ein "Ort aktuellen Interesses" werden, mit dem "ständigen Bemühen um eine aktualisierende Interpretation vergangener Erfahrungen".

Abgesehen davon, daß dieses Anliegen selbst nach bürgerlichem Verständnis der Geschichtswissenschaften fraglich erscheint (Ranke: "der Augenblick, so wie er gewesen ist"), fragt sich doch: welche Erfahrungen sind gemeint? Die der Arbeiter? Die der Kapitalisten? Oder nur die allgemeine Erfahrung, welch Segen die Industrialisierung für die Menschheit bedeutet hat, auch wenn sie das damals noch nicht überblicken konnte — geradeso wie heute mit den Mikroprozessoren? Damals gab es Maschinenstürmerei, die Eisenbahn wurde verflucht — aber der Fortschritt ist nicht aufzuhalten. Wenige Jahre nach dem Eisenbahnbau profitierte "die Menschheit" davon: die Fuhrunternehmer wurden nicht — wie befürchtet — arbeitslos, die Metallunternehmer fanden neuen Aufschwung durch die Produktion von Eisenbahnschienen, die Großagrarier aus dem Osten fanden neue Märkte für ihr Getreide und konnten den amerikanischen Weizen verdrängen. Der Arbeiter wurde mobil und konnte seine Arbeitskraft auf größeren Märkten anbieten.

"Aktualisierende Interpretation vergangener Erfahrungen" soll in diesem Zusammenhang wohl bedeuten, daß es keinen Sinn hat, sich gegen Rationalisierungen durch neue Techniken zu wehren, wegen des Fortschritts eben. Der Gedanke, der Fortschritt der Menschheit könne nicht in der Weiterentwicklung von Technik, sondern in der Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse liegen, kann in diesem Museum überhaupt nicht auftauchen. So wird das Interesse an der Technik und der Beschäftigung mit Technikgeschichte, das in der Bevölkerung in großem Umfang

vorhanden ist, in Dienst genommen für die Vermittlung einer Ideologie. TLM-Förderer Lothar Späth sieht die Aufgabe des Museums ganz ausdrücklich in der "Versöhnung von Mensch und Technik".

Auch das ist neu für ein Museum. Ältere Museen hatten sich andere Aufgaben gesetzt. Oskar von Miller, der Gründer des Deutschen Museums in München, wollte "die historische Entwicklung in der naturwissenschaftlichen Forschung, der Technik und der Industrie in ihrer Wechselwirkung zeigen und ihre wichtigsten Stufen durch herausragende und typische Meisterwerke veranschaulichen". Das älteste Technikmuseum in Deutschland, das kürzlich wiederentdeckte Verkehrs- und Baumuseum in Berlin, hatte die Absicht, vorwiegend praktischen Zwecken zu dienen, nämlich der Ausbildung des technischen Nachwuchses. Das funktionierte noch mit Glasvitrine.

Quellenhinweis: Konzeption des Landesmuseums für Technik und Arbeit in Mannheim, Landtagsdrucksache 9/1433 vom 2.4.85.– (peg)

Zur Funktion des subjektiven Rechts

Die "Menschenwürde" des Grundgesetzes

Das subjektive Recht umfaßt zum einen subjektives Privatrecht, d.h. die "ausschließliche individuelle Herrschaft über einen Gegenstand oder Lebensbereich mit der daraus resultierenden Befugnis, Dritte von der Einwirkung auf diesen privaten Herrschaftsbereich auszuschließen". (1) Zum anderen umfaßt es das subjektive öffentliche Recht, das nach klassischer liberaler Auffassung in der Ausgrenzung einer privaten Sphäre aus dem staatlichen Zwangsapparat besteht. Zu diesem Bereich gehören die Freiheitsrechte.

Schutz der "Intimsphäre" des Kapitalisten

Das subjektive Privatrecht fungiert als Mechanismus der Zuordnung von Lebensgütern aufgrund der privaten Verfügung über die gesellschaftlichen Ressourcen. Auf der Ebene des Äquivalententauschs hat danach jeder Warenbesitzer eine individuelle Eigensphäre, in der er über seinen Anteil an der Warenwelt frei verfügen kann.

Voraussetzung ist Privateigentum an Produktionsmitteln, daher Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln und den Produkten ihrer Arbeit und Veräußerbarkeit des Arbeitsvermögens. Nach Hobbes (1651) ist der Wert eines Menschen, "wie bei allen anderen Dingen, sein Preis, d.h. die Gegenleistung, die man für den Gebrauch seiner Macht zu erbringen bereit wäre. Es ist also kein absoluter Wert, sondern ein Wert, der abhängt von dem jeweiligen Bedarf und Urteil anderer". (2) Die Würde eines Menschen dagegen ist der Wert eines Menschen als Bürger. Bei Kant besteht die Würde in der Autonomie seines Willens, einem "inneren Wert" des vernunftbegabten Wesen, "das keinem Gesetze gehorcht, als dem, das es zugleich selbst gibt". (3)

Erst der Kapitalismus, in dem alles verfügbar, käuflich, entäußerbar ist, macht das Pathos der Forderung nach etwas Unverfügbarem, Absolutem erklärbar, das nichts anderes ist als die autonome Selbstbestimmung des Subjekts, seine Arbeitskraft zu veräußern.

Die Würde ist also nicht abgekoppelt von der Bestimmung des Werts eines Menschen. Er kann sie verlieren, wenn er sich nicht "marktkonform", "vernünftig" verhält.

Für den "Menschen als Arbeiter", also unter der Voraussetzung des Privateigentums, ist Arbeit jedoch nicht Leben, keine freie Lebensäußerung. Durch den Zwang zum Verkauf seiner Arbeitskraft ist seine Arbeit Lebensentäußerung, weil er arbeitet um zu leben, um sich ein Mittel des Lebens zu verschaffen; seine Subjektivität ist entäußert

bis dahin, daß die Arbeit ihm verhaßt ist, erzwungene Tätigkeit, die "nur durch eine äußerliche zufällige Not, nicht durch eine innere notwendige Not" ihm auferlegt ist (4): "Die Entfremdung des Arbeiters in seinem Gegenstand drückt sich ... so aus, daß je mehr ... Werte er schafft, er umso wertloser, um so unwürdiger wird ... Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, Zwangsarbeit." Seine Arbeitstätigkeit ist nicht seine Selbsttätigkeit, sie gehört einem anderen, "sie ist der Verlust seiner selbst". (5)

Der Kapitalist, der die Ware Arbeitskraft gekauft hat, beansprucht daher, damit zu machen, was er will, was seinen Interessen entspricht.

Hieraus ist die wesentliche Funktion des subjektiven Privatrechts bestimmt, die Preuß als "Internalisierung des Subjekts" bezeichnet: "Der Kauf der individuellen Arbeitskraft jedes einzelnen Arbeiters verschafft dem Kapitalisten nicht nur die Herrschaft über dieses individuelle Vermögen während der vereinbarten Arbeitszeit, sondern infolge der betrieblichen Arbeitsorganisation die 'kollektive Produktivität' der durch das Kapital assoziierten Produzenten. Sein Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln hat hier vollends seinen Charakter als Sachherrschaft verloren und erweist sich als soziale Herrschaft ... Die Organisationsgewalt über die Kooperation der Individuen verwandelt Bestandteile ihrer Subjektivität ... in eine Funktion des Betriebszusammenhangs, der freilich nicht mehr ihr eigener ist". (6)

Es handelt sich dabei um den Vorgang der "Subsumierung der die Subjektivität eines Individuums begründenden 'Sphäre' (die des Arbeiters, d.Verf.) in den subjektiven Bereich eines anderen" (den des Kapitalisten). (7) "Treue und Loyalität" heißt demnach nichts anderes als: Identifizierung mit den Kapitalverwertungsinteressen.

Dieser Aspekt des subjektiven Eigentumsrechts bekommt zunehmend Bedeutung im Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Die Aktiengesellschaften haben als juristische Personen ebenfalls subjektive Rechte. (8) Welche Folgen der Prozeß der Internalisierung zeitigt, sei an einem Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart erläutert. In diesem Urteil, das auf einer Auseinandersetzung zwischen dem Schriftsteller Delius und der Siemens AG wegen einer in Form einer Dokumentarserie geäußerten Kritik an der Siemens AG fußte, wird ausgeführt, daß diese Kritik "geeignet ist, den Kredit eines anderen zu gefährden oder sonstige Nachteile für dessen Erwerb oder Fortkommen herbeizuführen". (9) Der juristischen Person Siemens AG wird hier eine "Intimsphäre" zugesprochen. An die Stelle des Namens der natürlichen Person tritt der Firmenschutz, an die Stelle der Ehre der Schutz des Rufes, an die Stelle des Schutzes der Intimsphäre der Schutz der "Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse". Dadurch wird ein Betrieb mit weltweit über 200000 Arbeitern sowie seine gesamte Geschichte einer öffentlichen politischen Diskus-



Demonstration gegen die Notstandsgesetze 1968

sion entzogen, indem beides zum verfassungsrechtlich geschützten Persönlichkeitsbereich erklärt wird.

Das "Institut Eigentum"

Das subjektive öffentliche Recht bezeichnet nach liberaler Auffassung den Schutz einer "individuellen Eigensphäre" vor ungesetzlichem staatlichen Zwang (so daß diese "Sphäre" von Anfang an nicht schlechthin der öffentlichen Gewalt entzogen war) In der Weimarer Republik erfuhr diese Bestimmung der Freiheitsrechte als Abwehrrechte folgende Konkretisierung. Das in der Weimarer Verfassung gewährleistete Eigentumsrecht, das Erbrecht, die Vertragsfreiheit und die Ehe bedeuteten, "daß sie dem Reich der Weimarer Verfassung die Legitimität eines Kultursystems geben, das die bisherige bürgerliche Rechtsordnung in ihren Kerninstitutionen . . . festhält und dadurch die für das bürgerliche Zeitalter bezeichnendste und wichtigste Legitimitätsquelle enthält". (10) Carl Schmitt bezeichnete Ehe, Eigentum, Erbrecht als "Institute" in dem Sinn, "daß die Gewährleistung subjektiver Rechte der Gewährleistung der Institution untergeordnet ist und ihr zu dienen hat, daß also der institutionelle Gesichtspunkt und nicht das individualistisch-egoistische Interesse des subjektiv Berechtigten entscheidet". (11) Erbrecht, Ehe, Eigentum hätten sich über eine lange Zeit als beständig erwiesen; sie bildeten daher "soziale Ideen", die den nationalen Zusammenhang des deutschen Volkes ausmachten. Die Legitimität der wilhelminischen Monarchie war verspielt worden. Die neue Legitimität sollte in einer der Legalität vorgelagerten, vorpositiven Werteordnung bestehen.

Die Befugnisse des Gesetzgebers erfahren nach dieser Auffassung eine Beschränkung dadurch, daß z.B. die Eigentumsgarantie nicht nur Schutz vor ungesetzlichen staatlichen Eingriffen in das Eigentum des einzelnen bedeutet, sondern positive Verpflichtung des Staates auf Sicherung der Eigentumsordnung; jeder Eingriff in die Ökonomie müsse daher "privatrechtskonform" sein.

Auch das subjektive öffentliche Recht bewirkt eine Internalisierung, da jedes Rechtssubjekt dem "Institut Eigentum" verpflichtet ist und seine eigenen Grundrechte, wie etwa das Recht auf Meinungsfreiheit, dieser "sozialen Idee" untergeordnet sind. Die Privateigentumsordnung wird zum existentiellen Inhalt des "deutschen Volkes", der für "unverjährbar" erklärt wird, zu einer nicht weiter zu rechtfertigenden Substanz; die Legalität wird zur bloßen Form, deren Inhalt die "Grundwerte" der Bourgeoisie sind.

Grundrechte = Würdigkeitsrechte Keine Rechte den Feinden der Freiheit

Mit dem Grundgesetz wurde der Versuch unternommen, anknüpfend an Schmitt und Smend unter Beibehaltung der legalen Formen die beschriebene Legitimität der "Werteordnung" festzuschreiben.

Die "Grundwerte bilden die freiheitliche demokratische Grundordnung, die das Grundgesetz innerhalb . . . der 'verfassungsmäßigen Ordnung' . . . als fundamental ansieht. Dieser Grundordnung liegt letztlich . . . die Vorstellung zugrunde, daß der Mensch in der Schöpfungsordnung einen eigenen selbständigen Wert besitzt und Freiheit und Gleichheit dauernde Grundwerte der staatlichen Einheit sind". (12) Der "oberste Verfassungswert" ist danach die Menschenwürde, deren Ausfluß die Grundrechte sind. Art. 2 I GG ("Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit") wurde vom Bundesverfassungsgericht zudem zum "Muttergrundrecht" (13) erklärt; es garantiere die "allgemeine individuelle Handlungsfreiheit im weitesten Sinn", so daß die anderen Grundrechte nur Konkretisierungen dieser Handlungsfreiheit seien, was heißt, "daß es kein menschliches Handeln gibt, das grundrechtlich nicht erfaßt wäre". (14) Wesentlich hierbei ist, daß v.a. die "Bewegungsfreiheit" des Kapitalisten zu Art. 2 I gehört.

Da nun die Grundrechte als Emanationen der Menschenwürde zu obersten Verfassungswerten erklärt werden, bindet Art. 2 I den Gesetzgeber, der selbst diesen Werten unterliegt, zur Durchsetzung und Verteidigung der Verfas-



Thomas Hobbes (1651), Leviathan: "Keine Macht auf Erden ist dieser vergleichbar."

sungswerte, da jedes Gesetz im Einklang mit diesen Werten stehen müsse. Legalität der Verwaltung wird zu einem bloßen Mittel des "Verfassungsvollzugs", Politik zur "Grundrechtspolitik", und ein noch so legales Verhalten wird bedroht mit der Verwirkung von Grundrechten, dem Verbot von Parteien und Vereinigungen, wenn damit die "Grundwerte" bekämpft werden. Wer die Meinungsfreiheit dazu benutzt zu behaupten, es gebe keine volle Meinungsfreiheit in der BRD, "mißbraucht" diesen Grundwert. (15) Auch das Asylrecht kann nach Art. 18 GG "verwirkt" werden, wenn es zum Kampf gegen die fdgo benutzt wird.

Grundrechte sind damit zu "Würdigkeitsrechten" deklariert worden. Eine Hierarchie von Werten (Menschenwürde / "allgemeine Handlungsfreiheit" / Konkretisierung in Einzelgrundrechten) und die Subjektivierung des Prinzips der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung machen es zudem möglich, diese Werte gegeneinander abzuwägen. In der kürzlich ergangenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz wird abgewogen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gegen den Verfassungswert der "wirksamen militärischen Landesverteidigung". (16) Im "Ernstfall" können die Rechte auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit voll und ganz etwa der "wirksamen militärischen Landesverteidigung" unterworfen werden, ohne daß auch nur ein Buchstabe der Verfassung geändert zu werden bräuchte.

Und eine Verletzung der Menschenwürde liegt nicht schon dann vor, wenn "der Mensch zum bloßen Objekt der Staatsgewalt herabgewürdigt wird". Es muß eine staatliche Behandlung dazukommen, "die seine Subjektqualität prinzipiell in Frage stellt". (17) Danach ist lediglich — noch — Folter verboten. Zum Schutz der "Gemeinschaft der rechtstreuen Bürger" wird so der Einsatz jeglicher staatlicher Gewalt gegen die "Verfassungsilloyalen" gerechtfertigt.

Quellenhinweis: (1) U.K. Preuß, Die Internalisierung des Subjekts, Frankfurt 1979, S. 13; (2) Th. Hobbes, Leviathan, 1965, S. 68; (3) I. Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Werke Bd. 7, S. 67; (4) Marx, Aus den Exzerptheften, in: Marx-Engels Studienausgabe, Frankfurt 1971, Bd. 2, S. 262; (5) Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: ebda., S. 78f.; (6) Preuß, a.a.O., S. 47f.; (7) ebda., S. 44; (8) hierzu näher Preuß, a.a.O., S. 69ff.; (9) § 824 BGB, OLG Stuttgart, in: NJW 76, 628ff.; (10) Smend, Verfassung und Verfassungsrecht, in: Staatsrechtliche Abhandlungen, 1968, S. 266; (11) C. Schmitt, Freiheitsrechte und institutionelle Garantien der Reichsverfassung, in: Verfassungsrechtliche Aufsätze, 1958, S. 149; (12) BVerfGE 2, 12; (13) BVerfGE 6, 32ff.; (14) Grabitz, Freiheit und Verfassungsrecht, 1976, S. 118; (15) BVerfGE 28, 49f.; (16) in: Europäische Grundrechte 85, 193ff.; (17) BVerfGE 30, 25f. — (ulb)

Steuerpolitik

Reaktionär durch und durch: Kollektiv-Versicherungen beseitigen individuelles Eigentum fördern, die Armen sollen's zahlen

Die Diskussion um die vom Bundestag am 24. Mai mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossene Änderung des Lohn- und Einkommensteuertarifs hält an, wird allerdings nahezu vollständig von bürgerlichen Positionen bestimmt. Der Streit über die zeitliche Abfolge der Steuerentlastung zwischen Kohl und Stoltenberg einerseits und Strauß und Genscher andererseits füllt die Spalten der bürgerlichen Zeitungen. Die SPD-Opposition, der sich der DGB weitgehend angeschlossen hat, erntet Spott und Hohn, die demagogische Kritik der Reaktion an den Sozialdemokraten als Verursachern der Staatsverschuldung und daraus folgender Steuerplünderung ist verbreitet.

Sobestehende eine Lage, in der eine Oppositionspolitik mit Forderungen zur Besteuerung und einer Taktik zu ihrer Durchsetzung gar nicht möglich scheint. Das könnte sich aber ändern, wenn die Kritik an der gegenwärtigen Steuerpolitik, die ja mit der Steuerreform 1986/88 keineswegs beendet wird, entwickelt wird. Warum muß die konservativ-liberale Steuerpolitik kritisiert werden? Weil sie reaktionär ist, und reaktionär ist sie, weil sie dazu dient, jede Form der kollektiven und solidarischen Absicherung zu zerstören, und stattdessen eine rücksichtslose Förderung des bürgerlichen Eigentums betreibt. Dazu im folgenden einige Untersuchungen und Anhaltspunkte.

Steuern senken in zwei Stufen (CDU)? Oder doch in einer (CSU und FDP)? Oder lieber gar nicht (SPD)?

In knapp einem halben Jahr wird die erste Stufe der von Kohl als Jahrhundertreform bezeichneten Senkung der Lohn- und Einkommensteuer in Kraft treten. Die zweite Stufe soll dann am 1.1. 1988 wirksam werden. Die gesamte Entlastungssumme beträgt rund zwanzig Milliarden DM, davon kommen elf Milliarden DM auf das kommende Jahr. Die Summe ist zwar gering verglichen mit den seit der letzten Tarifreform 1981 um über 30 Milliarden DM gestiegenen Staatseinnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer, gering auch verglichen mit dem in diesem Jahr erneut durch Dollarspekulation in die Staatskasse fließenden Bundesbankgewinn von rund 13 Milliarden DM. Der Entlastungsbetrag ist aber nach Meinung von Kohl und Stoltenberg hoch genug, um die Wählerschaft der Unionsparteien und der FDP zufriedenzustellen und sie bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 zum richtigen Kreuzemachen zu bewegen.

Im Lager der Regierungsparteien besteht Einheit über den Zweck der Steuerreform. Die Eigentumsbildung, die dadurch in den Mittelschichten angestoßen und beschleunigt wird, soll die materielle Grundlage abgeben, auf der eine chauvinistische und arbeiterfeindliche Mobilisierung gedeihen kann, die zum Mandat für weitere vier Jahre CDU/CSU/FDP-Regierung führt.

Zwischen CDU einerseits und CSU und FDP andererseits ist aber weiterhin umstritten, ob bei einem eventuell zu erwartenden Zusammenbruch der gegenwärtigen Konjunktur die bereitgestellte Summe zur Integration und Befriedung der von einer Krise mitbetroffenen Schichten von Kleineigentümern ausreicht. So hält die Diskussion um die Steuerreform innerhalb der Regierungskoalition an. Die FDP, die sich in den kommenden Wahlen als

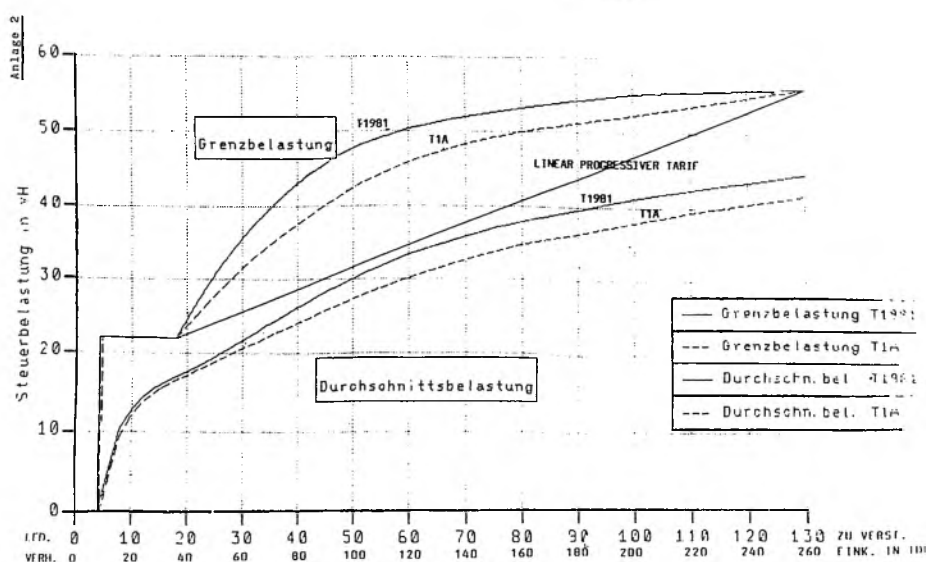
"Steuersenkungspartei" profilieren will, hat Anfang August durch ihren Generalsekretär Haussmann erneut die Steuerentlastung in einer Stufe bereits für 1986 gefordert: "Wenn sich im Herbst die Notwendigkeit ergeben sollte, konjunkturell etwas zu tun, wäre eine Steuersenkung in nur einem Zuge eine große Möglichkeit, die Kaufkraft anzuheben." Zugleich hat die FDP für den Fall eines nochmaligen konservativ-liberalen Wahlsieges eine weitere Senkung der Lohn- und Einkommen- sowie der Unternehmenssteuern angekündigt.

Auch die CSU hatte sich bei der Verabschiedung des neuen Steuertarifs für den Herbst nach Prüfung der Arbeitsmarkt- und Konjunkturdaten

ein Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerreform vorbehalten.

Die SPD-Opposition macht sich scheinbar zum Fürsprecher jener Schichten der Arbeiterbevölkerung, die als Rentner, Arbeitslose, Teilzeitarbeiter oder mit einem nicht förderungswürdig erachteten Familienstand von der Steuerreform wenig bis gar nichts zu erwarten haben. Mit dem Schlagwort "Umverteilung von unten nach oben" greifen die Sozialdemokraten die Konservativ-Liberalen an und fordern von der Regierung, daß wenigstens die Hälfte, noch besser die gesamte vorgesehene Entlastungssumme als Staatsausgaben für Soziales, insbesondere zur Beschäftigungsförderung, verwandt werden sollte. FDP und Union antworten darauf mit demagogischen Hinweisen auf die von den Regierungen Schmidt und Brandt enorm gesteigerte Steuerlast gerade auch für wenig verdienende Lohnabhängige und daß alle Beschäftigungs-

Tarifvergleich T1981 mit T1A (1988)



Die Steuerbelastung vor und nach der 1986/88er-Reform: Eine Darstellung aus dem Ministerium Stoltenbergs. Die Steuerentlastung in den unteren Einkommen ist minimal und wird bald durch die Progression hin sein, in den oberen Einkommen dagegen soll die Vermögensbildung steuerlich schwungvoll gefördert werden.

programme nur zu mehr Arbeitslosen geführt hätten.

So bleiben die reaktionären Absichten der Regierungskoalition ohne jede Kritik. Die SPD ist dazu unfähig, denn sie hält an ihrer damaligen Regierungspolitik fest, die, wie wir im folgenden noch genauer zeigen werden, die Grundlagen für die jetzige Steuerpolitik geschaffen hat.

Die GRÜNEN im Bundestag liefern die nötige Kritik ebenfalls nicht. Sie forderten lediglich eine Anhebung des Grundfreibetrages, so daß wenigstens 650 DM im Monat steuerfrei bleiben, zu wenig, um die Absicht der Reaktion nach Finanzierung des Staats durch

die Armen anzugreifen. Das Betrügerische an der Stoltenberg'schen Reform, die die Progressionswirkung des Tarifs bestehen läßt, findet bei den GRÜNEN keine Erwähnung, obwohl das doch vielleicht dem einen oder anderen auffallen müßte, da der KBW seinerzeit bei der sozial-liberalen "Großen Steuerreform" 1975 entsprechende Enthüllungen machte.

Tatsächlich muß noch einmal auf die Steuerpolitik der SPD/FDP-Regierungen zurückgekommen werden, um die jetzige konservativ-liberale Steuerpolitik verstehen und kritisieren zu können.

worden. Damit wurden Versicherungsansprüche von Lohnabhängigen in staatliche Almosen verwandelt, die von der Haushaltslage abhängen – eine Tatsache, mit der die Arbeiterbevölkerung seit dem Regierungsantritt Helmut Schmidts mit "Haushaltsstrukturgesetzen" und ähnlichem immer wieder leidvolle Erfahrungen machen mußte.

Die Annahme von der ständig blühenden Wirtschaft erwies sich als Trugbild. Die Kapitalakkumulation stockte, und bereits Willy Brandt verkündete in seiner Regierungsrede 1972 die Ära der "Reformen, die nichts kosten". Stattdessen ergab sich dann der "Sachzwang" für "Investitionshilfeprogramme", die der kapitalistischen Profitmacherei aufhelfen sollten. Es versteht sich, daß daher auch allerlei Steuervergünstigungen fürs Geschäft nötig waren. So war bald mit dem Mißverständnis aufgeräumt, die "Umverteilung" solle dem Kapital höhere Steuern abverlangen, um staatlich vermittelte Reproduktionskosten der Arbeiterbevölkerung zu finanzieren. Das Gegenteil trat ein: Lag der Anteil der Steuern auf Kapital und Vermögen 1969 noch

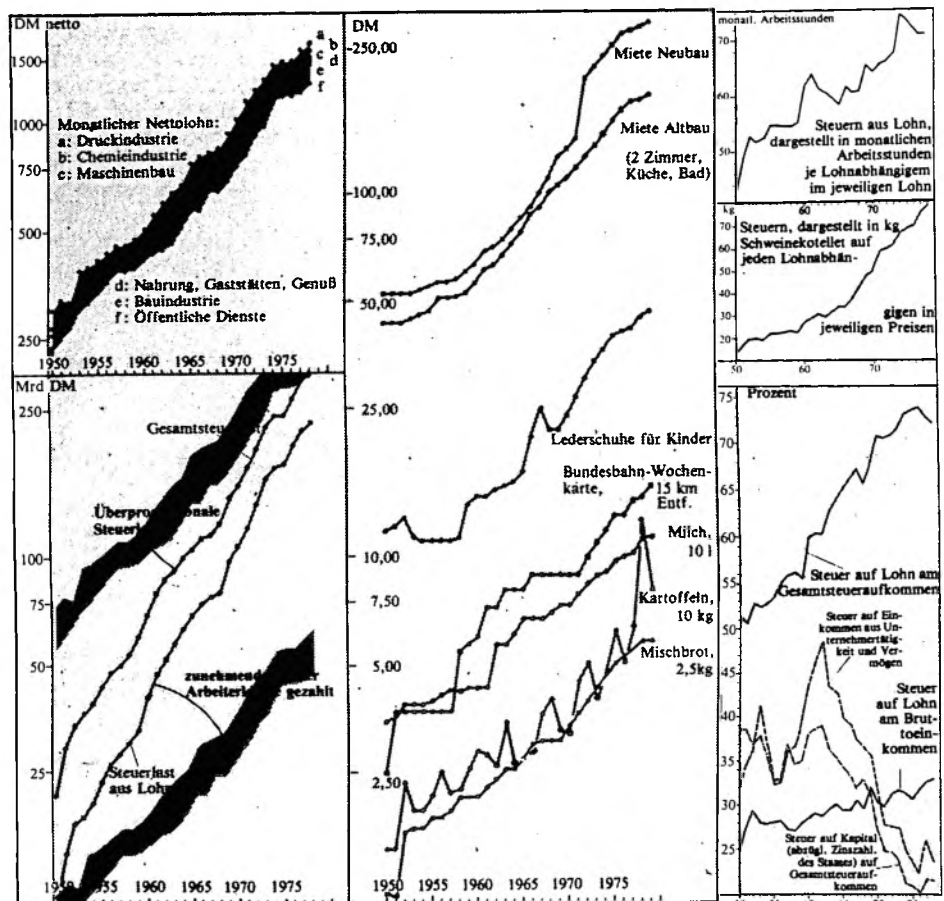
SPD-Steuerpolitik: Eigentumsbildung über Staatsschuld. Steigende Versicherungszuschüsse aus Lohnsteuern

Die sozialdemokratische Steuerpolitik hängt eng mit der Vorstellung vom allgemeinen Wahlrecht als Hebel für die Beglückung der Arbeiterklasse zusammen. Der Lohn steigt, die Arbeiter zahlen mehr Steuern und, so die reformistische Schnapsidee, vermittelt des allgemeinen Stimmrechts sorgen sie auch für die rechte Verwendung ihrer Gelder, das Glück steigt. Der tatsächliche Verlauf war anders.

Die Einbindung von lohnabhängiger Bevölkerung in die Staatsfinanzierung durch direkte Steuern auf das Lohneinkommen ergab sich zunächst mehr oder weniger naturwüchsig mit der zunehmenden Spreizung der Lohnhierarchie: In dem Maße, wie den höheren Rängen der Lohnabhängigen Gelder zufließen, die über die unmittelbare Reproduktion hinaus die Bildung von Eigentum erlaubten, lag die Heranziehung zur Einkommensteuer nahe. So war in etwa die Lage nach Gründung der BRD: Lohneinkommen bis zum Facharbeiter etwa unterlagen keiner direkten Besteuerung, nur darüber liegende Einkommen aus abhängiger Beschäftigung wurden zur Lohn- bzw. Einkommensteuer herangezogen. Es war insbesondere die Steuerpolitik der SPD/FDP-Koalition, die im Verlauf der siebziger Jahre dazu führte, daß heute selbst ein Lehrling mit 600 DM im Monat 6,90 DM Steuern abführen muß, ganz zu schweigen von den ebenfalls gestiegenen indirekten Steuern, die selbst auf den Konsum der Allerärmsten erhoben werden.

Die Schlagworte für die Steuerpolitik der SPD/FDP-Regierung waren "Eigentum für alle" und Überwindung des Gegensatzes von "privatem Reichtum" und "öffentlicher Armut". Bei blühender Wirtschaft könnte die Arbeiterbewegung höhere Löhne herausholen (der Staat sei zwar neutral, aber ...), höhere Steuern täten dann nicht weh und halfen all jenen, die noch hinter dem allgemeinen Wohlstand zurückgeblieben wären. Die wachsenden Steuern führten zu einer

Umverteilung und damit sozial gerechteren Gesellschaft. Man konnte daher hören, höhere Steuern seien nötig, um Wohngeld, Kindergeld, Sozialhilfe, Rentenzuschüsse usw. bezahlen zu können, das sei die Verwirklichung des Sozialstaates, die "soziale Demokratie". Die Wirklichkeit war aber:



Aus: Flugschrift des KBW gegen die Mehrwertsteuererhöhung, 1979

Eine Reihe von Leistungen, die in die Versicherungen gehört hätten, und auch über die Beiträge in die Versicherungskassen finanziert, sind von der SPD/FDP-Regierung als Leistungen aus dem Staatshaushalt, finanziert durch Steuern, festgeschrieben

bei rund 21% der gesamten Steuereinnahmen von Bund und Ländern, war er am Ende der sozialliberalen Regierungen 1982 auf 18% gesunken. Faktisch mußte so die Arbeiterbevölkerung für Kosten der Kapitalakkumulation aufkommen. Die staatliche Finanzierung

Ronald Reagans "Amerikanische Steuerreform": Da gerät Stoltenberg in's Schwärmen!

Ronald Reagan habe "ein mutiges Konzept einer Steuerreform vorge-schlagen, das ... Wachstum durch Steuerentlastung schaffen will, ohne das Defizit des Staates zu vergrößern", meldete am 31.5. das "Handelsblatt". Tags zuvor hatte Reagan in einer landesweiten Rundfunk- und Fernsehansprache seine neue "amerikanische Steuerreform" angekündigt. Die bestehende Einkommenssteuer sei "eine Quelle endloser Konfusion und Verärgerung geworden", an ihre Stelle müsse eine Steuer treten, die "klar, einfach und gerecht für alle ist". Reagan wörtlich: "Der Tod und Steuern mögen unvermeidbar sein, aber ungerechte Steuern sind nicht unvermeidbar. Die erste Amerikanische Revolution wurde von einer unerschütterlichen Gewißheit angetrieben: Daß Besteuerung ohne gewählte Vertretung Tyrannei ist. Zwei Jahrhunderte später gewinnt eine zweite amerikanische Revolution der Hoffnung und der Möglichkeiten an Kraft – eine friedliche Revolution, aber geboren aus einem populären Widerwillen gegen ein Steuersystem, das unklug, unerwünscht und unfair ist."

Dieses System soll nun durch eine neue Steuerformel ersetzt werden, mit folgenden Ergebnissen:

– Erstens: Die Steuerlast der Kapitalisten und aller Bezieher hoher und höchster Einkommen sinkt. Zu diesem Zweck wird der Spitzensteuersatz für höchste Einkommen von 50 auf 35% gesenkt, die Körperschaftssteuer von 46% auf 33%. Reagan will, "daß amerikanische Unternehmen das Leuchtfeuer des Unternehmertums und der Produktivität bleiben, das die Welt zu besseren

Zeiten führen kann und wird."

– Zweitens sollen Lohnabhängige mit Einkommen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze weniger oder keine Einkommenssteuer zahlen. Reagan: "Steuern für die Armen und die Alten werden weniger werden oder sogar ganz abgeschafft werden."

– Auch andere Steuerpflichtige sollen weniger Steuern zahlen. Reagan: "Indem jedermanns Steuersatz sinkt, überall auf der Einkommensskala, wird jeder von uns einen größeren Anreiz haben aufzusteigen, sich hervorzutun, Amerika wachsen zu helfen."

– Schließlich soll trotz dieser Steuererleichterungen für fast jeden die Reform dennoch "aufkommensneutral" sein, sprich: Die Steuereinnahmen des Bundes bleiben am Ende genauso hoch wie vor der Reform.

Wie das? Die Antwort ist: Durch einen brutalen Steuerzugriff auf alle Versicherungszahlungen an Lohnabhängige, durch Steuererhöhungen für Familien, in denen beide Elternteile lohnabhängig sind, durch die weitere Zentralisation des Steueraufkommens in den Händen des Bundes.

Im einzelnen: Bislang mußten Lohnabhängige und Kapitalisten mit Einkommen oberhalb der Steuerfreibeträge progressiv steigende Einkommenssteuersätze zahlen. Der niedrigste Steuersatz war 11%, der höchste 50%. Künftig will Reagan diesen progressiv steigenden Tarif durch drei Steuersätze ersetzen: 15% bei zu versteuernden Einkommen von 2900 bis 18000 Dollar im Jahr, 25% bei Einkommen von 18000 bis 42000 Dollar, und 35% bei Einkommen darüber.

Gleichzeitig sollen die Freibeträge fast verdoppelt werden. Bisher galt für Ledige ein Steuerfreibetrag von

1080 Dollar im Jahr (nach Kaufkraft entspricht ein Dollar ca. 2 DM), für Verheiratete 2160 Dollar und für jedes Kind 1080 Dollar. Künftig sollen Einkommen bis 2000 Dollar (Ledige), 4000 Dollar (Verheiratete) sowie 2000 Dollar je Kind steuerfrei sein. Für eine vierköpfige Familie mit nur einem Lohnabhängigen steigt so der Freibetrag von bisher 4320 Dollar im Jahr auf 8000 Dollar – eines der Standardbeispiele Reagans für die "Entlastungswirkung" seiner Reform.

Diese scheinbar allgemeine Steuer-senkung für die Lohnabhängigen und für die Kapitalisten soll ergänzt werden durch zusätzliche Senkungen auch der Unternehmenssteuern. Die Körperschaftssteuer soll von maximal 46% auf 33% sinken, Kapitalgewinne, also Gewinne, die nicht an die Eigentümer ausgeschüttet werden, sollen nur noch zur Hälfte besteuert werden. Der effektive Körperschaftsteuersatz für solche Gewinne sinkt also sogar auf 16,5%. Diese Senkung der Körperschaftssteuer werde insbesondere "wenig kapitalintensive(n) Branchen, wie High tech-("Hochtechnologie-", d. Verf.) Produzenten und Dienstleistungsbetriebe(n)" zugutekommen, schreibt das "Handelsblatt". Sämtliche Steuererleichterungen für einzelne Branchen sollen dagegen aufgehoben werden, ausgenommen solche, die "aus Gründen der nationalen Sicherheit" (Reagan) unverzichtbar sind. Steuersenkungen insbesondere für Rüstungsbetriebe und "Arbeitsplatzbeschaffer"-Unternehmen vom Typus McDonald ist die Devise.

Um trotz dieser Steuersenkung insbesondere für die Kapitalisten, aber auch für Bezieher hoher und höchster Einkommen, die Reform "aufkommensneutral" zu gestalten, hat Reagan seine Steuerreform mit einer Fülle von Gemeinheiten gegen die Lohnabhängigen verbunden. Unter der Pa-

Haushaltsdaten der USA – in Mrd. Dollar –

	1976	1980	1984
Ges. Einnahmen	298,1	517,1	666,5
– Einkom.-Steuern	131,6	244,1	296,2
– Vers.-Beiträge	90,8	157,8	241,7
– Ind. Steuern	34,3	50,6	71,8
– Kapitalsteuern	41,4	64,6	56,9
Ges. Ausgaben	371,8	590,9	851,8
– Rüstung	89,6	134,0	227,4
– Sozialvers.-Ausg.	89,7	150,6	235,8
– Zinsausgaben	26,7	52,5	111,1
Bundesschulden	631,9	914,3	1576,7

Quelle: US-Budget 1986



Reagans Steuerreform und wem sie dient: Die US-Staatsschuld ist seit Reagans Amtsantritt 1980 fast auf das Doppelte gestiegen, bis zum Ende seiner Amtszeit wird sie verdreifacht sein. Kapitalisten und Bezieher höchster Einkommen, die schon bisher den Zins auf die Staatsschulden kassierten, bekommen nun auch noch die Steuern gesenkt.

role "Beseitigung von Schlupflöchern" verwandelt er sämtliche Unglücke, die die kapitalistische Produktion für die Lohnabhängigen gesetzmäßig und in brutaler Regelmäßigkeit bereithält, in ebenso viele neue Steuerfälle. Im einzelnen:

- Arbeitslosengeld und Invalidenrenten – ausgenommen die Renten ehemaliger Soldaten – sollen künftig besteuert werden.

- Der Freibetrag für "Doppelverdiener"-Haushalte entfällt. Nach Berechnungen des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO bedeutet das, daß Familien, bei denen beide Eltern lohnabhängig sind und die Einkommen zwischen 25000 und 50000 Dollar im Jahr haben, künftig nicht weniger, sondern mehr Steuern zahlen.

- Die Möglichkeit, Zinsschulden steuermindernd geltend zu machen, wird auf 5000 Dollar im Jahr halbiert. Auch diese Maßnahme wird die Steuer in den unteren und mittleren Einkommen anheben statt senken.

- Krankenversicherungsbeiträge werden künftig besteuert. Auch hier wird die Folge sein: Wer schwer arbeitet und hohe Krankenversicherungsbeiträge zahlt, wird künftig zusätzlich auch noch stärker besteuert.

- Schließlich will Reagan die Abzugsmöglichkeit von Aufwendungen für Fahrten zum Arbeitsplatz und für Verpflegung halbieren, sämtliche "workers compensations"-Einkommen aber besteuern – das sind Renten, die die Kapitalisten wegen erwiesener Verantwortung für die Zerstörung der Gesundheit der Lohnabhängigen zahlen müssen, wie z.B. die Staublungen-Rente für Bergleute.

Schließlich soll die bisher bestehende Möglichkeit, lokale oder einzelstaatliche Einkommenssteuer von der Bundessteuer abzuziehen, beseitigt werden. Die Zentralisation aller Steuermittel in den Kassen des Bundes wird so vorangetrieben, gleichzeitig steigt der Druck auf Gemeinden und Einzelstaaten, ihrerseits die indirekten Steuern zu erhöhen.

Der US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO hat Reagans Steuerplan in ersten Stellungnahmen als "unfair" angegriffen, gleichzeitig aber "konstruktive und praktikable" Alternativen angekündigt, um Reagans Ziel einer "gerechten Steuer" dennoch zu erreichen helfen. Zu befürchten ist, daß eine solche Opposition gegenüber den massiven Bereicherungswünschen der Kapitalisten nicht viel erreichen wird.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 31.5.85; AFL-CIO-News, 1.6. bis 15.6.85; The Presidents Tax Proposals to the Congress for Fairness, Growth, and Simplicity, Washington, 28.5.85; Wireless Bulletin, Ausgaben vom 31.5. und 21.6.85

von Gemeinkosten des Kapitals verlangsamt den Fall der Profitrate und führte so zur beschleunigten Akkumulation von Kapital. Die Übernahme der Kosten für Forschung, die Abdeckung der Risiken beim Kapitalexport – um nur zwei wichtige Bereiche zu nennen – durch den Staat führte zur Eigentumsmehrung vor allem bei den Monopolen.

Zugleich schien es der SPD an der Regierung angebracht, für "äußere und innere Sicherheit" zu sorgen, der Staatsapparat wurde aufgebläht. Für Kapitalförderung und Ausdehnung des öffentlichen Dienstes reichten aber selbst die gesteigerten Steuereinnahmen nicht aus, zugleich mit der Steuerlast wuchs die Staatsverschuldung.

Damit fand eine weitere Umverteilung der aus der lohnabhängigen Be-

völkerung gepreßten Steuern statt, nämlich hin zu allen überschüssiges Geldvermögen besitzenden Klassen. Die zunehmende Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte verschaffte den in Staatspapieren anlegenden Kreditgebern mit den Zinsen einen ständig größeren Anspruch auf Staatseinnahmen.

Somit erreichte die sozialdemokratische Politik der Klassenversöhnung ihren vorläufigen Höhepunkt: Die Arbeiterklasse hatte nicht nur – wie erstmals bei der Gewährung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion 1914 zugestanden – für die Kosten der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie aufzukommen, sondern auch zur Eigentumsbildung aus Lohngeldern bei den besitzenden Klassen beizutragen.

Die demagogische Kritik der Reaktion an der Steuerlast gegen Versicherungsansprüche der Lohnabhängigen

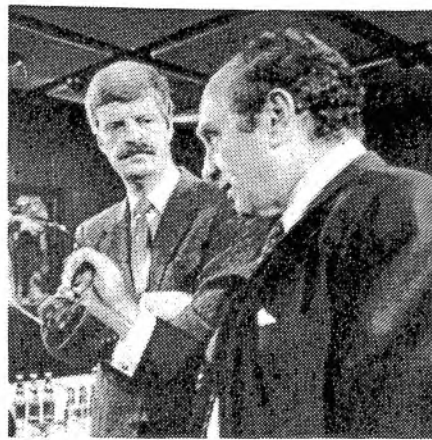
Obwohl die sozialliberalen Regierungen, wie beschrieben, viel zur "Umverteilung" von Steuergeldern aus den lohnabhängigen Klassen hin zu den vermögenden Klassen getan haben, war ihre Steuerpolitik einer ständigen Kritik aus den von den Sozialdemokraten als "Besserverdienenden" bezeichneten Kreisen ausgesetzt. Diese Kritik richtete sich zunächst vor allem

und erschwert wurde.

Man kann sagen, daß wachsende Steuerlast und steigende Staatsschuld wesentlich zur Ablösung der sozialliberalen Regierung Schmidt/Genscher durch die konservativ-liberale Regierung Kohl/Genscher geführt haben. Die Unionsparteien verstanden es, diese Schichten mit der Aussicht auf "weniger Staat" und Konsolidierung des Staatshaushaltes zu mobilisieren. Die Arbeiterbewegung wurde dabei isoliert und schuldig gesprochen für das Betreiben des Staatsbankrotts durch immer wachsende unerfüllbare Ansprüche an den Sozialstaat. Der Versuch der Gewerkschaften, den "Sozialstaat zu retten", mußte mißlingen. Gerade der "Sozialstaat" hatte ja zunehmend Versicherungsansprüche in staatliche Almosen verwandelt und stellte sich für viele Lohnabhängige als enorme Lohnabzüge ohne Gegenleistung dar.

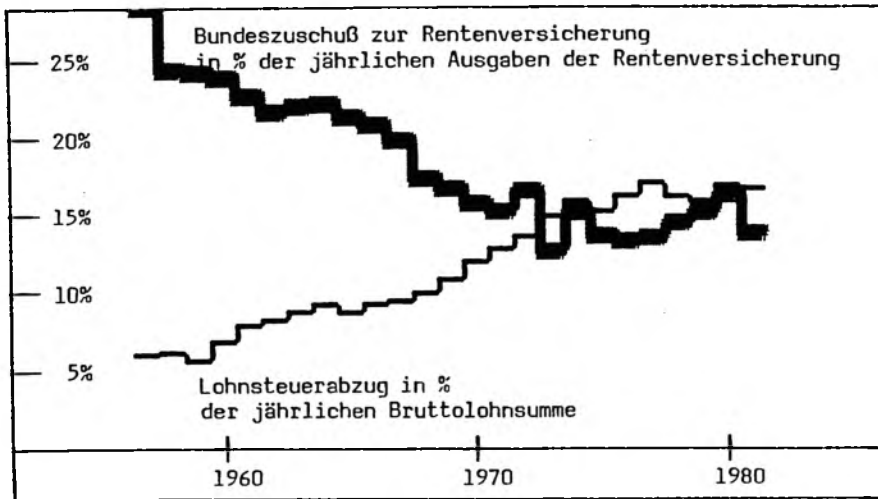
Die Ergebnisse der sozialdemokratischen Steuerpolitik fielen der Reaktion wie reife Früchte in den Schoß: Unter der Parole "Leistung muß sich wieder lohnen!" verlangten die besitzenden Klassen eine über Staatsschuldzinsen und staatlich kontrollierte Kapitalförderung hinausgehende direkte Eigentumsbildung, finanziert aus öffentlichen Mitteln, sowie eine noch weitergehende Befreiung von Steuern auf Kapital und Vermögen. "Das Anspruchsdenken beseitigen" war der entsprechende Schlachtruf, um die in der Lohnsteuer enthaltenen Zuschüsse zu den Versicherungen der Lohnabhängigen zu kürzen oder ganz zu beseitigen und sie in Mittel zum Ausbau des Staatsapparates und der Eigentumsmehrung zu verwandeln.

Eine Untersuchung der Steuerpolitik nach der "Wende" zeigt, wie weit die Reaktion dabei gekommen ist.



1982 verlangte FDP-Graf Lambsdorff eine "leistungs- und investitionsfreundlichere Gestaltung des Steuersystems". Bild: mit SPD-Finanzminister Lahnstein

gegen die bei hoher Inflation rasch greifende Progressionswirkung des Steuertarifs. Die Regierung Schmidt versuchte mehrfach, diese Schichten durch Steuerreformen zu beruhigen, Versuche, die vor allem dazu führten, durch gleichzeitig beschlossene Erhöhungen der Mehrwertsteuer die Steuerlast bei den Armen zu erhöhen. Die Mittelschichten aber blieben beunruhigt: Sie strebten nach Eigentum, dessen Bildung aber durch die infolge wachsender Kreditnachfrage des Staates steigenden Zinsen behindert



Wachsende Steuerplünderung und Verringerung von Versicherungsansprüchen Hand in Hand: eine Berechnung aus der nebeneinander abgedruckten Broschüre des BWK von 1984. Die Broschüre enthält zahlreiche nützliche Untersuchungen über die Steuerpolitik der SPD/FDP-Regierung seit 1969 wie auch über die damit einhergehende Beseitigung von Versicherungsansprüchen, und wie die Regierung Kohl/Genscher an dieser Politik anknüpft. Preis: 1,50 DM, zu beziehen bei Verlag GNN, Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

CDU/CSU und FDP kommen dran: Jetzt gibt's Eigentumsförderung auf Kosten der Armen direkt

Hinter dem propagandistischen Nebelrauch, den die Regierung um die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs macht, verschwindet leicht das Kernstück konservativ-liberaler Steuerpolitik.

Wir hatten schon angedeutet, daß die Steuerreform 1986/88, obwohl die Entlastung dem davon Begünstigten beträchtlich erscheinen mag, stark betrügerische Momente enthält. Die Regierung Kohl denkt nicht daran, die Steuerlast für die Arbeiterbevölkerung dauerhaft zu senken, auch nicht für die "besserverdienenden" Teile oder die mit vielen Kindern. Der Progressivtarif, der mit jeder Nominallohnerhöhung einen wachsenden Teil des Arbeitereinkommens in die Staatskassen spült, bleibt und wird – so Schätzungen der FDP – Ende der 80er Jahre dazu führen, daß ca. 70% der Lohn- und Einkommensteuerepflichtigen progressiv besteuert werden (1985: ca. 50%).

Wozu die Steuerpolitik der konservativ-liberalen Regierung dienen soll, kann man aus den von Stoltenberg vorgestellten Plänen für die nächste Legislaturperiode erkennen (ein Papier des FDP-Präsidenten enthält übrigens ähnliche Überlegungen):

"Finanzminister Stoltenberg ging mehr aus sich heraus als gewohnt. Er sprach vor einem großen Wirtschaftsverband, und dabei auch über die amerikanischen Pläne für eine Steuerreform. Man könne das amerikanische Vorbild zwar nicht kopieren, meinte er, aber eine Menge davon lernen. Über Präsident Reagans Vorgehen äußerte sich der Finanzminister geradezu enthusiastisch. Es sei schon 'ein Meisterstück auch an öffentlicher

Darstellung, daß es ihm gelungen ist, einen überparteilichen Grundkonsens und breite öffentliche Zustimmung für ein Konzept zu erreichen, das im Ergebnis aufkommensneutral ist'."

Man entnimmt also, daß das gesamte Steueraufkommen nicht sinken soll. Wer soll aber dann weniger, wer mehr zahlen? Der "Kölner Stadt-Anzeiger" berichtet weiter:

"So kann es nicht Ziel einer deutschen Steuerreform sein, die Unternehmer stärker zu belasten. Im Gegenteil, die Last soll vermindert werden. Dabei könnte an der Gewerbesteuer angesetzt werden, wie die FDP es anstrebt. Die Debatte geht aber auch um die Körperschaftsteuer, vor allem um Senkung des Satzes von 56 Prozent für Gewinne, die im Unternehmen bleiben. Im Mittelpunkt einer Steuerreform nach 1987 wird aber aller Voraussicht nach die Lohn- und Einkommensteuer stehen. Die Bundesregierung strebt eine weitere Glättung des Tarifverlaufs an, wenn es irgend geht sogar einen 'linear-progressiven' Tarif, also ein gleichmäßiges Ansteigen der Besteuerung von 22 Prozent bis zum Spitzensteuersatz ... Freilich taucht dabei zwangsläufig die Frage nach dem Spitzensteuersatz auf, der 56% beträgt ... Gattermann (FDP) ist dafür, den Spitzensteuersatz drastisch zu senken. Er nannte sogar einmal 36 Prozent. Die Regierung hält sich zurück, sie spricht vage von 49 Prozent."

Nachdem Stoltenberg so klargestellt hat, daß er sowohl die Steuern aufs Kapital als auch auf die höchsten Einkommen und Vermögen verringern will, bleibt noch offen, wer dann die Staatskosten aufbringen soll:

"Folgt man Stoltenberg, so müßten diese Mindereinnahmen wenigstens zum großen Teil durch den Verzicht auf Ausnahmeregelungen im Steuersystem ausgeglichen werden – durch Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen – (Stoltenberg denkt hier eher an den Lohnsteuerjahresausgleich, über den im Durchschnitt ca. 4,5% der gezahlten Lohnsteuer zurückerfließen, als an Subventionen für Kapitalisten, d.V.) und durch die Erhöhung indirekter Steuern, vor allem der Mehrwertsteuer und den Steuern auf Alkohol, Tabak und Mineralöl."

Der erwähnte "große Wirtschaftsverband", es handelt sich um den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), lobte dann auch Stoltenberg für seine Absicht, die Steuerlast auf die indirekten Steuern zu verlagern: "Indirekte Steuern sind im wesentlichen die Umsatzsteuer sowie die speziellen Verbrauchssteuern, also Abgaben, mit denen die Einkommensverwendung belastet wird ... Die indirekten Steuern wirken auf Ersparnis und Investieren nicht belastend. Folge: Die gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung und damit das Wachstum können sich besser entfalten als bei einer entsprechend hohen direkten Besteuerung."

Wer sein gesamtes Einkommen für die Reproduktion seiner Person (und eventuell seiner Familie) aufwenden muß, wird höher belastet, als derjenige, der die "Leistung" vollbringt, mehr oder minder große Teile seines Einkommens zur Eigentumsbildung zu sparen oder sein Vermögen oder ein ertragbringendes Kapital wachsen zu lassen.

Die Erhöhung der indirekten Steuern, insbesondere der Mehrwertsteuer, wäre im übrigen auch die Lösung des von "Steuerexperten" angesichts eines in den 90er Jahren zu erwartenden hohen Bevölkerungsanteils von alten Leuten schon länger gewälzten Problems, wie die Renten zu besteu-

Produktion aller Güter, die in der Volkswirtschaft gebraucht werden, ist die Aufgabe der Wirtschaft. Die Produktion aller Güter und Dienstleistungen ist die Aufgabe der Wirtschaft. Die Produktion aller Güter und Dienstleistungen ist die Aufgabe der Wirtschaft.

POLITISCHE BERICHTE - EXTRA
17. April 1985

Der soziale Rechtsstaat:
Steuerplünderung und Umwandlung von
Versicherungsleistungen in Almosen

Inhalt:
Der soziale Rechtsstaat: Die Umwandlung der Versicherungsleistungen in Almosen ... Seite 2
Die Umwandlung der Versicherungsleistungen in Almosen ... Seite 8
Die Umwandlung der Versicherungsleistungen in Almosen ... Seite 25
Die Umwandlung der Versicherungsleistungen in Almosen ... Seite 31
Die Umwandlung der Versicherungsleistungen in Almosen ... Seite 49
Die Umwandlung der Versicherungsleistungen in Almosen ... Seite 58

Die Umwandlung der Versicherungsleistungen in Almosen ... Seite 58

ern wären.

Die Senkung der direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen, insbesondere auf die hohen, bei gleichzeitiger Erhöhung der indirekten Steuern auf den Konsum ist das sicherste Mittel, die Eigentumsmehrung und Kapitalakkumulation bei den Reichen zu

beschleunigen und zugleich die Armen mehr und mehr die Kosten des öffentlichen Apparates finanzieren zu lassen. Das ist der Zweck der "leistungs-, wachstums- und familienfreundlichen" Steuerpolitik der konservativ-liberalen Regierung.

Ausreichender Lohn und Versicherungen! Sonst erscheint Stöltenberg noch als Spendieronkel

Die Tendenz zur laufenden Erhöhung der Steuern auf das Lohneinkommen wird durch die bevorstehenden Änderungen keineswegs gewendet. Eine Inflationsanpassung der Steuer ist nicht geplant. Besonders der von der Regierung geplante "lineare Progressionstarif" würde eine mit der Zeit anwachsende Zahl von Lohneinkommen einer immer stärkeren Progressivsteuer unterwerfen, die politischen Ausgangsbedingungen für eine weitere Verlagerung der Steuerhebung hin zur indirekten Steuer wären besser.

Warum kann die Kapitalistenklasse die Besteuerung der breiten Massen auf so enorme Höhen treiben? Wie ist es möglich, die unterdrückten Klassen nicht nur an der Bezahlung der eigenen Unterdrückung zu beteiligen, sondern diese Kosten ihnen ganz aufzubürden, ja mehr noch, den Staat als Zusatzakkumulator für Kapital, als Rückverwandlungsmaschine von Lohngeld in Kapital einzusetzen, ohne enormen Widerstand auszulösen?

Die Entwicklung der imperialistischen Gesellschaft verlangt, das sehen wir hier in der BRD besonders gut, immer mehr und immer gezieltere Eingriffe der öffentlichen Hand in die Reproduktion. Die Lohnmittel, die als Entgelt für den Verkauf der Arbeitskraft in die Hände Einzelner kommen, reichen in allzuvielen Fällen nicht hin, um die Reproduktion zu ermöglichen. Die sinkenden Löhne bewirken sinkende Familieneinkommen, dies treibt immer mehr Anbieter auf den Arbeitsmarkt, eine Vielzahl von Existenzen entsteht, die nicht mehr zu vollen Löhnen und nicht mehr ständig, sondern zu Teilzeitleöhnen und oft auch unständig arbeiten. Für die Ausbildung der Jugend ein Kreditwesen, für die Stabilisierung der Familie Wohngeld, für unständige und Teilzeitarbeiter Sozialhilfe seien als Beispiel genannt. Die bürgerliche Öffentlichkeit duldet solche Zahlungen, wenn auch äußerst knauserig. Man weiß nämlich, daß die Verbilligung der Arbeitskraft selbst zu einer Liefer-schranke werden kann, die öffentliche Aushilfe, die im Schein der Nächstenliebe, Fürsorge usw. erglänzt, ist neben der straff organisierten Familie zweitwichtigste Liefervoraussetzung für ein Angebot von billigsten Arbeitskräften.

Nun sind öffentliche Aushilfen an-

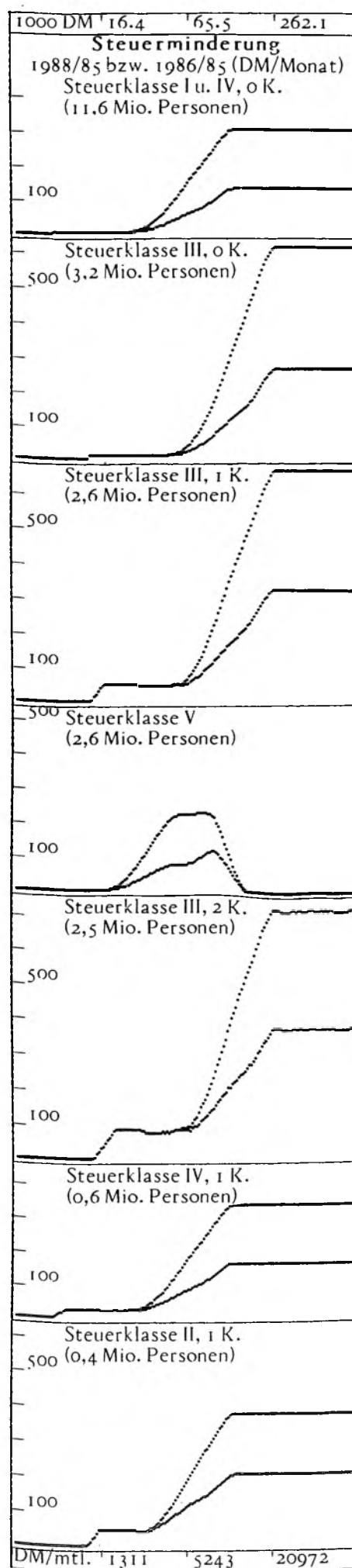
gesichts der Wechselfälle, die das Arbeiterleben mit sich bringt, unerlässlich. Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung regeln aber Versorgungsprobleme unter der Annahme, daß das Lohneinkommen zur Reproduktion ausreicht. Ist dies nicht der Fall gewesen, reichen z.B. Arbeitslosengeld, Rente und Krankengeld auch nicht bzw. werden gar nicht gezahlt. Fällt also die Voraussetzung eines Lohneinkommens, ausreichend für die selbständige Reproduktion weg, fällt auch die Sicherung weg.

Vom Interessenstandpunkt der Lohnarbeit aus gäbe es wohl zwei Möglichkeiten der Gegenwehr: zum einen direktes Vorgehen gegen das Sinken der Löhne und besonders gegen Zuerwerbsbeschäftigungen, z.B. durch die Forderung nach Sockelbetragszahlungen für die Versicherungen durch Arbeitgeber. Zum anderen durch die Ausdehnung der Versicherungsgewährleistung auf alle Anbieter von Arbeitskraft.

Man hört schon die Gegenargumente: Zuerwerbsbeschäftigungen wären zunächst einmal gesucht von Leuten, die knapp dran sind und für die Vollzeit nicht in Frage käme. Das wäre leichtfertige Vernichtung von Arbeitsplätzen... Ein Mindestarbeitslosengeld für alle Anbieter von Arbeitskraft würde beträchtliche Mitnahmeeffekte auslösen und ginge zu Lasten derjenigen, die tatsächlich arbeiten würden. Die Entkopplung von Versicherungszahlung und Arbeitsnachweis würde zu größten Ungerechtigkeiten führen... Staatlich vermittelte Leistungen wie z.B. Sozialhilfe sind mit einem ausgewachsenen Kontrollsystem verbunden, das so legitimiert wird. Gerade weil der Staat ein Gewalt- und Kontrollapparat ist, scheint er zur Verteilung von Mitteln in solchen Fällen passend.

Die bürgerliche Steuerpolitik verschafft sich auf diesem Wege einen sozialen Anstrich und der parasitäre staatliche Unterdrückungsapparat kommt als Spendieronkel daher.

Quellenhinweis: Kölner Stadt-Anzeiger, 18.7.85; Institut der deutschen Wirtschaft, 1.8.85; FDP-Präsidium, Vorschläge der FDP für eine einfache, faire, leistungs- und wachstumsfreundliche Besteuerung von Bürgern und Unternehmen, 22.7.85; BT-Protokoll 10/141, 24.5.85 – (alk, maf, rül)





Ausdehnung der Zwangsarbeit

Weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit ist die Zwangsarbeit in der BRD in den letzten Jahren wieder institutionalisiert worden. 20000 waren 1984 von den Sozialämtern zu Stundensätzen um 1 DM zur Zwangsarbeit gezwungen worden; 1985 werden es schon weit mehr sein. Weitere Schritte zur Vorbereitung umfassen-

der Zwangsarbeit speziell für Jugendliche: Das "freiwillige soziale Jahr" bei Kirchen und Wohlfahrtsverbänden und ähnliche Maßnahmen. Mit dem absehbaren Konjunkturerinbruch werden Kapitalisten und Regierung mit Sicherheit großangelegte Zwangsarbeitsprogramme verlangen. Die Gewerkschaften machen jetzt Front gegen die Zwangsarbeit und ihre Ausweitung.

Handelsbeziehungen Jugoslawien-EG

Seit 1978 ist Jugoslawien bei der EG in Brüssel mit einer speziellen Gesandtschaft vertreten, seit 1980 besteht ein Abkommen über "Zusammenarbeit". Jugoslawien ist damit das Land Osteuropas, das die intensivsten Beziehungen mit der EG unterhält. Die Handelsbeziehungen mit und die Abhängigkeit von der EG wachsen. Lange Zeit galt Jugoslawien als ein wichtiges Land der "Blockfreienbewegung" und verteidigte seine Unabhängigkeit, auch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit. Welche Klassen in Jugoslawien verfechten heute eine engere Anbindung an die EG, und welche Ziele verfolgen sie damit? Welche Klassen kämpfen gegen diese zunehmende Annäherung an die EG?



Mit oder gegen die Reaktion?

Gegen die Forderung nach einer internationalen Jugendbegegnungsstätte in Dachau hat sich die örtliche CSU eingeschossen. Derweil appellieren die im Förderverein für die Jugendbegegnungsstätte dominierenden kirchlichen Kräfte an die CSU, sie müsse das Projekt unterstützen. Dem Förderverein erleichtert seine Beschränkung

auf Jugendliche als Zielgruppe, der Auseinandersetzung um die antifaschistischen Ziele der Begegnungsstätte auszuweichen. Sozialdemokraten sprechen von Aufkündigung des demokratischen Konsens durch die CSU. Diese versucht, die Sorge um das "Image unserer kleinen Stadt" in den Mittelpunkt zu rücken: Volksgemeinschaftsideologie soll die antifaschistische Stoßrichtung erdrücken.

Krankenpflegegesetz soll Pflegestandard EG-weit senken

Seit 15 Jahren arbeitet die Reaktion an einem neuen Krankenpflegegesetz. Seit 15 Jahren gibt es Widerstand gegen diese Versuche, die Bedingungen der Krankenpflege zu verschlechtern. Unter dem Vorwand "europäischer Rechtsangleichung" tritt jetzt zum 1. September das neue Krankenpflegegesetz in Kraft. Tatsächlich sollen mit dieser Gesetzesnovelle der in EG-Richtlinien festgeschriebene Standard der Krankenpflege eingerissen und die Arbeitsbedingungen für das Krankenpflegepersonal weiter verschlechtert werden. Der vom Krankenpflegepersonal erkämpfte Status des Lohnarbeiters soll erneut zerstört und die karitative Dienstgemeinschaft an seine Stelle gesetzt werden.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/517376
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/517376
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/517376. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.